

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Chronik
der
Bundesrepublik Deutschland
von 1949 bis 1961**

Sonderheft Nr. 25



**Chronik
der
Bundesrepublik Deutschland
von 1949 bis 1961**

Sonderheft Nr. 25

BRD von 1949 bis 1961

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Politische Vereinbarungen, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland von 1949-1961	2-92
Schlußbemerkungen	92-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Politische Vereinbarungen, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland von 1949-1961

Der Schein regiert die Welt, und die Gerechtigkeit ist nur auf der Bühne.
Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)

23.05.1949

Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgt damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft tritt.

Die feierliche Einleitung des Grundgesetzes lautet wie folgt (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<



Abb. 78 (x090/309): Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das von den Länderparlamenten ratifizierte Grundgesetz in Bonn am 23 Mai 1949.

Im Grundgesetz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der 3 westlichen Besatzungszonen für Gesamtdeutschland gehandelt hat (x105/306): >>... (Es hat) auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden müssen, soll im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wird deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.

Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmidt, einer der sogenannten "Väter" des deutschen Grundgesetzes, schreibt damals über den letzten Satz der Präambel (x024/226-227): >>Dieser letzte Satz der Präambel ist ein unverjährender Auftrag, dem sich alle deutsche Politik zu unterwerfen hat. Das Grundgesetz hat es also ausdrücklich vermieden, irgend etwas aufzunehmen, aus dem der Schluß gezogen werden könnte, es sei von einer eigenen westdeutschen Staatsnation ausgegangen.<<

Die Grundrechte werden an den Anfang gestellt. Sie sollen die Freiheit des Staatsbürgers schützen und unabänderlich sein. Um ein gefestigtes Staatswesen zu gewährleisten, wird die deutsche Verfassung von 1919 in einigen Punkten geändert. Das Volksbegehren und die direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk werden z.B. abgeschafft.

30.05.1949

Der deutsche CDU-Politiker Ludwig Erhard (1897-1977) erklärt am 30. Mai 1949 in Köln (x112/707): >>... Die zwischenstaatliche Wirtschaft muß genauso von den Verkrustungen der Zwangswirtschaft, der staatlichen Reglementierung befreit werden, wie die einzelnen Nationalwirtschaften.

Dies ist besonders im Interesse der Wirksamkeit der Marshall-Hilfe notwendig, denn hier zeigt sich, daß es den beteiligten Ländern oft mehr auf einen möglichst großen Anteil an den Lieferungen als auf einen aufrichtigen Geist der europäischen Zusammenarbeit ankommt. Die Verteilung der Marshall-Plankredite an die einzelnen Länder birgt die Gefahr in sich, daß eine Entwicklung eingeleitet wird, an deren Ende eine großangelegte europäische Planwirtschaft steht. Hier gilt es zu warnen und Fehlinvestitionen zu vermeiden.<<

Mai 1949

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.

Im Mai 1949 wird der ehemalige ostpreußische Gauleiter Koch, der sich damals als "Landarbeiter Berger" in der Nähe von Hamburg aufhält, von britischen Sicherheitskräften festgenommen.

01.06.1949

Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 1. Juni 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/543-544): >>1. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung aus der CSR haben im Monat Mai 1949 1.145 volksdeutsche Personen die Grenze illegal überschritten.

Die Volksdeutschen treffen aus allen Teilen der CSR zunächst in einem Sammellager in Eger ein und werden dort in Einzeltransporten, deren Stärke sich zwischen 30 und 100 Personen beläuft, in der Regel wöchentlich zwischen Dienstag und Freitag, an die Landesgrenze gebracht und über diese vornehmlich im Bereich der Grenzpolizeiposten Neuhausen und Wildenau abgeschoben.

Die Flüchtlinge sind nach wie vor mit wenigen Ausnahmen ohne Zuzugsgenehmigung. Ein Flüchtling mit Namen M., der am 29.4.49 illegal die Grenze überschritt, hatte ... eine Zuzugsbescheinigung bei sich, die er angeblich im April 1948 ... in Asch/CSR von einer ihm unbekannt Person für 500 Kronen käuflich erwarb.

Der Besitz des Entry-Permits neben der Zuzugsgenehmigung wurde bisher nur in einigen Fällen bei den mit der Eisenbahn über Schirnding einreisenden Volksdeutschen festgestellt.

2. Bekanntlich sträuben sich die Flüchtlinge verständlicherweise mit allen Mitteln gegen eine Zurückweisung, und die Situationen, die sich hierbei ergeben, sind alles andere als erfreulich. Außerdem dürfen keine Zweifel darüber bestehen, daß alle zurückgewiesenen Flüchtlinge über kurz oder lang an anderen Stellen die Grenze überschreiten. Es handelt sich hier um ein schon oft dargelegtes Problem, das nicht von der Grenzpolizei gelöst werden kann, sondern mit dem sich das Land Bayern und die damit befaßte Flüchtlingsverwaltung zurechtfinden muß. ...<<

07.06.1949

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Erik Nölting (1892-1953, SPD-Politiker) erklärt am 7. Juni 1949 im Landtag (x112/710): >>Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Tagen in Bonn aus der Taufe gehoben worden. Mir will scheinen, meine Damen und Herren, die Aufhebung der Demontagen wäre das passendste Patengeschenk. ...<<

12.06.1949

Konrad Adenauer schreibt am 12. Juni 1949 an den US-Manager Dannie N. Heinemann (x095/90-92): >>... 1.) Die Pariser Konferenz wird mit größter Wahrscheinlichkeit völlig oder ungefähr negativ ausgehen. Das ist gut so. Jede Verbindung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland würde, solange dieses Ostdeutschland nichts anderes als ein Satellit Sowjet-Rußlands ist, die Macht der Sowjets in Deutschland stärken.

2.) Das Ausscheiden von General Clay ist allgemein von uns bedauert worden. Er hatte sich ... vorzüglich eingearbeitet. Er ist ein kluger Mann. Kennen sie seinen Nachfolger, Herrn McCloy? Wenn sie ihn kennen, so weisen Sie ihn bitte auf mich hin.

3.) Die Europäische Union, der Zusammenschluß Westeuropas, ist eine nicht sehr aussichtsreiche Angelegenheit, weil anscheinend England, wohl im Hinblick auf seine Dominien (frühere Teile des Commonwealth), einen wirklichen Zusammenschluß verhindert. Das europäische Parlament z.B., das vorgesehen ist, soll nur ein Mal im Jahre einen Monat lang tagen. Es kann nur konsultative Beschlüsse fassen. Meines Erachtens muß Amerika mit größter Energie darauf dringen, daß es wirklich zu einer Europäischen Union kommt. Es ist sonst Westeuropa

gegenüber Asien nicht zu halten.

4.) Die wirtschaftliche Lage in Deutschland betrachte ich mit einer gewissen Besorgnis. Es mangelt uns an Kapital. Dadurch kommt die Wirtschaft ins Stocken, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

5.) Die Bundestagswahlen sind am 14. August. Ihr Ausgang ist von größter internationaler Bedeutung. Wenn sie für die Sozialdemokratie erfolgreich verlaufen, wird eine sozialistische deutsche Regierung in Abhängigkeit sein von der sozialistischen englischen Regierung. Beide zusammen werden dem neuen Europa ein sozialistisches Gesicht geben.

Die Labour-Party unterstützt gutem Vernehmen nach die deutsche Sozialdemokratie mit großen Geldmitteln. Die englische Regierung hat die öffentliche Meinung in der britischen Zone, die mehr als die Hälfte der drei Zonen umschließt, fast ganz in die Hände der Sozialdemokraten gespielt. Das gilt sowohl vom Rundfunk, wie von den Nachrichtenagenturen, wie vom Zeitungswesen.

Wenn es ihrer Überzeugung entspricht, so machen Sie bitte maßgebende amerikanische Kreise darauf aufmerksam, daß die CDU, meine Partei, demokratisch, fortschrittlich und sozial, aber nicht sozialistisch ist, daß die amerikanischen Stellen der Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Briten entgegenwirken müssen. ...<<

20.06.1949

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtet am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

Der Außenministerrat der Siegermächte beschließt während einer Konferenz in Paris (3. Mai bis zum 20. Juni 1949), daß die Grenzen Österreichs vom 1. Januar 1938 beibehalten werden sollen (x006/577).

30.06.1949

Die Alliierten bestätigen am 30. Juni 1949 nochmals, daß Bonn die vorläufige Hauptstadt werden soll (x115/68): >>... Es ist vorgesehen, daß die deutsche Regierung sich in Bonn niederlassen wird. Bonn wird künftig nicht mehr zur britischen Besatzungszone gehören.<<

02.07.1949

Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erläutert am 2. Juli 1949 während einer Rundfunkansprache die Ablehnung des Grundgesetzes durch den bayerischen Landtag (x112/722): >>Die Mehrheit der bayerischen Volksvertretung folgte unserem Räte zum Nein, das wir für notwendig hielten, damit Bayern im kommenden Bunde die Sache des Föderalismus mit freien Händen vertreten kann. ... (Ehard fügt hinzu,) daß wir trotz dieses Nein uns zugehörig zu dem Ganzen betrachten.<<

15.07.1949

Die CDU veröffentlicht am 15. Juli 1949 ihr Wahl- und Regierungsprogramm ("Düsseldorfer Leitsätze").

In diesem Programm wirbt die CDU vor allem für die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft (x112/728): >>Die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt ...

Es sind nicht nur wirtschaftliche und soziale Überlegungen, sondern auch politische und kulturelle Gründe, die uns veranlassen, die "soziale Marktwirtschaft" zu fördern. Wir sehen in ihr eine Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt.<<

21.07.1949

Während einer CDU/CSU-Veranstaltung im Heidelberger Schloß macht Konrad Adenauer am 21. Juli 1949 die mitteldeutsche und die Ostberliner SPD für die Teilung Deutschlands ver-

antwortlich (x112/732): >>... Es ist eine historische Schuld der Sozialdemokratie in der Ostzone und in Berlin, daß sie den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen hat.<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt damals in seinem Tagebuch über Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede (x112/732): >>... Ich möchte wissen, was Herr Adenauer zu antworten hätte, wenn jemand ebenso laut und vernehmlich behaupten wollte, die katholische Kirche wäre am Nationalsozialismus schuldig, denn Hitler, Heß, Goebbels und viele andere Führer der NSDAP sind Katholiken gewesen.

So geht es nun wirklich nicht!<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1949) berichtet am 21. Juli 1949: >>**Man sagt Ya statt Yes**

Sir Brian Robertson, Englands Militärgouverneur für Deutschland, fand dieser Tage ein dor-niges Telegramm auf seinem Schreibtisch:

"Amerikaner deutschen Ursprungs legen gegen Demontage deutscher Fabriken schärfsten Pro-
test ein. Fortgesetzter Abbau der Fabriken bürdet dem amerikanischen Volk weitere Opfer
auf."

Absender die Wählerversammlung der Amerikaner deutscher Herkunft in New York.

Diese Vereinigung besteht schon seit vielen Jahren. Auch die Amerikaner polnischer, irischer
oder italienischer Herkunft haben solche Gemeinschaften. In der amerikanischen Politik spre-
chen sie nicht selten ein gewichtiges Wort mit. Besonders vor den Präsidentenwahlen. Da spa-
ren die Parteien nicht mit Zugeständnissen und Versprechungen.

Seit den letzten Novemberwahlen holte auch die Wählerversammlung der Deutschamerikaner
an kriegsverlorenem Einfluß wieder auf. Wahlanalytiker wollten wissen, daß die Demokraten
ihren Wahlsieg zum mindesten in einigen Staaten den Deutschamerikanern zu verdanken ha-
ben. Harry S. Truman müsse sich wenigstens zum Teil bei den Deutschamerikanern bedan-
ken, daß er im Weißen Hause sitze.

Dessen war sich Harry auch wohl bewußt. Noch am Vorabend der Wahl beehrte er die Ein-
weihungsfeier eines deutschamerikanischen Turnerheims mit einem betont herzlichen Tele-
gramm und mit freundlichen Versprechungen.

Die Mehrzahl der Deutschamerikaner kehrte denn auch zur alten Tradition zurück: sie wählte
demokratisch. Nur in der Roosevelt-Ära stimmten die Deutschblütigen republikanisch. Die
deutschfeindliche Haltung des Präsidenten und seiner Clique verstimmte sie.

Die Deutschamerikaner lehnten es immer ab, sogenannte Bindestrich-Amerikaner zu sein.
Auch im letzten Krieg taten sie vorbehaltlos ihre - amerikanische - Pflicht. Die starke Assimi-
lationskraft des amerikanischen Bodens formte sie zu Amerikanern. Nicht ganz so schnell wie
die britisch geborenen Neubürger, jedoch schneller als Italiener und Iren.

Selbst Hitler nahm sie nicht als Volksdeutsche in Anspruch. Und Goebbels wies die Flug-
blattverfasser der Wehrmacht an, keine Sonderausgabe für die Deutschamerikaner jenseits der
HKL zu drucken. Er wußte, es war zwecklos.

Dennoch pflegen die Müllers und die Schulzes, die Neumanns und Hubers selbst im großen
Menschenkessel New York - wie eine Erinnerung an eine verklungene Welt - die alten deut-
schen Bräuche. Erst kürzlich holten sie die vor acht Jahren eingemotteten Trachten zum er-
stenmal wieder aus den Schränken und demonstrierten vor erstaunten Amerikaneraugen die
Treue zur Heimat.

Allein in New York gibt es Hunderte von deutschamerikanischen Gesangsvereinen. In unge-
zählten deutschen Küchen brutzeln Braten nach deutscher Art. Auch Feinschmecker nicht-
deutschen Geblüts wissen die hohen Leistungen der deutschamerikanischen Restaurants zu
schätzen.

Eine britische Journalistengruppe beschwerte sich, als man sie auf einer offiziellen USA-

Reise mitten im Kriege ausgerechnet in ein deutschamerikanisches Restaurant führte. Dort sei das Menü besser, erklärte ihnen kurz und bündig der Reiseführer des "Information Service".

Von 1683 bis 1870 zogen in Fünfzig-Jahres-Abständen immer neue Schübe deutscher Auswanderer über den großen Teich. Das war schon damals nicht leicht. Man verkaufte all sein Hab und Gut. In Le Havre wurde ein primitiver Segler gechartert. Den Strapazen der Überfahrt erlag mancher Möchtegern-Amerikaner.

In vielen Staaten, bis nach Kalifornien hin, gab es eingesprenkelte deutsche Siedlungen. Größere Gruppen der "Neukommer" gingen nach Pennsylvanien. Nicht nur aus religiösen Gründen wählten sie das Land des großen Quäkers William Penn. Die Landschaft dort erinnerte ein wenig an die alte Heimat.

Ein Zentrum dieser deutschen Siedlungen ist Lancaster im südöstlichen Pennsylvanien. Noch heute wird dort das Pennsylvania-Dutch gepflegt - eine Art pfälzischer Dialekt mit einigen englischen Brocken. Man sagt "Ya" statt "Yes".

"The Pennsylvania-Dutchman", eine Zeitschrift, die sich um die Pflege der Tradition bemüht, behauptete erst kürzlich, dieses Pennsylvania-Dutch sei durchaus eine lebende Sprache.

Die Gesellschaft "Dutch Folklore Center Inc." bemüht sich, die alten Bräuche vor dem Aussterben zu bewahren. Noch heute sind die Siedler stolz auf ihre bäuerliche Kultur. Sie besitzen "die schönsten Scheunen der Erde", behaupten die Farmer in pfälzisch formuliertem amerikanischem Superlativ. Allein in Pennsylvania leben 900.000 Amerikaner deutscher Abstammung.

Als während des Krieges Roosevelts Propagandawelle über das Land ging, mußten die Deutschamerikaner sich ducken. Nun sind sie politisch wieder recht aktiv. In vielen deutsch geschriebenen Zeitungen und Zeitschriften kritisieren sie die amerikanische Deutschlandpolitik.

Harte Töne sind nicht selten. Seit einem halben Jahr sägen und nagen sie vor allem an den Wurzeln der These von der Kollektivschuld der Deutschen und auch von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands.

So gab beispielsweise William Lemke, ein Amerikaner deutscher Herkunft, der kürzlich in Norddakota wieder in den Kongreß gewählt wurde, eine Dankesbotschaft an seine Wähler heraus. Darin heißt es:

"Ich protestiere gegen die Hinrichtung deutscher und japanischer Persönlichkeiten. Einige von ihnen starben, da sie zuviel wußten und man ihnen den Mund verschließen mußte. Vielleicht aber wird die Geschichte dennoch alles das aufdecken, was sie von den schmutzigen Hintergründen des zweiten Weltkrieges wußten. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß unsere Flügel nicht ganz so weiß waren, wie einige unserer Kriegsverantwortlichen es so gerne wahr haben möchten."

Noch stärker ins Horn stieß Dr. Ludwig Adolphus Fritsch, ein deutschamerikanischer Pfarrer aus Chicago. Er verfaßte eine Schrift "Das Verbrechen unserer Zeit", in der Amerika zu lesen bekam:

"Deutschland wurde beschuldigt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Deshalb sind führende deutsche Persönlichkeiten hingerichtet worden. Jeder Historiker aber weiß, daß das eine große Lüge ist. Die Deutschen verfolgten lediglich das berechtigte Ziel, Europa mit friedlichen Mitteln zu retten ..."

Dr. Fritschs Attacke stieß auf starken Widerspruch. Einige Gruppen riefen nach dem Kadi. Besonders heftig protestierte die "Gesellschaft zur Verhinderung des dritten Weltkrieges", eine rußlandfreundliche Henry Wallace-Gruppe. Schon spricht man in den USA von "Neo-Nazismus", diesmal sogar im eigenen Heim. Aber der Geistliche aus Chicago nimmt für sich das Recht der freien Rede in Anspruch. Seine Schrift wandert von Hand zu Hand.

Viele Deutschamerikaner, die trotz der Depression die nötigen Dollars sparen können, wollen

in der nächsten Zeit die alte Heimat wiedersehen. In den Reisebüros in Pennsylvania ist Hochbetrieb. Rhein und Neckar locken. Und außerdem möchte man sich mit eigenen Augen davon überzeugen, ob es (der) Militärgouverneur in der US-Zone richtig oder falsch macht.<<
24.07.1949

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 24. Juli 1949 in Köln nach Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede vom 21. Juli 1949 (x112/734): >>Ich habe den Mann nach sorgfältiger Beobachtung noch nie als Persönlichkeit begriffen. ... Die Heidelberger Rede berechtigt dazu, den Namen Adenauer in "Lügenauer" umzuändern. ...<<

31.07.1949

Adenauer verspricht am 31. Juli 1949 bei seinen Wahlkampfreden, ein Ministerium für die Vertriebenenprobleme zu bilden.

08.08.1949

Das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände ("Soforthilfegesetz") tritt am 8. August 1949 in Kraft.

Es wird danach eine monatliche Unterhaltshilfe von 70 DM gezahlt (x024/239).

13.08.1949

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 13. August 1949 über die bevorstehende erste Bundestagswahl (x112/746): >>Es dürfte heute wohl nur noch wenige Einzelgänger geben, die sich der Bedeutung der morgigen Wahlen nicht bewußt sind. ... Der Anfang des eigenstaatlichen Lebens nach der Kapitulation und der Zwischenzeit des Länderaufbaus beginnt jetzt.<<

14.08.1949

In den 3 Westzonen findet am 14. August 1949 die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<

15.08.1949

Der CDU-Politiker Karl Arnold (1901-1958, von 1947-56 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) berichtet am 15. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/749): >>... Der Start für die Bundesrepublik ist gelungen, und der Grundstein für die neue Souveränität ist gelegt. Die Absage an radikale Parteien ist ein beredtes Zeichen für die Urteilsfähigkeit der deutschen Wähler.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtet am 15. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... daß die Arbeit der SPD unerhört durch die Demontagepolitik vor allem der britischen Regierung erschwert worden ist, denn zu einem guten Teil hat die CDU ihren Wahlkampf mit dem Hinweis auf dieses offenkundige Versagen sozialistischer Solidaritätsbewährung geführt.<<

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärt am 15. August 1949 vor der Presse (x112/750): >>... (daß keine) grundsätzlichen Gegensätze zwischen der FDP und der CDU/CSU bestehen, die die Bildung einer Koalitionsregierung der beiden Parteien verhindern könnten. ... Aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms (sieht er mit der SPD keine Möglichkeit der Zusammenarbeit). ...

Der Gesamtrhythmus der Größenordnung in dem Parteienergebnis hat ungefähr so erwartet werden können. Wenn man einzelne Resultate betrachtet, spürt man, daß durch die Isolierung der Flüchtlinge eine eigentliche Verschiebung nicht eintrat. Das Problem wird jetzt sein, die politische Atmosphäre der einzelnen Gruppen kennenzulernen und dann festzustellen, wo eine Verständigung auf entscheidende Fragen in der Weiterentwicklung einer deutschen politischen Selbstverständigung erreicht werden kann.<<

22.08.1949

Die "Neue Zeitung" berichtet am 22. August 1949 (x112/755): >>... Regierungskoalition ohne

SPD. CDU verhandelt mit FDP und DP.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtet am 22. August 1949 über die damaligen Koalitionsverhandlungen (x112/755): >>Wenn gelegentlich noch Stimmen aus dem kommenden Bürgerblock laut werden, die für den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eintreten, dann mögen einige davon aufrichtig gemeint sein, andere sind wohl mehr taktisch bedingt und entspringen dem Bestreben, loyal und verhandlungsbereit zu erscheinen ...

Die SPD ist unverändert der Auffassung, daß die Zustimmung für einen Bundeskanzler Adenauer und einen Wirtschaftsminister Erhard eine allzu starke Zumutung für die sozialdemokratische Wählerschaft und für die sozialdemokratischen Politiker wäre, die in einer solchen Regierung arbeiten müßten.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauers Koalitionsverhandlungen nach der ersten Bundestagswahl: >>... Unbestreitbar ist, daß Adenauer während seiner Regierungszeit einen großen Teil seiner Energie, vor allem seines taktischen Raffinements, darauf verwendet hat, die föderalistischen Tendenzen der "Bundesländer" niederzukämpfen - nicht zuletzt jener Länder, die von CDU- oder CSU-Landesfürsten regiert werden.

Die Zähmung

- der bayrischen CSU unter der anfänglichen Führung des Adenauer-Gegners Dr. Josef Müller (Ochsensepp) und neuerdings unter dem ehrgeizigen Franz-Josef Strauß,
- der württembergischen CDU unter Gebhard Müller (heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts),
- der hannoverschen CDU unter dem Neutralisten Dr. Wilhelm Gereke (heute in der Sowjetzone) und
- der nordrhein-westfälischen CDU unter dem christlichen Sozialisten Karl Arnold (inzwischen verstorben) war nicht leicht - und ist bis in die Gegenwart hinein ein ständig gefährdetes Balance-Kunststück geblieben.

Die Art und Weise, wie Adenauer von vornherein diese zentrifugalen Kräfte beaufsichtigte und wie er sie mit taktischen Winkelzügen ausmanövrierte, hat die erste Regierungsbildung Adenauers beispielhaft demonstriert.

Am 14. August 1949 hatten die ersten Bundestagswahlen stattgefunden. Die CDU/CSU hatte einen knappen Sieg errungen. Ihre Fraktion zählte 139 Abgeordnete, die der SPD 131. Der Rest verteilte sich auf eine Reihe kleinerer Parteien, unter denen die FDP mit 52 Sitzen die stärkste war.

Als größte Fraktion hatte die CDU/CSU das Recht, den Bundeskanzler vorzuschlagen. Ihr Kandidat hieß unbestritten Konrad Adenauer.

Die offene Frage war, ob die CDU/CSU

- entweder eine große Koalition mit der SPD suchen (mit einer starken und aktionsfähigen Regierungsmehrheit)
- oder eine bürgerliche, kleine Koalition mit einer voraussichtlich kleinen Mehrheit anstreben sollte. (Tatsächlich wurde Adenauer schließlich von einer winzigen Mehrheit, nämlich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen - gewählt.)

Gegen eine Koalition mit der SPD sprachen vor allem ideologische Gründe. Die CDU hatte den Wahlkampf mit der Erhardschen Parole von der "sozialen Marktwirtschaft" geführt. Hätte die CDU nach dem Wahlsieg mit der SPD koalitiert, so hätte sie sich in ihrer Regierungspraxis zu Kompromissen bereit finden müssen, die mit ihrem Programm nicht übereinstimmten, und vorauszusehen war, daß bei der nächsten Wahl die bürgerlichen Wähler - von der CDU aus gesehen - nach rechts ausgewichen wären.

Neben diesen parteilichen Gründen für eine Ablehnung der großen Koalition hatte Adenauer aber auch noch persönliche Gründe - und zwar Gründe, die dem Problemfeld "Zentralismus

oder Föderalismus" entstammten.

In einer ganzen Reihe von Bundesländern - so in Hessen, Nordrhein - Westfalen und Rheinland-Pfalz - gab es Länderregierungen, die sich aus CDU und SPD rekrutierten. Das Interesse der in diesen Regierungen sitzenden CDU-Politiker ging nun 1949 dahin, nach Möglichkeit zu unterbinden, daß sich innerhalb der Bundesrepublik ein Kampfzustand zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten herausbildete, der zwangsläufig früher oder später die Koalitionen und damit auch ihre Ministersessel gefährden mußte.

Unter diesem Gesichtspunkt ging es also bei der Frage, ob das erste Bundeskabinett eine CDU/SPD- oder eine bürgerliche Koalition sein solle, auch darum, ob im Rahmen der CDU entweder die Bedürfnisse der CDU-Landesverbände oder die Interessen der Bonner CDU-Zentrale den Vorrang haben sollten. Mithin: Die notwendig gewordene Entscheidung über große oder kleine Bonner Koalition war ihren Konsequenzen nach zugleich eine Entscheidung über die Alternative zwischen "Bonner Zentralismus" und dem Föderalismus der CDU-Landesverbände - und kein CDU-Politiker sah diesen Sachverhalt deutlicher als Adenauer.

Adenauer fingerte die Entscheidung in einer höchst formlosen Weise. Eigentlich hätte man erwarten müssen, daß Adenauer die Beschlußfassung über ein immerhin so folgenreiches Problem irgendeinem Parteigremium überlassen hätte. In Frage kam die CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder die von ihm - Adenauer - selbst eingerichtete Konferenz der CDU-Landesverbandsführer oder eine Versammlung, die aus beiden Gremien zusammengesetzt war.

Anstelle dieser institutionell entscheidungsbefugten Gremien berief Adenauer aber eine willkürlich zusammengewürfelte Versammlung in seine Rhöndorfer Villa. Eingeladen waren unter anderen:

- der Berliner CDU-Führer Jakob Kaiser, der, obwohl zum linken Flügel der CDU gehörend, aus persönlichen und politischen Gründen mit Schumacher verfeindet war und schon deswegen eine Koalition mit der SPD ablehnte,
- der Kanzler-Freund und Bankier Robert Pferdmenges, der damals noch nicht einmal Bundestagsabgeordneter war und in der CDU keine große Rolle spielte,
- der Oberdirektor des trizonalen Wirtschaftsrates, Pünder, und andere Funktionäre derselben Behörde, die schon aus Gründen ihres Amtes zentralistisch eingestellt waren.

Nicht in das Bild dieser vorwiegend zentralistischen, mithin zu einer kleinen Koalition geneigten Versammlung paßte der rheinpfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier. Der Koblenzer Christdemokrat, Chef einer CDU/SPD-Koalition, war entschiedener Anhänger einer großen Bonner Koalition - also eines Bundeskabinetts, das genauso zusammengesetzt sein sollte wie seine Koblenzer Landesregierung.

Aber gerade die Einladung Altmeiers war ganz offenbar ein fuchsig berechneter Schachzug Adenauers. Einerseits nämlich entlastete die Anwesenheit Altmeiers ihn, Adenauer, von dem Vorwurf, er habe bei seiner Rhöndorfer Einladung nur "Zentralisten" und Gegner der großen Koalition berücksichtigt - andererseits jedoch war der nicht eben pfiffige Altmeier von vornherein als ein sehr schlechter Anwalt der föderalistischen Interessen erkennbar. Sonderlich beweiskräftiger Widerstand war von dem Koblenzer kaum zu erwarten. Altmeier war recht geeignet, als die etwas bedauernswerte Leitfigur einer Opposition zu dienen, die Adenauer lächerlich zu machen bestrebt war.

Daß Adenauer bei der Auswahl seiner Gäste sehr wohl daran gedacht hatte, dem hantierbaren Koblenzer Landesfürsten die Funktion des Oppositionsführers zuzuschieben, wird noch durch einen weiteren Umstand wahrscheinlich gemacht. Obwohl der linke CDU-Führer Karl Arnold als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen einer der stärksten CDU-Führer auf Länderebene war, hatte Adenauer vermieden, ihn zu der Rhöndorfer Sitzung einzuladen. Offenkundig hatte Adenauer von ihm allzu entschiedenen und allzu gewichtigen Widerstand erwartet.

Die Entscheidung kam schließlich beim Kaffee zustande. Zwar plädierte Altmeier tapfer für

eine CDU/SPD-Koalition auf Bonner Ebene, aber seine Freunde kamen - wie Dr. Pferdmeiges in einem Interview mit dem Adenauer-Biographen Weymar bezeugte - nicht zu Worte oder wurden von Adenauer beiseitegezogen und überzeugt. Auf jeden Fall, am Ende war man sich im Sinne Adenauers einig: Die kleine Koalition war beschlossene Sache.

Die Sonntags-Kaffeetafel zu Rhöndorf hatte gleichsam als regierungs-bildende Versammlung - und wenn man die Tragweite der dabei beschlossenen Lösung bedenkt: geradezu als eine Art "Konstituierende Versammlung" - fungiert. Adenauer hatte die föderalistische Struktur der Bundesrepublik mit einem Trick überspielt.

Die an diesem Beispiel eklatant sichtbare institutionelle Schwäche des Adenauer-Regimes ist bis in die Gegenwart hinein ein Makel der Bundesrepublik geblieben. Allzuoft wurde durch faule Praktiken, taktische Winkelzüge und unfaire Kniffe das ersetzt, was das Grundgesetz an zentraler Autorität nicht hergibt. Das Grundgesetz selbst geriet dabei ins Zwielficht.

Auf dem Höhepunkt des Finanzausgleichs-Streits im Parlamentarischen Rat murrte Adenauer: "Besser ein schlechtes Grundgesetz als gar kein Grundgesetz!" Bei dieser Äußerung schimmerte durch, daß Adenauer von vornherein entschlossen war, die Paragraphen des künftigen Grundgesetzes auf jeden Fall nicht tödlich ernst zu nehmen; er traute sich zu, mit seinem Repertoire an taktischen Kunstgriffen auch noch das unhandlichste Verfassungsinstrument nützlich verwenden zu können.

Sein Desinteresse am Grundgesetz ging oft bis zur glatten Unkenntnis. Die Entscheidung, 1959 Bundespräsident werden zu wollen, traf er in offener Nichtkenntnis der einschlägigen Grundgesetzartikel.

Zweifellos hat die institutionelle Unsicherheit der westdeutschen Demokratie Gründe, die in der Person Adenauers liegen: in seiner Fähigkeit und mithin auch in seiner Tendenz, verfassungsrechtliche Grundsatzprobleme mittels eines Systems von Intrigen, klotzigen Vergröberungen und manchmal auch persönlichen Infamien zu lösen.

Die Intriganz Adenauers hat sicher viel dazu beigetragen, die politische und sogar die verfassungsrechtliche Stabilität der westdeutschen Demokratie zu gefährden. Indes, die Gründe für die Bedenkenlosigkeit, mit der Adenauer die politischen und rechtlichen Streitobjekte der Bundesrepublik hantierte, sind keineswegs nur in seiner persönlichen intriganten Veranlagung, sondern auch in seinen politischen Grundansichten zu suchen.

Deutschland mit dem Westen zu versöhnen, ist seit spätestens 1919 eine fixe Idee Adenauers gewesen. Unter diesem Leitgesichtspunkt betrieb er nach dem Ersten Weltkrieg die Föderalisierung des Reiches und nahm er nach 1945 die Teilung Deutschlands hin. Eine föderale Gestaltung des westdeutschen Teilstaates schien ihm, nachdem diese Teilung als Faktum sichtbar wurde, auf jeden Fall nicht mehr unbedingt notwendig.

Gleichwohl wird gelegentlich erkennbar, daß es in seiner politischen Gedankenwelt noch föderalistische Vorstellungen gibt. Diese Vorstellungen beziehen sich aber nicht so sehr auf die innere Gestaltung der Bundesrepublik als vielmehr auf die Ordnung des mitteleuropäischen Raumes. ...<<

24.08.1949

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 24. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>Ohne diese praktische Wahlhilfe des britischen Außenministeriums und des Genossen Bevin für die CDU wären wir wenigstens formal die stärkste Partei geworden, ohne damit an der Entwicklung zum Bürgerblock etwas Beträchtliches hätten ändern (zu) können. ...<<

Die auf Bundesebene organisierten Landsmannschaften der Vertriebenen schließen sich in Bad Homburg im Verband Vereinigter Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL) zusammen, den man im Jahre 1952 in Verband der Landsmannschaften (VdL) umbenannt. Vorsitzender des VOL wird der sudetendeutsche Politiker Rudolf Lodgman von Auen (1877-1962).

25.08.1949

Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet am 25. August 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/544): >>Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet, daß im Bereich der Grenzpolizeistelle Rehau am 22.8.1949 gegen 17 Uhr von den Tschechen 38 sudetendeutsche Flüchtlinge und etwa 15 Kinder bei Mähring über die Grenze nach Bayern abgeschoben worden sind.

Es handelt sich durchweg um Sudetendeutsche aus dem Bezirk Freiwaldau/CSR, die in der Mehrzahl noch bis unmittelbar vor ihrer Ausweisung in ihren ursprünglichen Wohnungen lebten. Unter den Flüchtlingen befanden sich auch alte, gebrechliche Leute und Säuglinge. Die Personen wurden von Freiwaldau mit der Eisenbahn bis Eger und anschließend mittels LKW bis an die bayerische Grenze gebracht; sämtliches noch im Besitz befindliche Geld wurde ihnen an der Grenze durch die Tschechen abgenommen.

Die früheren Transporte wurden in der Regel entweder am tschechischen Zollhaus oder am alten Wasserwerk bei Neuhausen durchgeführt, während die eingangs erwähnte "Aussiedlung" erstmals bei Mähring erfolgte. Es wird deshalb angenommen, daß sich die tschechischen Grenzbehörden an die früheren Vereinbarungen nicht mehr halten.

Dem Bericht des BLGP-Kommissariats Hof zufolge versuchen nunmehr die tschechischen Behörden die ... Abmachungen, wonach nur bei Wildenau und Neuhausen wöchentlich höchstens 80 Flüchtlinge über die Grenze gebracht werden und diese Zahl auf keinen Fall vergrößert würde, dadurch zu umgehen, daß sie auch an anderen Grenzstellen mit dem Abschieben von Sudetendeutschen beginnen.<<

28.08.1949

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 28. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... Es ist nicht die Frankfurter Wirtschaftspolitik, die uns im Wahlergebnis so sehr geschadet hat, als vielmehr die kämpfende Kirche, die nicht sehen will, daß hier ein deutsches Staatswesen neu entstehen soll, sondern die die Neuregelung und Ausweitung der kirchlichen Rechte im Auge hat.<<

30.08.1949

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" veröffentlicht am 30. August 1949 die Dürkheimer Erklärung.

In dieser Mitteilung des SPD-Parteivorstandes vom 30. August 1949 heißt es (x112/763): >>... Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwört die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird.<<

04.09.1949

Die Katholische Kirche kritisiert am 4. September 1949 zum Abschluß des Katholikentages die damalige ungerechte Eigentumsverteilung (x112/766): >>Die gegenwärtige Eigentumsverteilung widerspricht der sozialen Gerechtigkeit und gefährdet die Einrichtung des privaten Eigentums überhaupt. ...

Übergroße, das Gemeinwohl bedrohende wirtschaftliche Macht in den Händen Einzelner muß aufgelöst werden.<<

12.09.1949

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) wird am 12. September 1949 zum Bundespräsidenten gewählt.

Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland ist ein ungewöhnlich beliebter Politiker und wird von der Bevölkerung in den folgenden Jahren sehr verehrt und geachtet.

Bundespräsident Theodor Heuss, der sich wesentlich an der Formulierung des Grundgesetzes beteiligt hat, erklärt während seiner Antrittsrede vor dem deutschen Bundesrat und Bundestag

am 12. September 1949 (x105/307-308): >>>Niemand wird, so hoffe ich, mißdeuten, und mancher wird verstehen, wenn ich in dieser mich sehr bewegenden Stunde, die mein Leben verwandelt, zunächst sehr persönliche Dinge anspreche und zweier Männer gedenke:

Mein früh verstorbener Vater hat in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 1848 gegossen, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und uns einen Begriff davon gegeben, daß die Demokratie und Freiheit nicht bloße Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind.

Ich darf weiter an Friedrich Naumann denken, ... ohne den ich nicht das wäre, was ich bin, dem ich zumal das Wissen verdanke, das als Erbe in mir geblieben ist, daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen ihres Volkes getragen wird, und von dem ich gelernt habe, daß die soziale Sicherung mit die Voraussetzung der politischen Sicherung ist. ... Gestatten Sie mir noch ein persönliches Wort. In den Zeitungen habe ich in den letzten Tagen allerhand seltsame Dinge von mir lesen können, nette Sachen. Aber es wurde darin auch gesagt, mir fehle die Ellenbogenkraft, die zum Politiker gehöre.

Ich selber habe das Gefühl: Von der Ellenbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt. Ich betrachte es persönlich als einen Gewinn meines Lebens, im öffentlichen Leben tätig zu sein, daß ich die Worte so gebrauche, daß ich auf der Rechten wie auf der Linken persönliche Freundschaft und Vertrauensleute besaß, heute besitze und es wird so bleiben.

Mir scheint, daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellenbogen vertragen kann, sondern daß es den Sinn hat, über den Kämpfen, die kommen, die notwendig sind, die ein Stück des politischen Lebens darstellen, als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.

Wir sind eine Bundesrepublik. ... Wir wollen in Deutschland keinen Zentralismus haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. Wir wollen nicht den genormten Deutschen. Wir wollen diese Aussprache. Die Länder sollen ihr Eigenleben führen, aber nicht ihr Sonderleben, sondern im Verband des Gemeinen. ...

Ich habe selber zum Grundgesetz, als wir es berieten, den Antrag gestellt, daß wir uns als stellvertretend empfinden für die deutschen Brüder (im Osten), die an dieser Aufgabe nicht mitwirken konnten. Wir wissen gut genug, daß das Herausarbeiten aus unserer Situation, in der wir stecken, nicht bloß von uns geleistet wird, sondern daß hier eine Weltproblematik vorliegt, die mit dem Mächteschicksal der Anderen verbunden ist.

Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland. Wir wissen, daß wir im Geistigen ärmer geworden sind in der Hitlerzeit, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker abspernte.

Aber wir wissen auch dieses: Die Anderen würden ärmer auch ohne das, was Deutschland bedeutet.

Wir stehen vor großen Aufgaben, ein neues Nationalgefühl zu bilden. Es ist eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht in den Ressentiments versinken und stecken bleiben, in die das Unglück des Staates uns gestürzt hat.

Wir werden der hochfahrenden Hybris (dem frevelhaften Übermut) ausweichen müssen, die oft genug bei den Deutschen zutage getreten ist. Es ist ein seltsames deutsches Volk, das voll der größten Spannungen ist, wo das Subalterne neben dem Genial-Spekulativen und der großen Romantik steht.

Wir haben die Aufgabe, uns im politischen Raum zum Maß und zum Gemäßen zurückzufinden und unsere Würde neu zu bilden, die wir nie im Innern der Seele verloren. ...<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über Theodor Heuss (x051/251): >>>Heuss, Theodor, geboren in Brackenheim 31.1.1884, gestorben in Stuttgart 12.12.1963, deutscher Politiker und Publizist; 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, 1912-18 Chefredakteur der "Neckar-Zeitung" in Heilbronn, 1920-33 Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin; 1918 Mitbe-

gründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und 1924-33 Mitglied des Reichstages. Heuss engagierte sich als Journalist und zeitweise 2. Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller für Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, setzte sich als Autor ("Hitlers Weg", 1932) wie als Politiker kritisch mit "Kümmlichkeit", Prinzipienlosigkeit und Irrationalismus des Nationalsozialismus auseinander.

Doch trotz grundsätzlicher Vorbehalte stimmte er im März 33 aus Fraktionsrason dem Ermächtigungsgesetz zu.

Noch 1933 verlor Heuss seine Dozentenstelle und sein Reichstagsmandat, bei der Bücherverbrennung flogen auch seine Schriften ins Feuer, dennoch konnte er lange Zeit weiter für deutsche Zeitungen schreiben (z.T. unter dem Pseudonym Thomas Brackheim); in den Kriegsjahren beschäftigte er sich besonders mit biographischen Arbeiten.

Gleich nach Kriegsende ging der als Antifaschist von den amerikanischen Besatzungsbehörden unterstützte Heuss wieder aktiv in die Politik, wurde 1945 Kultusminister von Württemberg-Baden und bemühte sich als Mitbegründer und 1. Vorsitzender der FDP erfolgreich um den Zusammenschluß der liberalen Parteien in den Westzonen.

Am 12.9.49 wurde Heuss zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik gewählt, für die er als volkstümlicher Landesvater ("Papa Heuss") im Innern und als hochgebildeter Weltmann im Ausland Sympathien erwarb.<<

15.09.1949

Konrad Adenauer wird am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt.

Bundeskanzler Adenauer bildet daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stimme, seiner eigenen.

Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.

Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<

Der irische Journalist Terence Prittie (1913-1988) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer und den ersten Deutschen Bundestag (x073/245): >>... Bei dieser Regierung und im Parlament machte Adenauer seine Autorität geltend, eine Mischung aus väterlicher Fürsorge, schulmeisterlicher Strenge und klugem Menschenverstand, die ihm ohne offensichtliche Anstrengung gelang.

Unterbrechungen tat er mit lässiger Ironie ab. Seine Reden waren knapp und stets sachlich. Nahezu unveränderlich bewahrte er Gemütsruhe, auch wenn er ungewohnterweise von Zorn überwältigt wurde. Er konnte böse werden oder bissig oder giftig; ein "falscher" Ton schien sich dann in seine Stimme zu schleichen. Er besaß die Gabe, seinem Zorn Luft zu machen, während er äußerlich ruhig blieb.

Er war das genaue Gegenteil von einem Demagogen und gab so ein Beispiel, das dieses erste Parlament nach der Nazizeit ganz dringend brauchte.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Konrad Adenauer (x051/14): >>Adenauer, Konrad, geboren in Köln 5.1.1876, gestorben in Rhöndorf 19.4.1967, deutscher Politiker; trat 1906 der Zentrumspartei bei und wurde Beigeordneter im Kölner Stadtparla-

ment.

1917-33 war Adenauer Oberbürgermeister seiner Heimatstadt und gewann als Mitglied des Preußischen Staatsrates (1920-33 dessen Präsident) in der Weimarer Republik großen politischen Einfluß, lehnte aber 1926 die Reichskanzlerschaft in der Nachfolge Luthers ab.

Als Katholik stand er dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber und wurde am 12.3.33 im Zuge der Gleichschaltung seines Amtes enthoben. Man warf ihm Mißwirtschaft vor und beschuldigte ihn des Separatismus, weil er im Ruhrkampf einen von Preußen (nicht vom Reich) gelösten rheinischen Freistaat angeregt hatte. 1934 vorübergehend in Haft, zog sich Adenauer ins Privatleben zurück, wurde aber 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat vom Zwanzigsten Juli 44 erneut inhaftiert, doch bald wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach dem Zusammenbruch baute er - kurzfristig wieder Kölner Oberbürgermeister - die CDU mit auf und wurde als Präsident des Parlamentarischen Rates einer der Väter des Grundgesetzes.

Als 1. Bundeskanzler (15.9.49-16.10.63) stellte er sich dem schweren Erbe der NS-Zeit: u.a. Abkommen über Wiedergutmachung mit Israel, Verhandlungen in Moskau zur Freilassung der Kriegsgefangenen, Aussöhnung mit Frankreich, zog sich aber auch Kritik wegen zu großer Nachsicht mit Belasteten wie etwa Globke oder Oberländer zu.

Adenauer führte die Bundesrepublik ins westliche Bündnis, seine Ära begründete, nicht zuletzt dank wachsenden Wohlstands, eine stabile freiheitliche politische Kultur im Westteil Deutschlands.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x073/243): >>... Das Gewicht des ungewöhnlich hohen Alters, das die Brücke nicht nur zur Weimarer Republik, sondern bis zur wilhelminischen Epoche schlug, half dem ersten Bundeskanzler, seinen Stil und seine Autorität in den Augen der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und durchzusetzen.

Einige wenige klare Grundgedanken, an denen er stark und starr festhielt, machten die charakteristische Sicherheit aus, mit der Adenauer die politischen Möglichkeiten seines Amtes ergriff und festhielt. ...

Es war die klare Frontstellung des "Kalten Krieges". Aber nicht ein berüchtigter preußischer Militarist vom Schlage Wilhelms II. oder Hindenburgs repräsentierte sie, sondern ein bürgerlich-katholischer Zivillist, dessen Stärke im taktischen Geschick und in der Ausdauer lag, mit der er die Grundposition des Staates von 1949 gegenüber allen anderen Möglichkeiten behauptete und ausbaute: außenpolitisch die volle Westorientierung gegen Neutralismus und Wiedervereinigungsexperimente, innenpolitisch die Restaurierung des bürgerlichen Rechtsstaates gegenüber radikaldemokratischen und sozialistischen Ordnungsvorstellungen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302-304): >>... Wie das ostdeutsche Marionettenssemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte.

Schließlich konnte der Mann der ahnungslosen Nation jenseits des großen Wassers allerlei altes Neues über sich melden. Zum Beispiel:

Ich habe als Oberbürgermeister Kölns 1917 versichert, die Stadt werde "untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt" sein "und sich stets als Glied des deutschen Vaterlandes fühlen".

Ich habe 1919 proklamiert: "Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich ..."

Ich habe im Winter 1932/33 erklärt, "daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse."

Ich habe 1934 in einem Brief an Hitlers Innenminister meine Verdienste, meine jahrelangen

Verdienste für die Nazi-Partei betont. Ich habe die Partei des Führers schon in der Weimarer Republik "immer durchaus korrekt behandelt" und ich tat das im "Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen"! Ich bin ein Paradebeispiel für alle Beamten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ich, natürlich als Widerstandskämpfer, Oberbürgermeister von Köln, dann zwar von den britischen Behörden "wegen Unfähigkeit" bald wieder entlassen. Aber wie Harry Truman mit einem kleinen Krimskramsgeschäft bankrott machen und doch Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, so stieg auch ich, der infolge "Unfähigkeit" entlassene Kölner Bürgermeister, zum deutschen Bundeskanzler auf, mit besonderer Hilfe, wie ich hinzufügen möchte, der römisch-katholischen, der allein wahren Kirche.

Während Konrad Adenauer aber alsbald mit aller Intensität die geforderte Wiederaufrüstung betrieb, belog er - er müßte denn kein Politiker gewesen sein - systematisch die Deutschen, was schlicht unumgänglich war, weil die meisten einfach genug hatten vom Krieg, weil sie schon jeder Uniformknopf unausstehlich anstank, geschweige mehr.

Die Wiederaufrüstung war, wie er, Adenauer, selbst zugeben mußte, trotz "aller Anstrengungen der Bundesregierung ... im deutschen Volk sehr unpopulär". Also machte er sich zum Sprecher des deutschen Volkes und redete mit jener Entschiedenheit, die Politiker immer bekunden, wenn sie lügen, "prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland", "strikt gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik".

"Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg" usw. Kurz, Adenauer war so pazifistisch wie Wilson bis 1917. Oder Roosevelt bis 1941. Oder wie Konrad Adenauer 1919. Und wie er fast alle Nazis, außer jenen, die nun mal in Nürnberg gehängt worden waren, wieder in Dienst nahm, wie er die Justiz mit hohen Nazirichtern, das Auswärtige Amt mit hohen Nazidiplomaten nur so überschwemmte, so eben auch die neue alte Truppe mit Nazigenerälen und -admirälen. Fast alle kamen sie wieder, nur jetzt natürlich nicht mehr für das Böse, sondern für das Gute wirkend. Sie alle hatten sich gewandelt, alle, ganz von innen her, wahrhaftig. Siehe, alles ist neu geworden ...

Wirklich, war es ein Wunder, daß Kanzler Adenauer, einmal von Vizekanzler Erhard gefragt, ob er denn das ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt halte, prompt die Gegenfrage stellte, ob Erhard etwa glaube, daß dem nicht so sei ...

Ein Staat kann nicht besser als seine Führung sein, jedenfalls nicht so lange, bis er das Gegenteil beweist. Adenauer bemühte sich nun, päpstlicher zu sein als der Papst. Als hochgedienter Knecht machte er sich dem Herrn gefällig.

Und während er eine Rüstungsbeschränkung nach der andern beseitigte, während er unentwegt Angst suggerierte, unentwegt drohte mit dem Menetekel der bolschewistischen Gefahr - wie schade, daß wir die Höhe seines Kontos nicht kennen -, lehnte er jedes Disengagement, jede Veränderung des Status quo, zum Beispiel in Berlin, starrsinnig ab, ein Zustand, den selbst Eisenhower "anomal und gefährlich" nannte.

Dafür harmonierte der deutsche Kanzler um so besser mit den US-Außenministern. Hatte er schon zu dem Bischofssohn Dean Acheson, der Trumans Containment-Politik betrieb, ausgezeichnete Beziehungen, so noch bessere zu dessen Nachfolger. Dulles und Adenauer, das waren zwei Seelen aus einem Stoff, verbohrt Antikommunisten mit einer starken Affinität zu Leuten wie Mussolini, dem Adenauer 1929 telegraphiert hatte, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen ... Für Hitler allerdings hatte der Beauftragte der US-Banken, Dulles, mehr getan als der Oberbürgermeister von Köln je hätte tun können. ...<<

20.09.1949

Bundeskanzler Adenauer sagt während seiner Regierungserklärung am 20. September 1949 (x058/399-400): >>... Auf Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat wartet eine außerordentlich große und umfangreiche Arbeit. Die Koalitionspartner sind sich völlig einig darin,

daß sie sich immer von dem Bestreben leiten lassen werden, so sozial im wahrsten Sinne des Wortes zu handeln, wir irgend möglich.

Die Vertriebenen werden gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen Länder verteilt werden müssen. Wir wollen ferner mit allen Mitteln den Wohnungsbau in der energischsten Weise fördern, nicht, indem der Bund selbst baut, sondern indem er Mittel zur Verfügung stellt und darauf dringt, daß von den Ländern alle Möglichkeiten auf diesem Gebiete des Wohnungsbaues erschöpft werden. ...

Die deutsche Wirtschaft ist in der Vergangenheit groß und stark geworden durch ihre Facharbeiter und nicht zuletzt durch angewandte Wissenschaft. ... Die Bundesregierung wird, soweit ihre finanziellen Kräfte es erlauben, dafür eintreten, daß die wissenschaftliche Forschung in Deutschland gefördert wird. Und sie wird dann auch die deutsche Wirtschaft veranlassen, das gleiche zu tun. Nur wenn es gelingt, uns durch Leistungen auf dem Weltmarkt auszuzeichnen, wird es möglich sein, auf ihm zu bestehen. ...

Die Förderung der Kapitalbildung, und zwar sowohl der Bildung von Sparkapital wie von Betriebskapital, wird unser vordringlichstes Ziel sein. Nur dann können wir erwarten, daß durch Freigabe von Gegenwertfonds und auf andere Weise das dringend benötigte ausländische Kapital zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft zur Verfügung steht.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft aber ist die vornehmste, ja einzige Grundlage für jede Sozialpolitik und für die Eingliederung der Vertriebenen. Nur eine blühende Wirtschaft kann die Belastungen aus dem Lastenausgleich auf die Dauer tragen.

Die sozial- und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien notwendig. Es scheint mir aber auch eine der wesentlichsten Grundbedingungen einer verständigen Sozialpolitik zu sein, den Fleißigen und Tüchtigen jede Aufstiegsmöglichkeit zu geben. Auf die Betonung dieser Aufstiegsmöglichkeiten legen wir den größten Wert. ...

Und nun lassen Sie uns übergehen zu Fragen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie.

Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der 3 Regierungen, das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland, haben ihre Absicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß. Wir können uns daher unter keinen Umständen abfinden mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat. ...

Wenn ich aber vom Frieden spreche, dann muß ich auf die Teilung Deutschlands zurückkommen. Ich fürchte, daß in Europa keine Ruhe eintreten wird, wenn sie nicht verschwindet. Sie ist durch die Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.

Lassen Sie mich in dieser Stunde mit besonderem Dank der Vereinigten Staaten von Nordamerika gedenken. Ich glaube nicht, daß jemals in der Geschichte ein siegreiches Land es versucht hat, dem besiegten Lande in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und noch tun. ...

Das deutsche Volk wird das dem amerikanischen Volk niemals vergessen dürfen und es wird es auch nicht vergessen.<<

21.09.1949

Das Besatzungsstatut der Alliierten tritt am 21. September 1949 in Kraft. Es schränkt die

deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wird schließlich durch die Pariser Verträge (1955) aufgehoben.

In der BRD wird am 21. September 1949 die Lizenzpflicht für Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben. Jeder Westdeutsche kann jetzt Presseerzeugnisse ohne Zustimmung der Besatzungsmächte herausgeben.

28.09.1949

Die Presse berichtet am 28. September 1949 über den Umfang und die Möglichkeiten der Werbung im Rundfunk (x112/778): >>... Sie liegen nicht nur in dem Widerstand der Hörerkreise gegen ein Werbeprogramm in der Hauptsendezeit, sondern sie liegen vielmehr auch in den akustischen Ermüdungserscheinungen, die nach den Beobachtungen deutscher Sendestationen sogar bei der Durchgabe von aktuellen Nachrichten, die über eine gewisse Sendezeit hinausgehen, unvermeidlich eintreten.<<

29.09.1949

Der parteilose Abgeordnete Franz Ott (1910-1998, katholischer Geistlicher und Vertriebenpolitiker) stellt am 29. September 1949 im Deutschen Bundestag folgenden Antrag (x112/778): >>Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung des "Deutschlandliedes" in seiner ursprünglichen, unveränderten Form als Bundeshymne für die Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.<<

30.09.1949

Der Deutsche Bundestag billigt am 30. September 1949 mit großer Mehrheit den Antrag der SPD, die Alliierten um Zustimmung zum Anschluß Berlins (West) an die Bundesrepublik Deutschland zu bitten (x112/778): >>... Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands.

Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem Willen des deutschen Volkes Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und ihre Hauptstadt sein soll.<<

15.10.1949

Die Sowjetunion erkennt am 15. Oktober 1949 die DDR an und nimmt diplomatische Beziehungen auf.

21.10.1949

Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärt am 21. Oktober 1949 vor dem Bundestag (x058/401): >>... Ich stelle folgendes fest. In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert.

Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Hieraus ergeben sich innenpolitisch und außenpolitisch Folgerungen, die ich im einzelnen wiederzugeben mir heute versagen muß.

Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone leben. Sie versichert sie ihrer Treue und Sorge. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an.<<

26.10.1949

Die deutsche Bundesregierung beantragt am 26. Oktober 1949 bei der Alliierten Hohen Kommission im Rahmen der Familienzusammenführung die Ausreise von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR nach Westdeutschland.

03.11.1949

Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entscheidet sich am 3. November 1949 für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die neue Hauptstadt Bonn (x283/236-237): >>Bei der Wahl des als provisorisch deklarierten Regierungssitzes entschied sich der neue Bundestag am 3. November 1949 mit 200 gegen 176 Stimmen für Bonn anstelle von Frankfurt.

Die alte Reichs- und Messestadt am Main, wo sich 794 unter Karl dem Großen die Kirchenfürsten Westeuropas über die Bildungsfrage geeinigt hatten, wo nach der Goldenen Bulle 18 römisch-deutsche Kaiser gewählt, 10 gekrönt worden waren, wo 1815 der Bundestag, 1848 die Nationalversammlung tagte, dieses Frankfurt war Sitz des amerikanisch-britischen Zweimächtekontrollrats, der höchsten alliierten Behörde im Westen, und wäre historisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch für den Sitz der deutschen Regierung prädestiniert gewesen.

Ihr protestantisch-sozialdemokratischer Charakter aber mißfiel Adenauer.

Er erreichte eine Mehrheit für Bonn, die Lieblingsresidenz der in Köln nicht sonderlich beliebten Erzbischöfe, und gewann die Wahl durch eine manipulierte Agenturmeldung und "Handsalben" in Höhe von 2 Millionen Mark, nachdem ein Teil der CDU-Abgeordneten zuvor mit Frankfurt sympathisiert hatte. Auch die Amerikaner waren überzeugt, daß Frankfurt Regierungssitz würde, und bestimmten deshalb Wiesbaden zur Hauptstadt von Hessen. Dabei blieb es.

Adenauers Argument gegen die Wahl Frankfurts, daß damit die künftige Rückkehr nach Berlin gefährdet sei, war gewiß nicht sein Motiv, aber sachlich zutreffend. So sah das auch Ernst Reuter, der für Kassel als Regierungssitz eintrat, weil die Stadt der Zonengrenze näher lag. Kassel aber war zerstört.

Wäre Frankfurt Regierungssitz geworden, so wäre es bis heute Hauptstadt geblieben – gegen die pulsierende Rhein-Main-Metropole hätte Berlin fern im Osten bei der Abstimmung des Bundestags vom 20. Juni 1991 keine Chance gehabt. Das Ergebnis war ohnedies knapp: 338 Stimmen für Berlin gegen 320 für das liebliche Städtchen am Rhein.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, wenn es Adenauer, der ein unterkühltes Verhältnis zu Berlin hatte, zu danken ist, daß die Regierung an die Spree zurückkehrte.<<

09.11.1949

Die Münchener Zeitung "Heute" berichtet am 9. November 1949 über die "Illegalen" Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland (x043/033): >>>Sie haben keinen Interzonenpaß und keine Aufenthaltsgenehmigung. Sie kommen bei Nacht und Nebel über die Grenze. Sie wissen oft keinen Verwandten und keinen Freund in Westdeutschland anzugeben. Sie wissen nur eines: daß sie nicht mehr zurück wollen, nicht mehr in die Ostzone.

Es ist ein nicht abreißender Strom, eine gespenstische Wanderung durch das Niemandsland zwischen den Zonengrenzen. Rund tausend Menschen strömen täglich aus der Ostzone in Westdeutschland ein.

Sie werden durch die beiden Auffanglager Uelzen oder Gießen geschleust, wo jeder Fall überprüft wird, um zu verhindern, daß Unrechte sich einschleichen; dort fällt die Entscheidung, wer bleiben darf und wer zurück muß. ... Jeder 3. Einwohner in Schleswig-Holstein, jeder 4. in Niedersachsen, jeder 5. in Bayern ist Flüchtling. Diese Länder gleichen einem vollgesogenen Schwamm. ...

Die Bestimmungen, nach denen die Beamten in den Durchgangslagern verfahren, gewähren das Asylrecht nur solchen Flüchtlingen, denen aus politischen Gründen in der Ostzone nachweislich Gefahr für Leib und Leben droht. Alle anderen werden zurückgewiesen.

Unter ihnen mögen viele sein, die aus Abenteuerlust kamen oder von dem "besseren Leben" angezogen worden sind; die meisten sind Menschen, die das Leben in der Ostzone mit der ständigen Unterdrückung, mit der ewigen Angst vor Verschleppung und Zwangsverpflichtung einfach nicht mehr ertragen konnten.

Sie gehen nicht zurück. Sie graben sich Höhlenwohnungen oder hausen im Walde in primiti-

ven Hütten. Sie sickern auf tausend Wegen in die schon überfüllten Städte ein. Sie klammern sich an jede noch so schwache Hoffnung, hier doch noch Arbeit und ein Dach über dem Kopf zu finden - und endlich nicht mehr "illegal" zu sein. ...

Man trifft in Westdeutschland täglich auf beschämende Beispiele von Gedankenlosigkeit, von Härte und mangelndem Verständnis gegenüber denen, die ihre Heimat verlassen mußten. Das sichere Leben diesseits des Eisernen Vorhangs läßt viele von uns leicht vergessen, wie es "jenseits" aussieht - und das auch die Flüchtlinge Menschen sind, die die gleiche Sprache sprechen.

Die begreifliche und manchmal unvermeidliche Härte gesetzlicher Bestimmungen ist keine Entschuldigung für die Trägheit des Herzens.<<

21.11.1949

General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 21. November 1949 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>... Deutschland könnte sich mit beschränkten Streitkräften eines besonderen Typus an (den) gemischten europäischen Streitkräften beteiligen. ...<<

22.11.1949

Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragt danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill im September 44 erörtert; es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.

In Jalta beschlossen die Alliierten im Februar 45 die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung von 20 Milliarden Dollar.

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür ... die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industrieplan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.

Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemassnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

29.11.1949

Aufgrund der Umsiedlungsverordnung vom 29. November 1949 sollen 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

in die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg umgesiedelt werden (x182/217).

02.12.1949

Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>2. Dezember 1949. Friedland hat eine Glocke erhalten. Sie wurde dem Evangelischen Hilfswerk von einer Glockengießerei in Bockenem zur Verfügung gestellt und nun feierlich eingeweiht.

Die Lagerglocke soll in Zukunft auch immer läuten, wenn wieder Heimkehrertransporte ankommen. Der ehrene Klang der großen Glocke wird davon künden, daß deutsche Menschen wieder heimfanden. "Sie erklingt vor allem aber zur Ehre dessen, der unser Schicksal in Händen hat", sagte der evangelische Lagerpfarrer Lippert.<<

Die Zeitung "U.S. News" berichtet am 2. Dezember 1949 über die geplante Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/301): >>US-Generäle können es nicht öffentlich aussprechen, aber geben es in privaten Gesprächen zu, daß der Wiederaufbau einer deutschen Armee bereits 'in the cards' ist. ...

Die Generäle sehen keine Möglichkeit, im Westen 40 Divisionen gehen Rußland aufzustellen, ohne heftig auf das verfügbare Menschenmaterial und die militärischen Erfahrungen Deutschlands zurückzugreifen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Unterstützung der Westdeutschen (x068/301-302): >>... Verhandlungen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik begannen, bereits zwei Jahre vor deren Gründung, in Washington, im Winter 1948/49 mit deutschen Generälen. Glaubte das Pentagon doch, daß in Westeuropa allein Deutschland eine wirklich schlagkräftige Landarmee aufzustellen vermöge.

...

Die deutschen Generäle stimmten im Winter 1948/49 in Washington den dortigen Wiederaufrüstungswünschen zu. Und von nun an kommandierten die Amerikaner die Militarisierung und setzten die Deutschen nachweislich unter Druck. Beispielsweise drohte man bei Nichterfüllung mit Einstellung der Marshallplan-Hilfe. Doch verkettete man überall finanzielle Hilfeleistungen mit militärischen Forderungen. Es war Prinzip, vor allem ein Prinzip der Dulles-Politik.

"Kein Land der Welt erhielt auch nur eine halbe Million Dollar", betont L. L. Matthias, "wenn es sich nicht verpflichtete, dafür gewisse militärische Zugeständnisse zu machen, sei es durch Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten, durch pachtweise Überlassung eines Flugzeugstützpunktes, durch Abtretung eines Geländes für Abschußrampen atomarer Geschosse oder für die Stationierung amerikanischer Truppen. Amerikanische Kredite oder Anleihen mußten bezahlt werden. Man begnügte sich nicht, wie in vergangenen Zeiten, mit Garantien und Zinsen. Man ließ sich die finanzielle Hilfe doppelt und dreifach bezahlen".

Mit offenen Armen nahmen die Yankees Generäle auf, die noch wenige Jahre zuvor Hunderttausende deutscher Soldaten Hitler ans Messer geliefert und sie selbst blutig bekämpft hatten. Andererseits lieferten auch die deutschen Offiziere ihre "Osterfahrungen" gern dem US-Generalstab aus, der einfach alles brauchen konnte: von Reinhard Gehlen, Chef der Abteilung "Fremde Heere Ost", der nun (Jahre bevor er Präsident des Bundesnachrichtendienstes wurde) mit seiner ganzen Einheit zum bisherigen Feind übertrat und mit dessen Spionagedienst ein Abkommen schloß (worin es wörtlich heißt, daß man "nach Osten aufklärt bzw. die alte Arbeit im gleichen Sinne fortsetzt"), bis zur Gestapo-Hyäne von Lyon, Klaus Barbie, der jetzt so "vorzüglich" für die USA gearbeitet hat, daß sie den vielbewährten Kriegsverbrecher im März 1951 über Genua nach Bolivien in Sicherheit brachten. (Noch ungezählten anderen, selbstverständlich, wurde derart zur Flucht verholfen, auch durch weitere Menschenfreunde, vor allem durch den Vatikan.)

Geradezu gierig stellten die Staaten Hitlers Mörder in ihren Dienst, und das "verfügbare Menschenmaterial ... Deutschlands", das sie benötigten, lieferte ihnen mit schöner Beflissenheit der "Kanzler der Alliierten" (Adenauer). ...<<

03.12.1949

Bundeskanzler Konrad Adenauer schlägt am 3. Dezember 1949 in einem Gespräch mit der US-Zeitung "Cleveland Plain Dealer" die Aufstellung einer westeuropäischen Armee mit westdeutschen Truppenkontingenten vor (x092/951).

19.12.1949

Der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall Erich von Manstein (1887-1973) wird am 19. Dezember 1949 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Erich von Manstein (x051/-373): >>Manstein, Erich von (ursprünglich Erich von Lewinski), geboren in Berlin 24.11.1887, gestorben in Irschenhausen (Isartal) 9.6.1973, deutscher Generalfeldmarschall (1.7.42); 1906 Offizier, im Ersten Weltkrieg Generalstabsverwendung, Reichswehrkarriere (1.10.36 Generalmajor).

Manstein war bei Kriegsausbruch Chef des Stabes der Heeresgruppe Süd und entwickelte nach dem Sieg über Polen den Operationsplan für den Frankreichfeldzug: "Sichelschnitt" durch die Ardennen und Belgien mit schnellen Panzerverbänden zur Kanalküste. Der vom OKH sehr skeptisch beurteilte Plan fand Hitlers Billigung und brachte nach dem Erfolg die Beförderung Mansteins zum General der Infanterie (19.7.40).

Im Rußlandfeldzug war Manstein u.a. mit der 11. Armee Eroberer der Krim und wurde während der Stalingradkrise Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don (später Süd). Zwar konnte er den sowjetischen Kessel um die deutsche 6. Armee nicht mehr sprengen, doch gelang ihm mit einer genialen "Strategie der Aushilfen" die Rettung der Südfront in Rußland (u.a. Rückeroberung Charkows 16.3.43). Nach Meinungsverschiedenheiten mit Hitler, der nun "nur noch Steher" haben wollte, wurde mit Manstein am 30.3.44 der wohl fähigste deutsche Strategie abgelöst und nicht wieder verwendet.

Von den Briten gefangen genommen, wurde er am 19.12.49 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt, u.a. weil er den Kommissarbefehl weitergegeben und die Morde der Einsatzgruppen als "harte Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors" gebilligt hatte.

Aus Gesundheitsgründen im Mai 53 freigelassen, schrieb Manstein seine Memoiren "Verlorene Siege" (1955) und beriet die Bundesregierung in Fragen der Wiederbewaffnung.<<

1949

Im Jahre 1949 fliehen 125.245 Sowjetzonenflüchtlinge in den Westen.

In den Jahren 1945-49 müssen die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21.289 Millionen RM/DM zahlen (britische Zone: 10.416 Millionen RM/DM, US-Zone: 7.882 Millionen RM/DM und französische Zone: 2.991 Millionen RM/DM).

Im gleichen Zeitraum sind in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2.280 Millionen RM/DM für ausländische Zwangsarbeiter (ehemalige verschleppte "Fremdarbeiter) aufzubringen (x111/79-80).

Der ostpreußische Schriftstellerin Agnes Miegel (1879-1964) schildert im Jahre 1949 in dem Gedicht "Es war ein Land" ihre persönliche Trauer über den Verlust der Heimat (x035/175-176): >>**Es war ein Land**

O kalt weht der Wind über leeres Land,
O leichter weht Asche als Staub und Sand!
Und die Nessel wächst hoch an geborstner Wand,
Aber höher die Distel am Ackerrand!

Es war ein Land, - wo bleibst Du, Zeit?
Da wogte der Roggen wie See so weit,
Da klang aus den Erlen der Sprosser Singen
Wenn Herde und Fohlen zur Tränke gingen,
Hof auf, Hof ab, wie ein Herz so sacht,
Klang das Klopfen der Sensen in heller Nacht,
Und Heukahn an Heukahn lag still auf dem Strom
Und geborgen schlief Stadt und Ordensdom, -
In der hellen Nacht, -
der Johannismacht!

Es war ein Land, - im Abendbrand
Garbe an Garbe im Felde stand.
Hügel auf, Hügel ab, bis zum Hünengrab
Standen die Hocken, brotduftend und hoch,
Und drüber der Storch seine Kreise zog.
So blau war die See, so weiß der Strand
Und mohnrot der Mond am Waldesrand
In der warmen Nacht, -
der Erntenacht!

Es war ein Land, - der Nebel zog
wie Spinnweb, das um den Wacholder flog,
Die Birken leuchteten weiß und golden,
und korallen die schweren Quitschendolden,
Die Eicheln knirschten bei Deinem Gehn
In den harten Furchen der Alleen.
Ein Stern mir blinkte, fern und allein,
Und Du hörtest im Forst die Hirsche schrein
In der kalten Nacht, -
der Septembarnacht!

Es war ein Land, - der Ostwind pfiff,
Da lag es still wie im Eis das Schiff,
Wie Daunen deckte der Schnee die Saat
Und deckte des Elchs verschwiegenen Pfad.
Grau fro die See an vereister Buhne
Und im Haff kam Fischer und Fisch zur Wuhne.
Unter warmem Dach aus Stroh und Ried
Klappte der Webstuhl zu altem Lied:
"Wi beid', wi sönn noch jong on stark,
Nähr'n ons möt eigne Hände, -"
Es war ein Land, - wir liebten dies Land, -
Aber Grauen sank drüber wie Dünensand.
Verweht wie im Bruch des Elches Spur
Ist die Fährte von Mensch und Kreatur, -

Sie erstarrten im Schnee, sie verglühten im Brand,
Sie verdarben im Elend in Feindesland,

Sie liegen tief auf der Ostsee Grund,
Flut wäscht ihr Gebein in Bucht und Sund,
Sie schlafen in Jütlands sandigem Schoß, -
Und wir letzten treiben heimatlos,
Tang nach dem Sturm, Herbstlaub im Wind, -
Vater, Du weißt, wie einsam wir sind!

Nie zu klagen war unsre Art,
Du gabst und Du nahmst, - doch Dein Joch drückt hart!
Vergib, wenn das Herz, das sich Dir ergibt,
Nicht vergißt, was zu sehr es geliebt.

O kalt weht der Wind über leeres Land,
O leichter weht Asche als Staub und Sand!
Und die Nessel wächst hoch an geborstner Wand,
Aber höher die Distel am Ackerrand!<<

Der US-Schriftsteller Archibald McLeish (1892-1982) schreibt im Jahre 1949 in seinem Aufsatz "The Conquest of America" (x165/20-21): >>Niemals in der Geschichte der Welt wurde ein Volk von einem anderen intellektuell und moralisch so vollständig beherrscht wie das Volk der Vereinigten Staaten vom russischen Volk in den Jahren zwischen 1946 und 1949. Die amerikanische Außenpolitik war ein Spiegelbild der russischen Außenpolitik: Was immer die Russen taten, taten wir im umgekehrten Sinn. Die amerikanische Innenpolitik vollzog sich unter einer Art von umgekehrtem Russenveto:

Niemand konnte in ein öffentliches Amt gewählt werden, wenn nicht aktenkundig war, daß er die Russen verabscheute, und kein Vorschlag, ging es nun um einen Friedensplan oder im Gegensatz dazu um einen Militäretat, war durchführbar, wenn sich nicht darlegen ließ, daß er den Russen nicht gefallen würde. Die politische Auseinandersetzung in Amerika, war eine Auseinandersetzung nach russischer Melodie, linke Bewegungen attackierten rechte Bewegungen nicht wegen amerikanischer Streitfragen, sondern wegen russischer Streitfragen und rechte Bewegungen antworteten mit den gleichen Argumenten, nur umgekehrt. ...

All das ... begab sich nicht etwa in einer Zeit der nationalen Schwäche oder des Verfalls, sondern ausgerechnet in dem Augenblick, da die Vereinigten Staaten soeben einen unglaublichen Triumph errungen und einen glänzenden Sieg im größten aller Kriege erkämpft hatten und nun auf dem höchsten Punkt der Weltmacht angelangt waren, den je ein einzelner Staat erklommen hatte. ...<<

08.01.1950

Waldemar Kraft (1898-1977), Theodor Oberländer (1905-1998) und weitere Anhänger der deutschen Vertriebenenorganisationen gründen am 8. Januar 1950 in Kiel die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), um vor allem die Interessen der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu vertreten.

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über Theodor Oberländer (x051/426): >>Oberländer, Theodor, geboren in Meiningen 1.5.1905, deutscher Politiker; Studium der Agrarwissenschaften und Volkswirtschaft, Professor in Danzig, Königsberg, Greifswald und Prag, Hauptforschungsgebiet: osteuropäische Wirtschaft.

Seit 1933 in der NSDAP, war Oberländer 1939-45 Reichsführer des Bundes Deutscher Osten. Nach dem Krieg war er Mitbegründer und Bundesvorsitzender des Gesamtdeutschen Blocks/BHE, trat aber 1956 zur CDU über.

Als Bundesvertriebenenminister trat er 1960 zurück wegen des Vorwurfs, er habe als Offizier der deutsch-ukrainischen Einheit "Nachtigall" im Herbst 41 in der Sowjetunion an Erschie-

ßungen von Juden und Polen teilgenommen. Das diesbezügliche strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Bonn allerdings eingestellt. In der DDR wurde Oberländer vom Obersten Gerichtshof in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Der "Fall Oberländer" führte seinerzeit in der Öffentlichkeit zu heftigen Kontroversen, die erneut aufflammten, als Oberländer 1963 wieder für den Bundestag kandidierte.<<

08.02.1950

Konrad Adenauer schreibt am 8. Februar 1950 an den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy (x095/102-103):

>>Lieber Herr McCloy!

Heute finde ich in deutschen Zeitungen die Mitteilung, daß ein amerikanischer Sprecher anscheinend gestern folgendes erklärt hat:

"Dr. Adenauer habe bisher sehr wenig für eine gute Zusammenarbeit zwischen seinen Regierungsstellen und der gesamten Presse getan und dürfe sich heute nicht über das Echo wundern."

Anscheinend hat derselbe Sprecher von mir auch behauptet, daß ich in Oberhausen von einer "konstanten Boshaftigkeit" der Auslandspresse gesprochen habe.

Ich gestatte mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich niemals eine derartige und ähnliche Äußerung getan habe. Ich darf diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen meine gestrigen mündlichen Darlegungen schriftlich zu wiederholen.

Jede öffentliche Kritik alliierter Stellen an der Bundesregierung sollte tunlichst vermieden werden, weil sie das Ansehen der Bundesregierung und der Bundesrepublik in der deutschen Öffentlichkeit sehr beeinträchtigt.

Durch solche Kritik nützt man nur denjenigen, die entweder sagen, die Bundesregierung stehe vollständig unter der Herrschaft der Alliierten – siehe die Ostzone – oder aber nationalistischen Elementen. ...<<

Februar 1950

Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiten die deutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft werden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1.005.854 Mitläufer, 1.213.873 Entlastete und 4.000.000 Fälle von Jugendamnestie.<<

04.03.1950

Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. März 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/106-110): >>4. März 1950. Die Menschlichkeit hat gestern wieder einmal an der Zonengrenze einen Sieg errungen. ...

Nach den zwischen Polen, der Tschechoslowakei und den westlichen Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen sollen zunächst weitere 45.000 Deutsche, die noch in diesen Ländern wohnen und Angehörige in Westdeutschland haben, nach hier umgesiedelt werden. Gestern traf der erste Transport Männer, Frauen und Kinder auf dem noch im sowjetischen Besatzungsgebiet liegenden Bahnhof Arenshausen ein. ... Aber der britische Hohe Kommissar, General Robertson, wollte plötzlich nicht mehr.

... Die Engländer und Amerikaner wollen damit verhindern, daß Menschen in ihre Gebiete abgeschoben werden, die man in den bisherigen Ländern offenbar nicht "gebrauchen kann". Außerdem soll diese Umsiedlungsaktion, so heißt es in den Kommentaren der Alliierten, nicht dazu benutzt werden, um alle Deutschen ostwärts der Oder-Neiße-Linie auszuweisen. Sondern man will nur diejenigen Deutschen im Westen aufnehmen, die Verwandte hier haben und für die auch ein Unterkommen garantiert ist. ...

Währenddessen warteten auf dem Bahnhof Arenshausen, nur wenige Kilometer von Friedland entfernt, aber durch 2 Schlagbäume mitten in Deutschland schlimmer als durch eine internationale Grenze getrennt, die vielen, von der langen Fahrt übermüdeten Menschen, froren,

bangten, hofften. Wird man uns aufnehmen? Dürfen wir in den Westen? Geben die Briten nach? Oder müssen wir wieder zurück? ...

Auf der westlichen Seite wurde weiter beratschlagt. Der niedersächsische Flüchtlingsminister, Pastor Albertz, fuhr an die Grenze, verhandelte am Schlagbaum mit den britischen Offizieren, versuchte sie umzustimmen, appellierte an die Vernunft und die Menschlichkeit. Er erklärte, daß es keinem Deutschen verwehrt werden könne, nach Deutschland zu wollen. ...

Seit dem frühen Morgen warteten Friedländer Omnibusse darauf, endlich nach Arenshausen fahren zu können. Jetzt fuhren sie einfach los. Entgegen der Anweisung. Ohne Befehl. Und dann kamen sie wieder zurück. Mit den ersten Umsiedlern. ...

Die da ankamen, zu Fuß das Niemandsland zwischen den Schlagbäumen durchschreiten mußten, während die Omnibusse das umfangreiche Gepäck brachten, waren Deutsche. ...

Aber sie hatten seit langer Zeit "offiziell" nicht mehr in ihrer Muttersprache gesprochen. Es kamen Kinder an der Hand der Eltern, die nicht ein Wort deutsch verstanden und von der Heilsarmee verschenkte Apfelsinen für "schöne bunte Kartoffeln" hielten. Die Mütter mußten übersetzen. Es war erschütternd ...

Wie eng waren Glück und Schmerz gestern beisammen. Einer der Männer des Transportes hatte seit mehr als 4 Jahren zum letzten Mal etwas von seinen Angehörigen vernommen. Kaum einige Stunden im Lager, hielt er vor Rührung weinend die genauen Adressen in Händen ... Nicht mehr lange, dann war er wieder bei der Familie.

Zu sehr gefreut hatte sich der alte Herr, der kurze Zeit nach dem Überschreiten der Zonen-grenze tot zusammenbrach. Die Aufregungen der letzten Wochen waren zu viel für ihn. Vergebens wird irgendwo im Westen jemand warten. Dieser alte Mann hat ausgelitten. Für die letzte Ruhestätte braucht niemand eine Einreisegenehmigung. Der Flüchtlingsfriedhof beim Lager Friedland wird ihn aufnehmen.

Nach einer Mitteilung der Lagerleitung sind diesem ersten Transport aus Polen auffällig viele alte und alleinstehende Leute angegliedert worden. Facharbeiter hält man gern zurück. ...

... 35 % der Kinder leiden an schweren Mangelschäden, mindestens 5 % an schwerer Dystrophie. Bei 58 Männern und Frauen wurden Herz- und Lungenerkrankungen festgestellt. ...

Im übrigen wurden sämtliche Umsiedler in "Fälle" aufgeteilt. ... "A-Fälle" sind solche Leute, die beim Ehepartner oder Verwandten gerader Linie Aufnahme und Unterkunft finden können. Zu "B-Fällen" werden Umsiedler gezählt, die bei Verwandten einen Unterschlupf erhalten. Schlechter sind die "C-Fälle" dran. Sie haben niemanden hier in den Westzonen oder wissen nicht, wo ihre Verwandten oder Familien leben. Diese Umsiedler müssen "irgendwo eingewiesen werden".

Wie man hört, werden Hamburg und Schleswig-Holstein keine B- und C-Fälle aufnehmen. Denn alle westdeutschen Bundesländer haben Vertreter nach Friedland geschickt, die die Umsiedler "übernehmen" sollen. ...<<

02.04.1950

Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. April 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/110): >>2. April 1950. Die Transporte aus den polnisch besetzten Gebieten rollen. Menschen, Menschen kommen in Friedland an. ...

Aber wo sollen sie wohnen? Wer vermag sie zu kleiden? Wie werden sie ihren Unterhalt verdienen?

Und die vielen alten Leute ... Wer wird für sie sorgen?

Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen sind bereits in den Westzonen aufgenommen worden.

Und immer weiter fließt der große Strom von Ost nach West.<<

16.04.1950

Die deutsche Zeitschrift "Stern" fordert am 16. April 1950 (x043/128): >>... **Schluß mit den**

Bomben auf Helgoland

Helgoland, einst das Juwel unter den Nordseeinseln, gleicht heute einer Mondlandschaft. Menschenhand hatte dem roten Felsen Glanz verliehen; Menschenhand vernichtete ihn.

Schon 1945 mußten die Einwohner unter Zurücklassung aller privaten Habe die Insel räumen. 1947 wurden die Befestigungsanlagen in die Luft gejagt; ein Rauchpilz wuchs in die Wolken, der seinesgleichen nur bei Atomexplosionen hatte.

Und was damals noch übrigblieb, dessen nahmen sich dann die Bomben an, Bomben in tiefstem Frieden. Helgoland wurde zur Zielscheibe der Royal Air Force.

Jetzt nach 3 Jahren, hat die britische Regierung zum ersten Mal eine zeitweilige Unterbrechung des Bombardements angeordnet.

Dieser Beschluß erfolgte, nachdem Helgoländer Fischer gegen die Bombardierung ihres Friedhofes protestiert hatten, und dieser Protest von dem konservativen Abgeordneten Professor Savory im Unterhaus vorgetragen wurde. ...

Mit der dauernden Einstellung des Bombardements und der Erlaubnis zur Wiederbesiedlung der Insel würde eine jener sinnlosen Hypotheken aufgekündigt, die das deutsch-englische Verhältnis fast unerträglich belasten, und deren Zinsen nur von radikalen Kräften eingestrichen werden.

Noch ist es nicht zu spät. Doch die Zeit drängt. Denn die Insel Helgoland wird zwar nie wieder ein "Gibraltar des Nordens" sein. Aber sie könnte leicht zum "Stalingrad für die britische Besatzungspolitik" werden.<<

27.04.1950

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 27. April 1950 (x095/103-104): >>... Unter Brüning, der gegenüber dem Ausland immer sehr "brav" war, hat man Deutschland nichts gegeben.

Dem Verbrecher Hitler hat man in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft fast alles gegeben, was er wollte.

Diese Erfahrung ist natürlich auch nicht dazu angetan, gegenüber den Alliierten zu vorsichtig zu sein.

Als die Saarfrage unlängst hier so viel Erregung hervorgerufen hat, ist von manchen Leuten gesagt worden, Frankreich habe Hitler 1935 die Saar zurückgegeben, dem demokratischen Deutschland nimmt es sie ab. ...<<

01.05.1950

Am 1. Mai 1950 wird die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung (seit dem 27.8.1939 Ausgabe von Lebensmittelkarten) in der Bundesrepublik Deutschland beendet.

04.05.1950

Der Deutsche Bundestag beschließt am 4. Mai 1950, weitere 900.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln (x182/218).

07.05.1950

Bundeskanzler Adenauer schreibt am 7. Mai 1950 in einer Denkschrift über den geplanten Beitritt der Bundesrepublik in den Europarat (x243/177): >>... (Die Bundesrepublik kann dem Europarat nur als "assoziiertes Mitglied" beitreten, da) sie noch nicht die souveränen Befugnisse besitzt. ...

Daß der Kriegszustand ... noch nicht aufgehoben wurde und daß die Besatzungsmächte ... der Bundesrepublik die ihr zustehenden Rechte nur stückweise zurück ... geben, ist bedauerlich.

Nach Ansicht der Besatzungsmächte ist aber gerade der Eintritt in den Europarat ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Befreiung der Bundesrepublik von ihren Bindungen. ...<<

09.07.1950

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erhält die neue Partei "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) am 9. Juli 1950 auf Anhieb 23,4 % der Stimmen.

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den Wahlerfolg der neuen Vertriebenenpartei "BHE" (x024/230): >>...

Der große Erfolg des "Bundes der Heimatlosen und Entrechteten" (BHE), der neuen Flüchtlingspartei, bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hatte wie ein Schock gewirkt. Man befürchtete eine radikale parteipolitische Entwicklung der Vertriebenen.

So schrieb die "Neuer Zürcher Zeitung": "Die Verzweiflung der Vertriebenen ist nicht zu beschreiben."

Sie habe sich nur deshalb noch nie in Verzweiflungsakten geäußert, weil sie gepaart sei mit Apathie, die aus Hoffnungslosigkeit geboren sei. Ruhe und Ordnung seien jedoch nur unter einer dünnen Decke gewahrt, die jederzeit brechen könne.

Ein Teil der Vertriebenen war in der Tat dabei, die Geduld zu verlieren und aus Enttäuschung über die Haltung der bisherigen Parteien die eigene Sache im BHE voranzutreiben – nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die überwiegende Zahl der Vertriebenen noch immer in Notunterkünften und Lagern hauste, über ein Drittel der Arbeitsfähigen ohne Arbeit war, ein Drittel berufsfremd oder als Hilfsarbeiter unter der gewohnten sozialen Stellung arbeitete.

...<<

Juli 1950

Walter Müller-Bringmann berichtet im Juli 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/110-113): >>... Wer behauptet, daß in unseren Breiten im "fortschrittlichen" 20. Jahrhundert der Handel mit Menschen verboten sei, muß sich irren. Denn ich habe heute mit eigenen Augen gesehen, wie Menschen verschachert wurden. Allerdings nicht gegen bares Geld,

das von einer schmutzigen Hand in die andere wandert, sondern ich erlebte die wertmäßige Abschätzung der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind und doch zunächst die manchmal überhohe Barriere der sog. Ländervertreter überspringen müssen. ...

Männer, vor allem junge Männer, die arbeiten können oder noch im Besitz ihrer Kräfte sind, haben kaum Schwierigkeiten, von einem Land die "Einreisegenehmigung" zu erhalten. Aber wenn es dann bereits um Familien geht, die ja mehr Wohnraum beanspruchen, oder wenn kein verdienendes Familienmitglied mehr vorhanden ist, sondern es sich vielleicht um alte Leute oder um Schwache oder Kranke handelt - um Arbeitsunfähige also - dann geht das Feilschen und Handeln los.

Dann beginnt der Krieg gegen die Menschen, die vor den Barrieren der Vertreter stehen. Dann fängt der Kampf mit den Behörden an. Denn jedes Land möchte sich vor diesem Flüchtlingsansturm schützen, so wenig wie möglich Leute aufnehmen und die öffentlichen Kassen in Form von Unterstützungen mancherlei Art nicht noch mehr belasten.

Und dann stehen in dieser jämmerlichen Wellblechbaracke die eingeschüchterten, seelisch und körperlich mitgenommenen, unsicheren, bangenden, hoffenden, oft genug aber verzweifelten Menschen, die aus dem Osten unseres Vaterlandes oder aus anderen Gebieten Europas und auch aus Übersee hierher getrieben wurden ...

Männer, auch mit Familien, die Berufe haben wie Schlosser, Klempner oder andere Handwerker, sind besser dran. Aber zum Beispiel die Geistesarbeiter – für die ist es viel schwerer, irgendwo unterzukommen.

Und wenn man sich dann wieder einmal über ein Häuflein Menschen, die zu einer Familie gehören, die nicht auseinander möchte, nicht einigen konnte, und der "Fall" zurückgestellt wurde, dann kommen die armen geplagten, gequälten und geprüften Leute zu mir, und ich soll ihnen helfen. Obwohl ich es nicht kann.

Aber ich spreche dann doch mit diesem und jenem, und dann gelingt es auch meistens, die

Familie irgendwie auf eine Liste zu schmuggeln.

Ist es nicht scheußlich, in unserer Zeit einen offiziell nicht nur gestatteten, sondern sogar eingesetzten "Handelsbetrieb mit Menschen" täglich beobachten zu müssen und auch Hilfsdienste dafür zu leisten?

Als ich in der Baracke war, wurde gerade der Fall der Witwe S. mit ihren 2 Kindern, Flüchtlinge aus dem Osten, behandelt. Sie befand sich bereits über 3 Wochen im Lager, hatte alles in Bewegung gesetzt, um mit einem der Züge in die neue, immer noch so ferne und doch so nahe Heimat zu kommen und stand nun vor denen, die über ihr ferneres Schicksal entscheiden sollten.

Die Gesichter der Beamten ... verrieten nicht mit einer Miene, was sie dachten.

Niemand sagte ein Wort. Nicht Nordrhein-Westfalen. Nicht Hessen. Nicht Niedersachsen - keiner wollte die Frau und ihre 2 Kinder.

Mag es daran gelegen haben, daß die Mutter wie verzweifelt von einem zum anderen sah und ihr Blick durch Zufall auf dem niedersächsischen Vertreter hängen blieb. ...

Jedenfalls, nach einer eisigen, unheimlichen Stille, die jedermann als unwirklich empfand, sagte der Behördenvertreter Niedersachsens: "Ich übernehme Sie."

Den dankbaren Blick dieser Frau kann man nicht vergessen. Sie nahm ihre beiden Kinder wieder an die Hand, ging zur Barackentür, drehte sich noch einmal um und sagte dann: "Danke."

"Danke" - wofür eigentlich? ...

Es trafen 200 Heimkehrer aus albanischer Gefangenschaft ein. Über 500 ehemalige deutsche Soldaten sollen sich dort noch in Arbeitslagern befinden.

Wo noch in aller Welt mögen 5 Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten Deutsche hinter Stacheldraht festgehalten werden? ...<<

11.08.1950

Winston Churchill begründet vor dem Europarat in Straßburg am 11. August 1950 die Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (x156/78-80): >>... Ich bitte die Versammlung, unseren deutschen Freunden zu versichern, daß wir ihre Sicherheit und Freiheit ebenso heilig wie unsere eigene halten werden. ...

Es steht außer Zweifel, daß wir uns alle in großer Gefahr befinden. Die Freiheit der Zivilisation Westeuropas liegt im Schatten einer russisch-kommunistischen Aggression, hinter der enorme Rüstungen stehen.

Die sowjetischen Streitkräfte in Europa sind denen der westlichen Union, gemessen an stehenden Divisionen, Flugzeugen und Panzerfahrzeugen, mindestens sechs- oder siebenfach überlegen. Dies sind furchtbare Tatsachen. ...

Die Gefahr ist selbstverständlich nicht neu. Sie lag in der Tatsache begründet, daß die freien Demokratien des Westens nach dem Kriege ihre Streitkräfte entwaffneten und auflösten, während die Diktatur im Kreml riesige Armeen aufrechterhielt und sich auf jede Weise anstrengte, diese neu auszurüsten.

Vor 2 Jahren wurde der Westunion-Pakt unterzeichnet und eine Reihe von Ausschüssen errichtet, die, wie M. Renaud und andere sich ausdrücken, ununterbrochen geredet haben. ...

In Wirklichkeit jedoch ist, abgesehen von der Errichtung eines amerikanischen Bomberstützpunktes in England, nichts getan worden, um unsere Völker wirksam davor zu schützen, von den russischen kommunistischen Armeen mit ihren Massen von Panzern und Flugzeugen unterjocht oder zerstört zu werden.

Ich selbst und andere habe jede nur mögliche Warnung ausgesprochen. Aber, wie in der Vergangenheit, sind sie auf taube Ohren gefallen oder wurden dazu benutzt, die falsche Anschuldigung der Kriegshetzerei zu stützen.

Nunmehr haben jedoch plötzlich der Blitzschlag in Korea und der auf ihn folgende umsich-

greifende Brand die gesamte freie Welt zu einer durchdringenden und aufrüttelnden Erkenntnis der Gefahr gebracht, in welcher sie schwebt.

Viele Maßnahmen werden jetzt vorgeschlagen, die, wenn sie vor 2 Jahren getroffen worden wären, bis heute mindestens einige Früchte getragen haben würden. Was heute vorgeschlagen wird und vor 2 Jahren hätte getan werden sollen, könnte gut halbwegs unseren Bedürfnissen entsprechen.

Ich zweifle nicht daran, daß die tiefere Erkenntnis der tödlichen Gefahr, in der wir uns befinden, in uns jenen Trieb der Selbsterhaltung wachrufen wird, der die Grundlage menschlichen Daseins ist. ...

M. André Philip erklärte am Dienstag, daß "Frankreich nicht den Wunsch hätte, noch einmal befreit zu werden". Nach einer Zeit russisch-kommunistischer Besetzung würde es, wie M. Renaud betont hat, nicht viel zu befreien geben. Die systematische Liquidierung aller kommunistenfeindlichen Elemente würde wenig übriglassen, was von den Rettern oder Überlebenden wiedererkannt werden könnte.

Wir in dieser Versammlung besitzen keine Verantwortung und keine Exekutivgewalt. Aber wir sind verpflichtet, zu warnen und zu raten. In der kürzestmöglichen Zeit muß eine echte Verteidigungsfront in Europa geschaffen werden. Großbritannien und die Vereinigten Staaten müssen starke Verbände nach dem Kontinent entsenden.

Frankreich muß seine berühmte Armee wiedererstehen lassen, unsere italienischen Kameraden willkommen heißen. Alle – Griechenland, die Türkei, Holland, Belgien und Skandinavien - müssen ihren Anteil tragen. Mut und Einigkeit müssen uns beschwingen und die mächtigen Energien, die unseren Regierungen zur Verfügung stehen, auf solide und angemessene Verteidigungsmaßnahmen richten.

... Wir stehen noch unter dem Schuttschild der Atombombe, die allein die Vereinigten Staaten in achtunggebietender Menge besitzen. ...

Es gibt einen weiteren Grund, weshalb der allgemeine bewaffnete Ansturm des Kommunismus auf die westlichen Demokratien sich verzögern mag. Der sowjetische Diktator hat keinen Anlaß, mit der Art und Weise unzufrieden zu sein, wie sich die Dinge entwickelt haben. Seit Ende des Weltkrieges im Jahre 1945 haben sie die Kontrolle über halb Europa und ganz China gewonnen, ohne einen einzigen russischen Soldaten zu verlieren. Sie haben auf diese Weise ihrer eigenen ungeheuren Bevölkerung nahezu 500 Millionen Menschen hinzugefügt.

... Durch ein Schließen der Lücken in der Verteidigung der Westmächte in Europa werden wir die sichersten Mittel dafür finden, nicht nur unser Leben und unsere Freiheiten zu retten, sondern auch einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Wenn wir in der Lage sind, im Verlauf von ungefähr 2 Jahren ein verlässliches Verteidigungssystem gegen eine kommunistische Invasion zu schaffen, so werden wir zumindest die greifbarste Versuchung für jene beseitigt haben, die danach trachten, den freien Demokratien ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen. ...<<

17.08.1950

Bundeskanzler Adenauer erklärt am 17. August 1950 in einem Presseinterview (x243/178): >>... Die Ereignisse in Korea (lassen befürchten), daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden. ...

Wir müssen die Notwendigkeit der Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen. ... (Diese) muß stark genug sein, um jede mögliche, den Vorgängen in Korea ähnelnde Aggression der Sowjetzonen-Volkspolizei abzuwehren. ...<<

Die Alliierte Hohe Kommission löst am 17. August 1950 die I. G. Farbenindustrie AG in Frankfurt/Main auf.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "I. G. Farbenindustrie AG" (x051/275): >>I. G. Farbenindustrie AG (Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie AG,

Frankfurt/Main), am 9.12.25 durch Fusion der größten deutschen Chemieunternehmen (BASF, Bayer, Hoechst, Agfa u.a.) gegründeter Chemiekonzern.

Bis Ende 32 Ziel heftiger Angriffe seitens der NSDAP wegen hoher jüdischer Beteiligung (sechs Direktoren waren Juden), entwickelte sich die I. G. Farben vom Vorkämpfer des freien Welthandels zum Anwalt deutscher Autarkie.

Die mit finanzieller Unterstützung des Staates ("Benzin-Vertrag" vom 14.12.33) eingeleitete Entwicklung großtechnischer Verfahren zur Kohleverflüssigung sowie die synthetische Kautschukherstellung sicherten die Führungsrolle der I. G. Farben bei den industriellen Kriegsvorbereitungen des Vierjahresplans und führten zur personellen Verflechtung mit dem nationalsozialistischen Staat (u.a. war I. G.-Direktor Krauch zugleich "Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung"). Mit Hilfe der Wehrmacht und der nationalsozialistischen Bürokratie plünderte der Konzern im Krieg die Chemieindustrien der besetzten Länder.

Den Höhepunkt erreichte die Zusammenarbeit zwischen der I. G. Farben, deren Tochterfirma DEGESCH das Giftgas Zyklon B herstellte, und den Nationalsozialisten mit dem Bau einer gigantischen Anlage zur Produktion von synthetischem Gummi und Öl in Auschwitz; dabei kamen 25.000 Zwangsarbeiter ums Leben.

Im Nürnberger I. G. Farben-Prozeß wurden 13 leitende Angestellte am 29./30.7.48 u.a. wegen "Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, Kriegsgefangenen und KZ-Insassen" zu Haftstrafen zwischen 18 Monaten und sechs Jahren verurteilt.

Durch Gesetz Nr. 35 verfügte die Alliierte Hohe Kommission (17.8.50) die Entflechtung des I. G.-Vermögens in der Bundesrepublik; die bekanntesten Nachfolgeunternehmen sind: BASF, Bayer und Hoechst.<<

22.08.1950

Das Bundesnotaufnahmegesetz vom 22. August 1950 tritt in Kraft.

Flüchtlinge, die die SBZ wegen einer drohenden Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit oder aus sonstigen zwingenden Gründen verlassen, erhalten danach in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis.

29.08.1950

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 29. August 1950 ein Sicherheitsmemorandum für den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy.

Konrad Adenauer berichtet später über dieses Sicherheitsmemorandum (x156/87): >>... Ich wies in dem Memorandum darauf hin, daß die Entwicklung im Fernen Osten innerhalb der deutschen Bevölkerung Unruhe und Unsicherheit ausgelöst habe. Das Vertrauen, daß die westliche Welt in der Lage sein würde, Angriffshandlungen gegen Westeuropa rasch und wirksam zu begegnen, sei in einem besorgniserregenden Ausmaß im Schwanken begriffen und habe zu einer gefährlichen Lethargie der deutschen Bevölkerung geführt.

Der ganze Ernst der Situation ergebe sich aus der Betrachtung der in der Sowjetzone versammelten sowjetischen Kräfte und der dort in beschleunigtem Aufbau befindlichen Volkspolizei. Als Gegenkräfte stünden in Westdeutschland den sehr starken Truppeneinheiten in Ostdeutschland, die ich im einzelnen aufführte, je 2 amerikanische und britische Divisionen und einige französische Verbände gegenüber.

Die Bundesrepublik besitze, wenn man von den schwachen Kräften des Zollgrenzdienstes absehe, keine Abwehreinheiten. In der britischen Zone gebe es eine Polizei, die auf kommunaler Basis organisiert, jedoch weder einheitlich ausgebildet noch einheitlich ausgerüstet sei und auch nicht über angemessene Waffen verfüge. Für einen Einsatz gegen einen Angriff der Volkspolizei der Sowjetzone seien die Polizeikräfte der Bundesrepublik völlig unzureichend, da sie, zahlenmäßig schwach, weder über eine entsprechende Waffenausbildung noch über eine Ausbildung in geschlossenem Einsatz verfügten. Sie seien auch nicht in der Lage, einen

wirksamen Schutz an der Sowjetzonengrenze zu bilden, die in ihrer außerordentlichen Länge besondere Anforderungen stelle.

Die Verteidigung des Bundes nach außen liege in erster Linie in den Händen der Besatzungstruppen. Ich hätte wiederholt um Verstärkung dieser Besatzungstruppen gebeten und erneuere diese Bitten hiermit in dringendster Form, denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Westeuropa allein könne der Bevölkerung sichtbar den Willen der Westmächte demonstrieren, daß Westdeutschland im Ernstfall auch wirklich verteidigt werde.

Ich habe in dem Memorandum ferner unsere Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingentes zu leisten. ...<<

02.09.1950

Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) erläutert am 2. September 1950 im "Rheinischen Merkur" die Lage der Vertriebenen (x155/25-27): >>... Das deutsche Volk ist durch die Invasion der Flüchtlingsmassen vor eine Aufgabe gestellt worden, die seine Leistungsfähigkeit übersteigt, und wir wissen um die Leistung, die es vollbracht hat und müssen dankbar dafür sein.

Und wenn ich im Anschluß an diese Worte zum Ausdruck gebracht habe, daß allerdings sehr viel mehr hätte getan werden müssen, und daß Besatzungsmächte, Regierungen, Parlamente und Parteien sich die Verantwortung für diese Unterlassung teilen, so glaube ich damit etwas gesagt zu haben, dessen Richtigkeit von niemandem bestritten wird.

... Ich habe das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein als bedeutsamen politischen Vorgang registriert, als ein Zeichen für die große Unzufriedenheit der Vertriebenen mit der bisherigen Behandlung des Problems ... (Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Jahre 1950 hatte der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE - als neue Partei auf Anhieb 23,4 % der Stimmen erhalten). ...

... Ich habe damit als Vorsitzender eines nach Millionen zählenden Verbandes erneut, wie schon oft, in Wort und Schrift davor gewarnt, daß die Vertriebenen sich politisch absondern, wenn nicht mehr für sie getan wird. Die Absonderung ist gekommen, aber doch nicht, weil ich davor gewarnt habe, sondern weil nicht genug getan wurde. ...

Es ist etwas anderes, ob man 5 Jahre lang in unerträglichen Verhältnissen vergeblich auf sein Recht oder wenigstens auf soziale Gerechtigkeit wartet oder auch nur 5 Jahre lang mit aller Kraft darauf hinarbeitet, die Dinge zu bessern, und zwar ohne nennenswerten Erfolg, oder ob man die Situation mit den Augen eines Beobachters betrachtet. ... Dann sieht man die Dinge anders als die Vertriebenen, die Jahr um Jahr jede Unterlassung, jede Zurücksetzung und jedes Unrecht am eigenen Leibe gespürt und registriert haben. Die ganze Zeit haben sie schöne Worte und Versprechungen in Fülle zu hören bekommen, und deshalb sind sie heute damit nicht mehr zufriedenzustellen.

... Wir haben bewußt davon abgesehen, die gespannte und gefährliche Situation mit "neuem Zündstoff" anzureichern. Diese Haltung schließt allerdings nicht die Absicht oder auch nur die Möglichkeit ein, offenbares Unrecht und offensichtliche Mißstände totzuschweigen.

Ich glaube auch nicht, daß wir der Gefahr erlegen sind, die Lage allzu einseitig zu sehen und zu beurteilen. Die Arbeit für die Vertriebenen besteht in dem Kampf gegen Unrecht und Not. Außer der wiederholt gestreiften Beamtenfrage nenne ich das Problem der Ostkonten und Sparguthaben, den übergroßen Anteil an der Arbeitslosigkeit, die unzulängliche wohnungsmäßige Unterbringung, den erschreckend geringen Anteil unserer Jugend an dem Besuch der Universitäten und höheren Schulen, die Not unserer Bauern und Landwirte, den Mangel an Krediten bei den Gewerbetreibenden und die verzweifelte Situation der Alten und Erwerbsunfähigen, die bisher vergeblich auf eine Entschädigung ihrer Vermögensverluste warten.

Dem gegenüber steht die Wirtschaftslage des gesamten deutschen Volkes, in dem die Vertrie-

benen, wie wir sehr wohl wissen, kein Monopol auf Not und Elend haben.

Es kann also bei unserer Arbeit wirklich nur um das gehen, was im "Rahmen des Möglichen" liegt. Aber diese Möglichkeiten müssen auch bis zum letzten ausgeschöpft werden, wenn wir zu einer wahren inneren Befriedigung kommen wollen. Damit ist schon gesagt, daß jeder Einsatz für das Vertriebenenproblem Arbeit zum Wohle des ganzen Volkes ist. ...

Man sollte unsere Stimme nicht weiter überhören, man sollte unseren Organisationen nicht mit Mißtrauen begegnen, sie nicht bekämpfen, sondern sie mit aller Kraft stützen und fördern.

...<<

12.09.1950

Am 12. September 1950, dem 2. Jahrestag der Bundespräsidentenwahl, werden auch die Flaggen der ehemaligen deutschen Ostprovinzen vor dem Bundestag gehißt.

13.09.1950

Während der Volkszählung vom 13. September 1950 registriert man 3.004.400 vertriebene Sudetendeutsche (x004/135): Bundesrepublik Deutschland (1.912.000), West-Berlin (5.800), Saargebiet (600), Sowjetische Besatzungszone (914.000), Ost-Berlin (2.000), Österreich (140.000) und in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern (30.000).

20.09.1950

Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. September 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/113): >>20. September 1950. Friedland besteht heute 5 Jahre. 1.759.875 Menschen "durchliefen" das Lager.

119.000 Kriegsgefangene gingen von Westen nach Osten. Aus dem Osten kamen 412.000 Heimkehrer, Frauen und Männer. 41.000 illegale Grenzgänger wurden registriert. 874 Jugendliche, die kein Elternhaus mehr hatten, wurden in Jugendheime eingewiesen. Mit der "Operation Link" kamen bisher 16.000 Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten ostwärts der Oder/Neiße. ...<<

23.09.1950

Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) referiert am 23. September 1950 über die geplanten Wahlen in der DDR (x155/27-28): >>Der Deutsche Bundestag hat am 14.9.1950 nach einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers die ostzonalen "Wahlen" vom 15. Oktober für nichtig erklärt. ...

In der Erklärung, die vom gesamten Hause, die KPD ausgenommen, gebilligt wurde, heißt es u.a.: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in der Verteidigung der unterschiedlichen Behandlung deutscher Kriegsgefangener und Verschleppter, in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit.

Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln." ...

Die Heimatvertriebenen sind vor allen anderen deutschen Volksgruppen gefeit gegen die Gefahr der Ansteckung mit dem doktrinären Gift scheinsozialer, volksdemokratisch frasierter Moskauer Heilslehren.

Sie haben die "Segnungen" dieser Lehren und die Gesinnung ihrer Bekenner in der Zeit der Austreibung, die sie vorwiegend den Moskauer Initiatoren zu verdanken haben, gründlich kennengelernt. Sie wissen, was sie diesen "Heilsaposteln" und ihren ostzonalen Statthaltern, die es jetzt zu bestätigen gilt, zu danken haben: den Verlust der Heimat, des Eigentums und des Lebens von Millionen teurer Angehöriger!

... Die westdeutschen Heimatvertriebenen denken im Hinblick auf die am 15. Oktober geplante geistige Vergewaltigung mit tiefem Mitgefühl besonders an die Millionen heimatvertriebenen Mitbrüder in der Ostzone. Sie wissen aus Schilderungen der Ostzonenflüchtlinge, daß

deren Lage unvergleichlich schlimmer ist als die ihre. Sie wissen, daß die Lage der Heimatvertriebenen in der Ostzone trostlos ist, weil diese nicht wie sie selbst im Westen die Möglichkeit haben, eine Änderung oder Verbesserung ihres Schicksals mit demokratischen Mitteln zu erstreben und zu erwirken. ...<<

08.10.1950

Der französische Hochkommissar Francois-Poncet (1887-1978) erklärt am 8. Oktober 1950 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>Ein deutsches Kontingent, selbst wenn es einer zehnmal stärkeren Europa-Armee eingegliedert ist, ist eine schwer zu schluckende Tatsache für diejenigen, für die die Zerschlagung einer deutschen Militärmacht oberstes Ziel war, für das Millionen ihr Leben opferten. ...<<

Der Deutsche Bundestag schlägt am 15. Oktober 1950 die Beendigung der allgemeinen Entnazifizierung in Westdeutschland vor.

12.11.1950

Walter Müller-Bringmann berichtet am 12. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>12. November 1950. Aus Italien trafen 21 Frauen, 15 Kinder und 11 Männer ein, die bisher in einem großen Internierungslager bei Rom festgehalten wurden. Die Deutschen beklagen sich über schlechte Behandlung und minderwertiges Essen. Dafür durften sie als Elendsstatisten in einem Film mitwirken, den der italienische Regisseur Rossellini drehte. ... Der Filmstar Ingrid Bergmann verschenkte Schokolade an die Kinder.

Auch Deutsche aus Spanien kamen zurück. Außerdem aus vielen Ländern des ganzen Erdballs.

Friedland nimmt sie alle auf.<<

15.11.1950

Bundeskanzler Adenauer spricht am 15. November 1950 mit den 3 Hohen Kommissaren der westlichen Alliierten über die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der britische Hochkommissar Kirkpatrick schreibt später an das Foreign Office nach London (x020/87-88): >>Wir alle machten dem Kanzler klar, daß wir mit unseren Äußerungen zur Wiedervereinigung Deutschlands niemals die Absicht verfolgt hätten, darunter mehr als die Einbeziehung der sowjetischen Zone und Berlins zu verstehen: Sämtliche Gespräche, die jemals mit den Deutschen, auf welcher Ebene auch immer, in dieser Frage geführt worden seien, erlaubten einfach keine gegenteilige Interpretation. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Josef Foschepoth schreibt später über die Haltung des Bundeskanzlers (x020/88-89): >>Der Kanzler zeigte sich von der Haltung der Besatzungsmächte äußerst überrascht und versuchte während des gesamten Gesprächs eine betont harte Haltung einzunehmen. Daß es hierbei jedoch auch wieder weniger um die Ostgebiete als um die Westverträge ging, wurde deutlich, als er betonte, daß ein Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße einen "außerordentlich ungünstigen Effekt auf die deutsche öffentliche Meinung haben würde und jede Chance einer Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag zunichte machen würde". ...

Im weiteren Verlauf der Unterredung versuchte Adenauer erneut einen Zusammenhang zwischen dem geplanten westdeutschen Wehrbeitrag und dem Anspruch auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete herzustellen. Unter Hinweis auf das soeben bei den EVG-Verhandlungen in Paris genannte Kontingent von 400.000 deutschen Soldaten im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft meinte der Kanzler, Deutschland würde nicht bereit sein, "diese zur Verfügung zu stellen, wenn die Alliierten zu verstehen gäben, daß sie sich für die Zukunft hinsichtlich der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie völlige Handlungsfreiheit vorbehielten".

Dies war nun dem französischen Hochkommissar, Francois-Poncet, endgültig zu viel. Sollte das, was der Kanzler gerade gesagt hatte, in Frankreich publik werden, "dann würde die fran-

zösische öffentliche Meinung mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß es bei einem Beitrag zur europäischen Verteidigung das Ziel des Kanzlers sei, einen Revanche-Krieg zu führen, um die deutschen Ostgebiete zurückzuerobern. Dies sei ganz und gar nicht unsere Idee" ... Vielmehr solle sich der Kanzler darüber im klaren sein, daß er eingeladen sei, nicht einen Beitrag zur Ostexpansion Europas, sondern zu seiner Verteidigung gegen unmittelbare russische Gefahr zu leisten".

Das Gespräch endete ohne konkretes Ergebnis.

Eine Woche später trafen sich jedoch die Außenminister der 3 Westmächte erneut mit Adenauer – diesmal auch in seiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik – in Paris zu gemeinsamen Beratungen. Es war das erste Mal, daß die westdeutsche Seite als gleichberechtigter Partner auf dieser Ebene vertreten war.

In westlichen Delegationskreisen war man darauf gefaßt, mit einer harten Haltung Adenauers in der Oder-Neiße-Frage konfrontiert zu werden. Nichts dergleichen geschah.

Das, was vor einer Woche noch ein Herzensanliegen des deutschen Kanzlers gewesen zu sein schien, war nicht einmal wert, ausführlich auf der Außenministerkonferenz diskutiert zu werden, die sich immerhin ausschließlich mit der künftigen Rolle Deutschlands in Europa beschäftigte. ...<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 15. November 1950 (x095/114-119): >>... Sowjetrußland hat sich seit 1945 die Herrschaft über Gebiete von zusammen 12 Millionen qkm verschafft. Es ist dabei in derselben Art und Weise vorgegangen: 5. Kolonne, Einschüchterung der widerstandsbereiten Elemente in den zu unterwerfenden Staaten, Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Wege der Gewalt, Einheitspartei, Einheitswahlen, Sowjetrußland hörige Regierungen.

Die Expansionstendenz Sowjetrußlands seit 1945 ist derartig eklatant, daß man nicht versteht, wie es möglich war, daß die Westalliierten dem so lange untätig zugesehen haben. Es spricht auch nichts dafür, daß diese Expansionspolitik nicht weiter verfolgt werden soll.

Im Gegenteil, die Ansammlung sowjetrussischer Armeen in der Sowjetzone Deutschlands, die Schaffung des Satellitenstaates "Sowjetzone Deutschland" nach der oben geschilderten Methode, die Schaffung der sogenannten Volkspolizei, die Wühlarbeit in der Bundesrepublik, in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen völlig klar erkennen, daß Sowjetrußland die Absicht hat, seine Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen.

Das Verhalten der westdeutschen Staaten demgegenüber, insbesondere auch die Einstellung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Abwehrfront einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, lassen den mangelnden Widerstandswillen und die mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage sehr deutlich erkennen.

Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet.

Auch das Bewußtsein, abhängig und nicht frei zu sein, schränkt in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Überzeugung, daß es notwendig sei, auch unter Opfern sich die Freiheit von Sowjetrußland zu bewahren, in starkem Maße ein. Man kann nur dann von einem Volk verlangen, für die Freiheit alles zu opfern, wenn es wirklich frei ist und wenn es davon überzeugt ist.

Hinzu kommt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht davon überzeugt sind, daß die Westalliierten wirklich bereit sind, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Bundesrepublik vor einem Einbruch sowjetischer Truppen zu schützen. ...

Diese defaitistische Stimmung, die von der Ostzone her aus tausend Quellen genährt wird, war besonders stark nach dem Angriff der Nordkoreaner auf Südkorea. Die Stimmung besserte sich, als die Nordkoreaner durch die UNO-Streitkräfte zurückgeschlagen wurden. ...

... Ein Volk wird nur dann Opfer für seine Freiheit bringen, wenn es überzeugt ist, im Besitze dieser Freiheit zu sein. Diese Überzeugung besteht im deutschen Volke noch nicht und kann auch noch nicht bestehen. In einer sichtbaren und die breiten Massen überzeugenden Weise müssen, wenn das deutsche Volk Kontingente stellen soll, Beweise dafür gegeben werden, daß dem deutschen Volke seine Freiheit in kürzester Frist wiedergegeben wird. Sicher wird das nicht auf einmal möglich sein, aber es muß doch ein sehr starker Fortschritt für alle sichtbar eintreten.

Die Auslieferung von Deutschen an Frankreich zur Aburteilung und die Verhaftung dieser Personen durch Organe der Besatzungsbehörden unter der Begründung, daß der Wille der Besatzungsbehörden über dem deutschen Grundgesetz stehe, und eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge erzeugen sehr viel böses Blut ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Konrad Adenauer (x343/12-15): >>Der Alte und der Pfälzer

_ von Jürgen Elsässer

Konrad Adenauer und Helmut Kohl ragen wie Riesen aus der Ahnengalerie der Unionsparteien heraus. Doch bei allen Leistungen haben beide auch gravierende Fehler zu verantworten, die die heutige Misere von Staat und Nation ermöglicht haben.

Die Geschichte der CDU ist die Geschichte dreier herausragender Kanzler, die jeweils weit länger als ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes bestimmten: Konrad Adenauer steht für Wirtschaftswunder und Westbindung, Helmut Kohl brachte die Einheit und den Euro, Angela Merkel setzte Grenzöffnung und Islamisierung durch. Unter den ersten beiden ist der Wohlstand für alle Volksschichten gewachsen, unter letzterer hat sich die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt etabliert - zu Lasten von Mittelstand und Arbeiterschaft.

Auf nach Westen

Adenauer, nach seinem Wohnort in der Nähe der alten Bundeshauptstadt auch als "der Alte aus Rhöndorf" titulierte, brachte die Tradition der katholischen Zentrumspartei aus der Weimarer Republik als wichtige Erbschaft in die Gründung der CDU mit ein. Als Oberbürgermeister von Köln (1917 bis 1933) war er dezidiert antipreußisch gewesen - die Stadt und andere Gebiete des heutigen Bundeslandes NRW gehörten damals noch zum größten deutschen Teilstaat - und hatte nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Separierung des Rheinlandes an der Seite Frankreichs geliebäugelt.

Diese frühe Prägung ist der Politiker nie losgeworden: Zeitlebens fand er kein Verhältnis zu den Menschen und Mentalitäten östlich der Elbe, wo ab 1949 die "roten Preußen" der SED - so ein Bonmot des Publizisten Wolfgang Venohr - das Sagen hatten. Nach einer Anekdote hat Adenauer auf seinen Reisen durch den Osten immer die Rollos nach unten gezogen und geschimpft: "Da draußen ist Sibirien."



Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1946. Im Gegensatz zum katholischen Zentrum

verstand sich die CDU an als überkonfessionelle christliche Partei. Foto: CDU/KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Sein rheinisches Naturell ermöglichte ihm aber auch große Leistungen: Die sprichwörtliche kölnische Umgänglichkeit machte ihn zum idealen Verhandlungsführer bei den schwierigen Gesprächen mit den Siegermächten und mit Israel. Frankophilie und Katholizismus erleichterten insbesondere eine enge Freundschaft mit Charles de Gaulle und damit eine Aussöhnung mit dem alten Erbfeind jenseits des Rheins. Dabei strahlte er eine Ernsthaftigkeit und Frömmigkeit aus, die ihn in den turbulenten Nachkriegsjahren positiv abhoben von der klassenkämpferischen Linken - er war die charakterliche Identifikationsfigur für die große Mehrheit der leidgeprüften Deutschen.

Ein Schuß Machiavellismus war freilich unverkennbar: Die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 sicherte er sich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen. Und in den Verhandlungen mit Moskau und Ostberlin folgte er der Devise: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Das machte den "Bundeskanzler der Alliierten" - so die Schmähung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher - für die amerikanische Besatzungsmacht zum idealen Statthalter in der Zeit des Kalten Krieges: Der Alte war, schon aus Eigeninteresse am Machterhalt, völlig unempfänglich für alle Avancen aus dem Osten. Den von Washington geforderten Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO (1955) setzte Adenauer zuverlässig gegen die sozialdemokratische Opposition durch, die Kommunistische Partei ließ er 1956 gleich ganz verbieten.

Diese Haltung stabilisierte zwar den Teilstaat, verhinderte aber die Einheit Deutschlands. Dabei hätte es diese Chance gegeben: 1951 schlug DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Fahrplan zur Wiedervereinigung vor, den Adenauer ablehnte und mit einem Gegenvorschlag konterte. "Danach hätte der erste Schritt in freien gesamtdeutschen Wahlen zu einer Nationalversammlung bestanden, zu der sämtliche Parteien zugelassen werden sollten. Zur großen Überraschung westlicher Beobachter ging Ost-Berlin auf diese Forderung ein", faßt der Historiker Gregor Schöllgen in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Doch paradoxerweise verweigerte sich Adenauer erneut.

Der nächste Vorstoß kam direkt aus Moskau. Diktator Josef Stalin bot ihm April 1952 ein neutrales Deutschland an, alle fremden Truppen sollten abgezogen werden und dann freie Wahlen stattfinden. Auch dieser Vorschlag wurde von den Westmächten torpediert. Ihre List: Der Urnengang sollte von den Vereinten Nationen kontrolliert werden - was damals für die UdSSR unannehmbar war, da die USA unter formalem Kommando der UNO gerade einen Krieg gegen das sozialistische Nordkorea führten.

Adenauers Entgegenkommen gegenüber den Besatzern ging sogar so weit, im Jahr 1954/55 die Herauslösung des Saarlandes aus Deutschland und dessen Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich zu billigen. Das Vorhaben scheiterte nur an der Hybris in Paris: Dort wollte man das sogenannte Saarstatut durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen und ging von einer sicheren Mehrheit bei den Saarländern aus. Doch die stimmten mit über zwei Dritteln für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik - und ermöglichten damit eine erste kleine Wiedervereinigung.

Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Adenauers Devise

Es spricht jedoch für Adenauer, daß er trotz aller Westverbundenheit auch weiter die Fühler nach Osten ausstreckte. Ein großartiges Resultat zeigte sein Moskau-Besuch im Jahr 1955 - dort konnte er die Freilassung der verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen aushandeln. Selbst Spuren zu einer "geheimen Ostpolitik" (Schöllgen) finden sich in den Akten.

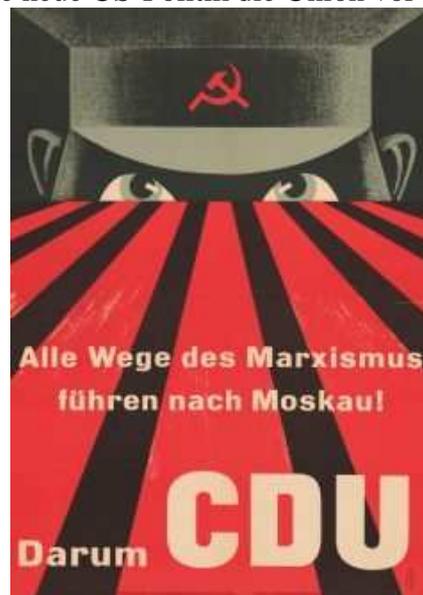
Bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Andrej A. Smirnow 1958 in Bonn

fragte er unvermittelt, ob die Russen bereit wären, "der Sowjetzone den Status von Österreich zu geben", also die neutrale Eigenstaatlichkeit. Doch die Initiative verlief im Sande, wohl auch, weil Moskau mit SED-Chef Walter Ulbricht schon an Plänen zur Abriegelung der Zonengrenze arbeitete. Adenauers Mut kam zu spät.

Zwischen Washington und Paris

Die Wiedervereinigung, die Adenauer 1952 als Geschenk Moskaus nicht akzeptieren wollte, erhoffte er sich durch eine Politik der Stärke an der Seite der NATO, die auch die Bereitschaft zur militärischen Konfrontation einschloß. Tatsächlich galt in den USA zu Anfang der 1950er die Doktrin des sogenannten Rollback - und im Koreakrieg gab es Planungen, dieses Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses auch mit Hilfe von Atomwaffen durchzusetzen. Doch der Sputnik-Schock kühlte die Gemüter ab: Mit dem weltweit ersten Start eines Satelliten demonstrierten die Sowjets 1957, daß ihre Raketen auch den amerikanischen Kontinent erreichen konnten.

In der Folge nahm die Bereitschaft der USA rapide ab, für die Wiedervereinigung in einen Krieg zu ziehen, der auch ihr eigenes Territorium hätte verwüsten können. Adenauer war freilich kein Hasardeur: Nach dem Mauerbau zeigte er sich zwar enttäuscht über die Zurückhaltung von Präsident John F. Kennedy - für ihn ein "Schaumschläger" -, aber goß selbst auch kein Öl ins Feuer und besuchte die "Frontstadt" in den heißen Tagen nach dem 13. August 1961 nicht. Dennoch stellte die neue US-Politik die Union vor ein Dilemma.



Nicht nur im Bundestagswahlkampf 1953 setzte die CDU auf harten Antikommunismus. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Zwei Fraktionen bildeten sich heraus: Die Atlantiker um Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem wesentlich jüngeren SPD-Politiker) und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard standen gegen die Gaullisten um Strauß und Adenauer. Diese versuchten mit den Franzosen die Lücke zu schließen, die das amerikanische Desengagement in der deutschen Frage gelassen hatte. Besonders Strauß war eifrig und hatte schon 1957/58 mit Paris an einer Atomwaffenzusammenarbeit gebastelt. Es gibt Hinweise darauf, daß sein Sturz in der Spiegel-Affäre 1962 nicht ohne Hilfestellung der amerikanischen Geheimdienste zustande kam.

Adenauer stellte es klüger an. Sein Besuch in Frankreich 1962 fand in der alten Krönungsstadt Reims ihren Höhepunkt bei einer deutsch-französischen Truppenparade - 17 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungeheure Symbolik! -, und die Gegenvsiste De Gaulles im selben Jahr glich geradezu einem Triumphzug. Im Januar 1963 wurde ein deutsch-französischer Ver-

trag unterzeichnet, der eine privilegierte Zusammenarbeit beider Staaten vorsah und von Kritikern als antiamerikanisch interpretiert wurde.

Doch der Druck der Atlantiker, auch in der CDU, war so stark, daß der Vereinbarung in der deutschen Fassung eine Präambel vorangestellt wurde, die das Dokument weitgehend entwertete. De Gaulle mußte seinen Weg, der ihn zum Austritt aus der Militärstruktur der NATO führen sollte, allein weitergehen - die BRD blieb an der Seite der USA.

Ausländer rein!

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte, aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat. Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte: "Im Grunde genommen ging es ihm darum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre statt dessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen."

1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: "Daß sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied - in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg - ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie. ...<<

17.11.1950

"Bild-Extra" berichtet am 17. November 1950 über den Prozeß gegen Rudolf Pleil (x305/11):

>>**Der Massenmörder von der Zonengrenze**

"Erst hab' ich sie mit dem Hammer umgehauen, dann habe ich sie bearbeitet."

Lächelnd gesteht Rudolf Pleil im sogenannten "Braunschweiger Prozeß" zahlreiche Morde. Der Mann, der sich selbst als "Totmacher" bezeichnet, hat 1946/47 im Grenzgebiet zwischen Ost- und Westdeutschland mindestens 11 Flüchtlinge (meist) Frauen erschlagen und anschließend ausgeraubt. Pleil selbst prahlt von 40 Morden, ist beleidigt als Ärzte und Richter ihm dies nicht glauben wollen. Zum Beweis, daß er "gut und schnell totmachen kann", nennt er Orte, an denen man weibliche Leichen findet. Pleil wird zu lebenslanger Haft verurteilt. ...<<

Der Massenmörder erhängt sich schließlich am 17. Februar 1958 in seiner Zelle.

26.11.1950

Walter Müller-Bringmann berichtet am 26. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114-117): >>26. November 1950. Es gibt viele Kinder in Friedland, Kinder, die bisher das Leben nur in der Sicht irgendeines Lagers kennen. Kinder, die nicht deutsch sprechen. Kinder, die weder schreiben noch lesen können.

... Deshalb gründete Friedland einen Kindergarten und auch eine Lagerschule. ...

Für die größeren ist die Lagerschule eingerichtet worden. Der Lehrer hat es nicht leicht, denn die da vor ihm sitzen, Kinder vom 5. bis 14. Lebensjahr, haben die unterschiedlichste Schulbildung hinter sich, können oft kaum schreiben, noch schlechter lesen, manchmal auch überhaupt nicht deutsch. ...

Hier heißt es, ganz von vorn anfangen. Mit dem Nachsprechen von Worten der einfachen Umgangssprache beginnt es, dann kommen die Buchstaben an die Reihe ... und alle soll so ein 12jähriger, der noch nie eine deutsche Schule sah, nicht nur auswendig lernen, sondern auch schreiben können. Aber sie sind alle dabei, Bruno, Fritz und Günther, sie wollen deutsch lernen, denn, das haben ihnen die Eltern gesagt: Deutschland ist ihre Heimat. ...<<

31.12.1950

Deutsches Reich: Größe in qkm (Stand: 1950), Bevölkerung (Stand: 1950)

<u>Deutsche Provinzen, Länder und Landesteile</u>	<u>Fläche in qkm Stand: 1950</u>	<u>Deutsche Bevölkerung Stand: 1950</u>	<u>Einwohner je qkm Stand: 1950</u>
Westdeutschland (BRD)	245.275	47.589.300	194
Berlin	890	3.325.200	3.736
Saargebiet	2.559	948.700	371
Sowjetische Besatzungszone (DDR)	107.173	17.600.000	164
	355.897	69.463.200	195
Deutsche Ostgebiete (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens)	13.200	.	.
Deutsche Ostgebiete (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern)	101.448	.	.
	470.545	.	.

Quellen: KNAURS LEXIKON, München 1953 (x038/295).

Deutschland mußte nach dem Zweiten Weltkrieg 24,4 % seines Staatsgebietes (in den Grenzen von 1937) abtreten.

Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117): >>31. Dezember 1950. Über 400 Deutsche aus China trafen überraschend zum Jahresende in Friedland ein. Es sind in der Mehrzahl Kaufleute, die seit vielen Jahren mit ihren Familien in China lebten und nun ausgewiesen wurden.

Sie haben alles verloren, besitzen nichts als den Anzug auf dem Leibe, das Kleid, den Mantel. Und doch habe ich kaum jemand gefunden, der mutlos war. Man wird sehen. Man wird von vorn anfangen. Irgendwo in Deutschland. ... Keiner ließ sich gehen. So, als gehöre sich das nicht.<<

1950

Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) kehren im Jahre 1950 aus dem US-Exil zurück und gründen mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägt später vor allem die 68er Bewegung.

15.01.1951

Ilse Koch (1906-1967, Ehefrau des Lagerkommandanten des KZ Buchenwald) wird am 15. Januar 1951 von einem deutschen Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

"Bild-Extra" berichtet am 15. Januar 1951 über den Prozeß gegen Ilse Koch (x305/16): >>**Ilse Koch: Die "Hexe von Buchenwald" verurteilt ...**

Offiziell war sie nur die Ehefrau von Karl Koch, dem Lagerkommandanten des KZ Buchenwald. Doch Ilse Koch, von den Häftlingen "Kommandeuse" oder "Hexe von Buchenwald" genannt, verbreitete selbst Angst und Schrecken.

Die drei Hauptanklagepunkte (von 105) beim Prozeß: Bestrafung von willkürlich ausgewählten Häftlingen durch brutale Prügel, Baumhängen, Bunkerhaft, Züchtigung von Häftlingen mit

der Reitpeitsche; Anfertigung von Lampenschirmen aus tätowierter Menschenhaut.
Das Schwurgericht kann Ilse Koch nur einen Teil ihrer Taten nachweisen. Urteil: Lebenslänglich.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ilse Koch (x051/318): >>Koch, Ilse, geborene Köhler, geboren in Dresden 22.9.1906, gestorben im Gefängnis Aichach 2.9.1967 (Selbstmord), deutsche KZ-Bewacherin; Sekretärin, 1932 NSDAP-Beitritt.

Koch heiratete 1936 den Lagerführer des KZ Sachsenhausen Karl Otto Koch (geboren in Darmstadt 2.8.1897, gestorben in Buchenwald im April 1945), der 1937 den Auftrag zum Aufbau des KZ Buchenwald erhielt.

Koch war im Lager wegen ihrer Brutalitäten gefürchtet ("Hexe von Buchenwald"), ihr Mann wegen seiner über Leichen gehenden Habgier: Er errichtete mit Häftlingsgut ein regelrechtes "Warenhaus".

1942 wurde er mit seiner Familie ins KZ Maidanek strafversetzt, wo er seine zwielichtigen Geschäfte und sie ihre Affären mit SS-Männern fortsetzte. Während Zigtausende in den Gaskammern starben, wurden Koch und ihr Mann 1943 auf Veranlassung des SS-Richters Waldeck-Pyrmont verhaftet, sie wegen angeblicher Unterschlagung von rund 710.000 RM, er wegen Mordes an drei Häftlingen, die zuviel gewußt hatten. Ilse Koch wurde mangels Beweisen freigesprochen, ihr Mann im April 45 erschossen.

Die Amerikaner verurteilten Ilse Koch 1947 zu lebenslänglicher Haft, begnadigten sie aber 1949.

Unmittelbar danach wurde sie von einem deutschen Gericht der Anstiftung zum Mord in 135 Fällen angeklagt und am 15.1.51 wegen Anstiftung zum versuchten Mord in fünf Fällen zu lebenslänglicher Haft verurteilt, die Befragung von 2.000 Zeugen hatte keine Beweise für Tötungshandlungen ergeben.

Vergeblich blieb der Revisionsversuch der Verteidigung, die das Verfahren unter dem Druck der öffentlichen Vorverurteilung in den Medien für rechtswidrig hielt.<<

22.01.1951

Der spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärt am 22. Januar 1951 während einer Rede in Bonn (x268/45): >>Ich war 1945 der Auffassung, daß die Wehrmacht, insbesondere das deutsche Offizierskorps, identisch mit Hitler und den Exponenten seiner Gewaltherrschaft sei und deshalb auch voll verantwortlich für die Auswüchse des Regimes. ...

Inzwischen habe ich eingesehen, daß meine damalige Beurteilung der Haltung des deutschen Offizierskorps und der Wehrmacht nicht den Tatsachen entspricht, und ich stehe daher nicht an, mich wegen meiner damaligen Auffassung zu entschuldigen. Der deutsche Soldat hat für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft. ...<<

27.01.1951

Am 27. Januar 1951 wird der Bundesgrenzschutz aufgestellt.

Die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wird am 27. Januar 1951 auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entsteht.

März 1951

Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkennt, erhält sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

08.04.1951

Am 8. April 1951 wird der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" (DJO) gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigt man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.

18.04.1951

In Paris unterzeichnen Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (x156/73).

Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (in Kraft seit 23.07.1952) soll der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen werden. Die Hohe Behörde der Montanunion wird 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages (23.07.2002) stellt die Montanunion schließlich ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gehen danach auf die EG über.

30.04.1951

Walter Müller-Bringmann berichtet am 30. April 1951 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117-118): >>Während sich in einigen Teilen Deutschlands ein etwas stürmischer Wirtschaftsaufschwung bemerkbar macht, während viele Menschen sich ganz der unaufhörlichen Jagd nach der D-Mark ergeben haben, während eine Sucht nach dem Amüsement ausgebrochen ist und eine vordergründige Scheinwohlhabenheit vorgetäuscht wird - während das Leben wieder so einigermaßen normal zu werden scheint, ist in Friedland die Zeit stehengeblieben. Hier, in der Barackenstadt, hat sich nichts verändert. ...

Jeder Tag schwemmte Menschen nach Friedland. ... Die "Operation Link" führte bis zum April 43.879 Menschen nach Friedland. Dazu kamen 10.147 Deutsche aus dem Ausland. Gestern trafen 33 Kinder aus Jugoslawien ein. Kinder, die ihre Eltern oder nächsten Verwandten in Westdeutschland haben. Alle sprachen perfekt serbisch, die überwiegende Zahl jedoch nicht ein Wort ihrer Muttersprache. Viele konnten auch kyrillische Schriftzeichen malen. Jedem, der es mochte, führten sie ihre Schreibkenntnisse mit kindlichem Stolz vor.

Mit dem Gesundheitszustand dieser deutschen Kinder aus Jugoslawien ist der Lagerarzt sehr zufrieden. Alle waren in staatlichen Kinderheimen untergebracht, offenbar an Ordnung gewohnt, gut erzogen und auch einigermaßen in Kleidung. In Friedland waren sie wohlgenut und fröhlich.

Das große Problem hat jedes dieser Kinder noch vor sich. Es ist das Problem des Zurechtfindens in den neuen Verhältnissen. Was haben sie alles nachzuholen, Sprechen, Lesen, Schreibenlernen, sich in eine Familie einfügen und auch bereits auf einen Beruf vorbereiten. Denn es gibt 14jährige darunter, deren Eltern sich bald um eine Lehrstelle kümmern müssen. Aber welcher Meister nimmt einen Jungen, der nicht diese elementarsten Voraussetzungen mitbringt? ...<<

02.05.1951

Die Bundesrepublik wird am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.

11.05.1951

Der Bundestag verabschiedet am 11. Mai 1951 ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte (nach Artikel 131 des Grundgesetzes).

Bund, Länder und Gemeinden werden verpflichtet, die aus dem öffentlichen Dienst Ausgeschiedenen wieder einzustellen (x129/149).

07.06.1951

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 7. Juni 1951 an den US-Politiker McCloy - von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/126-129): >>... Sie kennen, sehr verehrter Herr McCloy, meine Ansichten über einen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Voraussetzung ist die Herstellung einer politischen Lage, die dem deutschen Volke so einleuchtend ist, daß es sieht, worum es kämpft, d.h. Deutschland muß die Wiederherstellung seiner Souveränität bekommen. ...

Ich glaube, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung und die Mehrheit des Bundestages, wenn die politischen Voraussetzungen gegeben sind, der Leistung eines Verteidigungsbeitrages zustimmen werden.

Ich bin aber der Auffassung, daß die Mächteverlagerung, die in Europa seit 1918 eingetreten ist, noch auf viele Jahrzehnte hindurch große Gefahren mit sich bringen wird. Diese Mächteverlagerungen lassen Sie mich stichwortweise in folgendem wiedergeben:

Wegfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, dadurch Zersplitterung des ganzen Balkans und Osteuropas,

Wegfall Deutschlands als Militärmacht,

Absteigen Englands in seiner Stellung als Weltmacht und, damit Hand in Hand gehend, die starke Verringerung seiner Kraft zur See,

die Krankheitserscheinungen in Frankreich, die sich seit 1918 ununterbrochen zeigen,

das Vordringen Sowjetrußlands, einschließlich seiner Satellitenstaaten bis in das Herz Europas,

der gegenwärtige Zustand der Bundesrepublik.

Dem steht gegenüber eine außerordentlich große Steigerung des sowjetrussischen Machtbereiches und seines großen Einflusses.

Bei Beurteilung der sowjetrussischen Politik muß man meines Erachtens davon ausgehen, daß Rußland seit Hunderten von Jahren eine imperialistische Eroberungspolitik getrieben und den Panslawismus auf jede Art gefördert hat, daß die sowjetrussische Außenpolitik herkommensgemäß nach dem Westen geht, daß dieser Drang nach dem Westen im gesamten russischen Volke besteht und daß totalitäre Regierungen notgedrungen außenpolitische Erfolge möglichst großen Ausmaßes ihrer unterjochten Bevölkerung vorzeigen müssen, um durch Aufpeitschung nationalistischer Instinkte von inneren Schwierigkeiten abzulenken. Wir haben das ja alles in Deutschland unter Hitler selbst erlebt.

... Das Ziel der amerikanisch-europäischen Politik muß also sein, Europa, und insbesondere dabei Deutschland, durch wirtschaftliche Hilfe und durch Lieferung von Rüstungsmaterial in den Stand zu setzen, einen starken Damm gegen das vorwärtsdringende Sowjetrußland zu geben. ...

... Zu der Frage des Verteidigungsbeitrages gehört auch der Komplex der Maßnahmen, die in der Bundesrepublik getroffen werden müssen, um dem deutschen Volk innere Festigkeit zu geben. Ich darf hier darauf hinweisen, daß das deutsche Volk, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, soziale Verpflichtungen hat wie kein anderes Land der Welt.

Ob es sich diese Verpflichtungen durch eigene Schuld aufgebürdet hat oder nicht, spielt hierbei keine Rolle.

Ich nenne hier die Sorge für die Vertriebenen und Ausgebombten, die Wohnungsfrage, alle die Fragen, die mit der Abtrennung der agrarischen Gebiete Deutschlands von den überbevölkerten westlichen Teilen Deutschlands zusammenhängen. ...<<

08.06.1951

In der Bundesrepublik Deutschland werden am 8. Juni 1951 die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet.

Gehängt werden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermaier und Hans Schmidt (ehemaliger Adjutant im KZ Buchenwald).

Die Zeitschrift "Stern" berichtet später über die letzten Hinrichtungen in Landsberg (x043/-216): >>Die Todesurteile an den 7 Landsberger Häftlingen wurden in der Nacht zum ... 7. Juni ... durch Erhängen vollstreckt. ...

In der Mitteilung des Hohen Kommissars McCloy wurde darauf hingewiesen, daß damit die letzten Hinrichtungen für die während des Krieges von Deutschen begangenen Verbrechen

erfolgt seien. ...

Als erster wurde der ehemalige SS-Standartenführer Paul Blobel zum Galgen im Keller des Landsberger Gefängnisses geführt. Ihm folgten in Abständen von je 20 Minuten der frühere SS-Standartenführer Werner Braune, der frühere Oberführer Erich Naumann, der ehemalige SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, der ehemalige SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, der Rapportführer Georg Schallermaier und der frühere Adjutant im KZ Buchenwald, Hans Schmidt. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Landsberg am Lech" (x051/-342): >>Landsberg am Lech, oberbayerische Stadt mit rund 8.200 Einwohnern (1933).

Im ehemaligen Schloß (Festung) von Landsberg am Lech, das zur Strafanstalt umgebaut worden war, verbüßten Hitler und andere im Hitler-Prozeß am 1.4.24 verurteilte Nationalsozialisten ihre Strafen. Hitlers Zelle im sogenannten "Feldherrnflügel", die er bis zur vorzeitigen Entlassung am 20.12.24 bewohnte, wurde im Dritten Reich Erinnerungsstätte und u.a. Ziel des Adolf-Hitler-Marsches der deutschen Jugend. Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten hier die Amerikaner wegen Kriegsverbrechen angeklagte oder verurteilte Deutsche in Haft; auch Todesurteile wurden hier vollstreckt.<<

Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung werden in den Westzonen mindestens 800 Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtet. Während dieser Kriegsverbrecherprozesse ahndet man lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrecher der Siegermächte zieht niemand zur Rechenschaft.

In den folgenden Jahren ermittelt die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilt über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

26.06.1951

Die "Jugendorganisation" FDJ wird am 26. Juni 1951 in der Bundesrepublik Deutschland als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

29.06.1951

Die Bundesregierung verkündet am 29. Juni 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 12,4 Milliarden DM entfallen 37,7 % auf Sozialleistungen und 37,5 % auf Besatzungskosten. ...<<

04.07.1951

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1951) berichtet am 4. Juli 1951 über die internierten deutschen Kriegsverbrecher in Werl: >>Der Makel bleibt

Die Mehrzahl von 217 "Werl-Kriegsverbrechern" wünscht keine Gnade. Sie fordert ... die Wiederaufnahme ihrer Verfahren, die nach ihrer Überzeugung unter dem Aspekt der Rache durchgepaukt wurden. Das ist das Echo in Werl auf die in der vorigen Woche avisierte Gnaden-Pauschale des britischen Hochkommissars Sir Ivone Kirkpatrick.

Werl ist das Landsberg der britischen Zone. Ein Westfalen-Städtchen, über das kaum jemand spräche, wenn nicht Manstein und Kesselring in seinem Zuchthaus eingesperrt wären.

Aber Werl ist nicht nur das Werl der Manstein und Kesselring, ebensowenig wie Landsberg das Landsberg der Pohl und Ohlendorf war. Neben der Kriegsverbrecher-Prominenz existiert die halb vergessene anonyme Masse der kleinen Befehlsempfänger, die seit Jahren für ihren Gehorsam büßen müssen.

Insgesamt sind acht ehemalige deutsche Heerführer in Werl eingebuchtet: die Generalfeldmarschälle von Manstein und Kesselring sowie die Generale von Falkenhorst, von Mackensen, Mältzer, Salenkamp, Wolf und Simon. Wenn ausländischer Besuch ins Zuchthaus kommt, wird er gleich in den Generalsflügel geführt.

Die Generale sind von dem übrigen Zuchthausbetrieb isoliert. Kesselring schreibt an seinen

Erinnerungen. Mältzer hat eine alte Neigung zum Schlosserhandwerk ausgegraben und Manstein gärtner. Seine Neigung zum Gartenbau teilt er mit Mackensen und Falkenhorst. Ein Korrespondent des "Manchester Guardian" ertappte die beiden, wie sie gerade ihre in Reih und Glied ausgerichteten Tomatenstöcke inspizierten. "Der Garten ist mit soldatischem Ordnungssinn angelegt", vermerkte der Korrespondent.

Am begehrtesten unter der Werl-Generalität sind Kesselring und von Manstein. Der britische Militärschriftsteller Liddell Hart schreibt ihnen. Gelegentlich bekommen sie auch Auslandsbesuch, der ihre Meinung zur Lage und speziell zur deutschen Remilitarisierung kennenzulernen wünscht.

Der Block III dagegen hat nie solchen Besuch. Auf Block III liegen die kleinen, unbeachteten Schicksale von Werl. Der britische Werl-Kommandant Oberstleutnant Vickers hat sie mit gemeinen Zuchthäuslern zusammengesteckt. Sie kleben Tüten und flechten Strohmatte.

Im Block III liegen zum Beispiel die neun Trandum-Verurteilten. Es sind die ehemaligen Polizisten Bahlinger, Baldauf, Bölck, Engel, Möller, Penning, Peuker, Rönnfeld und Schneider. Jeder hat 14 Jahre Gefängnis.

Mitten in der Nacht vom 19. auf den 20. Januar 1943 waren sie in ihrer Dienststelle in Oslo geweckt worden. "Los, auf, ihr müßt ein paar Leute erschießen!" Sie ziehen sich an und wetzen zum Hauptquartier des SD. Unter ihnen sind der Hausmeister der Dienststelle, der Registraturbeamte und der Photograph. "Es sind sechs Zivilisten", heißt es. "Durch Führerbefehl zum Tode verurteilt."

Das Erschießungskommando fährt in mehreren Lastwagen zum Gefängnis nach Grini. Dort werden die sechs Todeskandidaten aufgeladen. Es ist stockfinster. Bei Sonnenaufgang steht das Kommando im Wald von Trandum. Die Gräber sind schon ausgehoben. Ein Teil der Leute wird zur Absperrung des Platzes, ein anderer zum Erschießungs-Peleton eingeteilt.

Im Frühnebel stehen die sechs Opfer vor den Läufen, eng aneinander gefesselt. Sie tragen blaue Hosen und blaue Norweger-Pullover. Als sich der Pulverdampf verzogen hat, werden sie an Ort und Stelle bestattet.

Es waren aber gar keine Zivilisten, sondern Angehörige von zwei britischen Kommandotrupps. Fünf davon waren in einem Lastensegler von England nach Norwegen geschleppt worden mit dem Auftrag, das Schwerwasserwerk Rjukan zu zerstören. Das Flugzeug war beim Landen zerschellt, die fünf wurden gefangen.

Der sechste hatte zusammen mit einem anderen einen Anschlag auf das deutsche Schlachtschiff "Tirpitz" versucht. Nach dem Mißlingen des Anschlags war er auf der Flucht geschnappt worden.

Bei ihrer Gefangennahme trugen die fünf, die aus dem zerschellten Segler geborgen wurden, britische Uniformen. Sie hatten nur keine Zeit gehabt, die Uniformen auszuziehen, denn ihren Auftrag sollten sie in Zivil ausführen, weshalb sie unter ihren Uniformen vollständige Zivilanzüge trugen. Der sechste war in Zivil gefangengenommen worden. Das bei Nacht aus dem Schlaf geholte Erschießungskommando hatte nur Zivilisten gesehen.

Der im September 1946 gegen die Trandum-Leute tagende britische Kriegsverbrecher-Gerichtshof legte das Hauptgewicht auf den Umstand, daß das Todesurteil nicht vor der Exekution auf dem Hinrichtungsplatz verlesen worden war. "Es war üblich", wandte ein als Zeuge auftretender ehemaliger SD-Führer ein, "das Urteil, soweit eines ergangen war, vorher in den Gefängniszellen zu verlesen." Trotzdem entschied das Gericht: Die Exekution war Mord an wehrlosen Gefangenen.

Der Fall Trandum ist der erste und bisher einzige Fall, in dem ein Hinrichtungskommando, soweit man seiner habhaft werden konnte, geschlossen verurteilt wurde. Dabei wurden auch die Leute verurteilt, die gar nicht geschossen, sondern nur abgesperrt hatten.

Die Trandum-Leute bemühen sich seit langem vergeblich um eine Wiederaufnahme ihrer Ver-

fahren. Sie wollen von einem ordentlichen Gericht (möglicherweise auch einem deutschen) rehabilitiert werden, da sie doch in keiner Weise gegen die Kriegsgesetze verstoßen zu haben glauben. Mit einem Gnadenerlaß ist ihnen nur halb gedient, "denn der Makel, ein Mörder zu sein, bleibt".

Daß die britischen Kriegsverbrecher-Gerichte (war crimes courts) keine ordentlichen Gerichte waren, haben die deutschen Verteidiger der Werl-Häftlinge längst festgestellt. Sie waren gegründet worden auf Grund eines Royal Warrant, eines besonderen königlichen Erlasses.

- Sie waren von Offizieren, also von Laien besetzt. Nur bei den größeren Fällen trat ein Judge Advocate (juristischer Berater) zu dem Gericht.

- Die Gerichte konnten nach freiem Ermessen sogenannte "Hörensagen-Beweise" zulassen. Das heißt, daß Klatsch und Verleumdung Beweiskraft erlangten.

- Der deutsche Verteidiger hatte, nach angelsächsischer Art, vor dem britischen Prosecutor (Staatsanwalt) zu plädieren, wodurch dieser in der Lage war, jenem die wesentlichen Argumente aus der Hand zu schlagen.

- Keines der Gerichte gab eine Urteilsbegründung. Das bedeutete, daß jede Berufungsbegründung von vornherein vermauert war. Eine zweite oder dritte Rechtsinstanz zwecks Revision oder Wiederaufnahme des Verfahrens (retrial) gibt es ohnehin nicht. Bleibt nur die Petition of Review, ein Gesuch um Überprüfung der Strafhöhe, das im bürokratischen Verfahren erledigt wird.

Zu der jetzigen Gnadenaktion von Sir Ivone Kirkpatrick mußten sämtliche Werl-Verteidiger summarisch Gnadengesuche ihrer Mandanten einreichen. Eine Anzahl Häftlinge verweigerte ihre Zustimmung, da sie Recht und nicht Gnade wünscht.<<

09.07.1951

Die britische Regierung beendet am 9. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

13.07.1951

Die französische Regierung Frankreich beendet am 13. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

09.09.1951

Walter Közle (VdH-Referent für Landsberg, Wittlich und Werl) berichtet über das 1. deutsche Heimkehrertreffen am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus: >>... Schafft endlich und zwar ehrlich Europa! forderte der 1. Vorsitzende des VdH in seiner programmatischen Rede während des Festaktes des 1. deutschen Heimkehrertreffens am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus.

Er gab damit dem Gefühl all derer Ausdruck, die das harte Los der Kriegsgefangenschaft am eigenen Leib verspürt haben. ...

Es wird niemand geben, der tatsächlich begangene Verbrechen decken oder beschönigen will. Es wird auch niemand geben, der etwas dagegen einzuwenden hat, daß tatsächlich begangene Verbrechen bestraft werden. Kein rechtlich denkender Mensch hat aber andererseits ein Verständnis dafür, daß man nach der Kapitulation wahllos Schuldige und wirklich Unschuldige in den Schmelztiegel eines kollektiven Verbrechertums stieß.

Ebensowenig wird er ein Verständnis dafür aufbringen, daß man nur auf deutscher Seite "Kriegsverbrecher" entdeckte, daß man in den Verfahren gegen deutsche Männer und Frauen Rechtsnormen, die in der modernen Rechtswelt bisher unwidersprochen, international anerkannt und in fast allen Strafgesetzbüchern und zahlreichen Strafverfassungen fest verankert sind, und die man auch in die Charta der Menschenrechte aufnahm, beiseite schob, unbeachtet ließ oder sie außerordentlich umstritten, ja willkürlich auslegte.

... Hätten die heute inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" tatsächlich Verbrechen begangen, wären sie nicht mehr am Leben, sondern längst exekutiert. Sollten sie sich aber vielleicht in Einzelfällen begangener Vergehen schuldig gemacht haben, dann stehen ihre Strafen

in keinem Verhältnis zu diesen (so liegt z.B. das Strafmaß der zur Zeit in Werl inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" nur zu einem schwachen Drittel unter 15 Jahren Gefängnis!): Wie soll ein ehemaliger deutscher Major, der Ortskommandant war und nur deswegen zu 8 Jahren verurteilt wurde, weil in dem Bezirk seiner Kommandantur – also nicht an dem Ort selbst - ein kriegsgefangener englischer Major von deutschen Soldaten geohrfeigt worden sein soll, ein Schuldbewußtsein aufbringen?

Bedeutende Persönlichkeiten gerade in den Gewahrsamsländern haben sich in sehr kritischer, ja eindeutiger Weise über die gefällten Urteile ausgesprochen und sich für eine gerechte Lösung des Kriegsverbrecherproblems eingesetzt. Selbst im Laufe einer Debatte im Rechtsausschuß der Generalversammlung der UNO wurde besonders beachtet, "daß Deutsche auf der Grundlage von Prinzipien verurteilt und hingerichtet worden seien, deren Rechtsgültigkeit jetzt bestritten werden" (New York Times).

Warum sprach man z.B. einen Col. Stevens von der Anklage brutalster Gefangenenmißhandlung in Bad Nenndorf frei mit der Begründung, daß er von diesen Mißhandlungen nichts gewußt habe (während er erwiesenermaßen selbst aktiv daran teilnahm), und verurteilte dagegen einen deutschen Professor, der weder Gefangene getötet oder mißhandelt hat noch töten oder mißhandeln ließ, ursprünglich zum Tode?

Warum sprach man die Untergebenen des vorgenannten Col. Stevens, die an gefangenen Deutschen sadistische Grausamkeiten verübten, frei mit der Begründung, daß sie nur auf Befehl gehandelt hätten, und verurteilten dagegen deutsche Soldaten – ganz gleich, ob sie der Wehrmacht oder der SS angehörten – trotz desselben Einwandes zu langjährigen Freiheitsstrafen, ja zum Tode? ...

Gleiches Recht für alle? Geeintes Europa?

Mir scheint, wir sind noch meilenweit von diesem ersehnten Ziel entfernt, solange man noch immer mit zweierlei Maß mißt, sofern es sich um Deutsche handelt, und solange Deutsche in den Gefängnissen der westlichen Gewahrsamsmächte vergebens auf Recht, Gerechtigkeit und vor allem auf ihre Freiheit warten! ...<<

18.09.1951

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 18. September 1951 in einer Rundfunkansprache die Politik des deutschen Bundeskanzlers und der Westalliierten (x156/108-110): >>Das Washingtoner Abkommen der 3 westlichen Außenminister bedeutet eine Einigung der 3 Westmächte unter sich in ihrer Deutschland-Politik auf der französischen Linie.

Es ist keine Einigung zwischen den westlichen Außenministern und dem deutschen Volk. Diese Ergebnis von Washington war nur auf der Grundlage möglich, daß der Bundeskanzler den Inhalt des Abkommens vorher zwar nicht mit deutschen Stellen oder Personen, wohl aber mit den 3 Hohen Kommissaren vereinbart hatte. ...

Ein starkes Europa ist nicht möglich durch deutsche Selbstverleugnung, die nur die Selbstüberhebung anderer hervorruft. Schuman-Plan und Plevan-Plan haben beide zum Ziele, Wirtschaftskraft und militärisches Menschenpotential der Deutschen unter alliierte, das heißt konkret französische Verfügungsgewalt zu stellen und Europäer zweiter Klasse aus uns zu machen.

Es geht hier nicht um die Frage eines taktischen Schritt für Schritt, durch kleine Erfolge vorwärtszukommen. Es geht um große Probleme, die für lange Zeit durch einmalige Handlungen geregelt werden. Der Zug der deutschen Politik wird jetzt auf ein Geleise gesetzt. Fährt er erst einmal, sind die Weichen gestellt und hat man sich nicht genügend Mühe um den Unterbau gegeben, dann sind einmal begangene Fehler nicht mehr zu korrigieren. Viel besser hat das Goethe gesagt:

"Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem zuknöpfen nicht mehr zurecht."

Sowjetrußland hat ganz kühl auf den Zeitpunkt gewartet, zu dem falsch zugeknöpft wird. Seit Beginn dieses Jahres ist eine Umgruppierung der ganzen kommunistischen Strategie und Taktik sichtbar.

Die neueste und radikalste Variante in dieser Taktik ist der sogenannte Volkskammerappell oder Grotewohl-Brief vom 15. September 1951. In diesem Brief wird alles angeboten, was vorher verbrannt, verhöhnt und verflucht wurde. Keine Rede ist mehr von dem sofortigen Abzug der Besatzungsmächte. ... Das Kernstück ist jetzt der Vorschlag freier Wahlen zu einer Nationalversammlung unter gleichen Bedingungen für alle demokratischen Parteien und Organisationen.

Die Aufgaben dieser Nationalversammlung sollen sein die Schaffung einer Verfassung und der Abschluß eines Friedensvertrages. Das Ziel eines solchen Friedensvertrages ist die Schaffung Sowjetdeutschlands, die dominierende Rolle der Sowjets bei der internationalen Kontrolle der Ruhr und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sogenannte Friedensgrenze.

Mit diesen Angeboten schafft die sowjetische Taktik eine neue Situation, die neue Antworten verlangt. Immer lauter dringt der Ruf der gequälten und geknechteten Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone zu uns: was tut ihr für die deutsche Einheit und damit für uns? ...

Eine Nationalversammlung, deren einzige Aufgabe neben dem Friedensvertrag nur die Schaffung einer Verfassung ist, bedeutet Verewigung aller Gefahrenmomente, für die einzelnen Menschen, für die politischen Parteien und für das Schicksal der deutschen Einheit.

Eine Nationalversammlung dieser Art löst kein Problem. Das Parlament darf nicht nur die Verfassung schaffen. Es muß gesetzgebend sein und in alle Bereiche der Gesetzgebung gestaltend eingreifen können. Vor allem aber muß es eine starke Regierung mit machtvoller Exekutive schaffen. Es muß aber auch regierungsbildend, die Politik der Regierung bestimmend und die Regierung kontrollierend sein.

Die Fülle der Voraussetzungen ist groß. Man denke an die politischen Gefangenen, an die Insassen der Konzentrationslager und der Strafanstalten, an die Opfer der Terrorjustiz und der Terrorpolizei. Ohne ihre Freiheit wird es nie eine Freiheit in Deutschland geben. Man schleiche sich drüben auch nicht vorbei an den Ergebnissen der von der sowjetischen Militäradministration erzwungenen sogenannten Vereinigung von KPD und SPD in der sogenannten SED.

...

Das sagen wir deutschen Sozialdemokraten, die stärksten Gegner des kommunistischen Systems und die leidenschaftlichsten Freunde der deutschen Einheit.<<

19.10.1951

Die nordamerikanische Regierung beendet am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

24.10.1951

US-Präsident Truman erläutert am 24. Oktober 1951 die damalige Deutschlandpolitik (x028/-164): >>Es war und ist noch immer Politik der Vereinigten Staaten, den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Regierung eines vereinten und freien Deutschlands zu erreichen, doch die Bemühungen sind bisher vereitelt und im Augenblick unmöglich gemacht worden durch die Politik der sowjetischen Regierung ...

Es ist trotzdem für wünschenswert gehalten worden, den bestehenden Zustand des Krieges mit Deutschland zu beenden und Deutschland aus seinem gegenwärtigen Feind-Status zu befreien, womit gewisse Beeinträchtigungen für deutsche Staatsangehörige aus dem Wege geräumt werden.<<

09.11.1951

Ein ehemaliger deutscher Häftling schreibt nach seiner Rückkehr am 9. November 1951 einen Brief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Wenn man fern der Heimat zu leben gezwungen ist, kann sich die Sehnsucht nach ihr zu Höhen steigern,

welche eben nur der in ihrer ganzen Schwere nachempfinden kann, der ein gleiches Schicksal schon durchlitten hat.

Die Zerrissenheit Deutschlands, das Leid der vielen Millionen, die Sorge um seine Zukunft, das alles bedrückte uns. Die Ungewißheit des eigenen Schicksals, die Sorge um unsere Lieben daheim rissen uns beständig an den Nerven.

In diesen Stunden tiefer Depression wurde uns die Gewißheit zum Halt, in der Welt Freunde zu besitzen, die unserer nicht nur nicht vergaßen, sondern sich zu uns bekannten. Ich durfte erleben, daß sich in Deutschland und im Ausland deutsche Menschen zusammenfanden, um nicht nur uns das Los zu erleichtern, sondern auch unseren Familien zu helfen.

Sie haben uns mit den regelmäßigen Paketen mehr gegeben, als sich jemals mit Worten ausdrücken ließe. Für uns, die wir in der bedrückenden Enge des Zuchthauses lebten, ging doch eine Sonne auf, wenn wir an den Ausgabetisch gerufen wurden. Nicht nur die Herrlichkeiten des Paketinhalts erschütterten uns, es war die Heimat, welche doch zu uns gefunden hatte.

...<<

13.11.1951

Ein deutscher Gefangener schreibt am 13. November 1951 aus Den Haag/Niederlande an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als einer der letzten 6 zum Tode verurteilten Gefangenen im niederländischen Gewahrsam ist mein Schicksal auch heute noch ungewiß. Die Entscheidung über die Vollstreckung oder Umwandlung der Strafe ist noch nicht getroffen. ...

Im siebenten Jahre Zuchthauszelle und Einzelhaft in der Ungewißheit letzten Geschickes ist die Sehnsucht groß nach Heimat und Familie und größer noch nach menschlichem Recht, das wandelbar wie das Glück geworden ist. ... So bleibt als Schwerstes die Sorge um die Angehörigen, deren Not man nicht zu lindern vermag.<<

04.12.1951

Der Bundestag beschließt am 4. Dezember 1951 ein Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit.

Danach ist Jugendlichen unter 16 Jahren z.B. der Zutritt zu öffentlichen Tanzveranstaltungen, Spielhallen etc. nicht gestattet.

06.12.1951

Konrad Adenauer schreibt am 6. Dezember 1951 an Nahum Goldmann (x095/131-132): >>Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann!

Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereiterklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem narzißtischem Regime entstandenen Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten.

Ich bitte Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft Kenntnis zu geben.

Ich möchte dazu bemerken, daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Möglichste zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.

Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit begrüßen, durch Warenlieferungen zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung ist bereit, bei diesen Verhandlung die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51 gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen zu machen. ...<<

07.12.1951

Die Bundesregierung verkündet am 7. Dezember 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 17,6 Milliarden DM entfallen 38,6 % auf Sozialleistungen und 36,9 % auf Besatzungskosten. ...<<

08.12.1951

Die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien nehmen am 8. Dezember 1951 diplomatische Beziehungen auf (x006/625).

20.12.1951

Das Landgericht Hannover berichtet im Urteil vom 20. Dezember 1951 gegen einen deutschen KZ-Helfer über die Zustände in einem polnischen Internierungslager (x025/51): >>... Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen sowie Knaben im Alter bis etwa 15-16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen. Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe. Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank.

An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags 1/2 l Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. ...

Andererseits spotteten die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Lager aller Beschreibung, so daß eine große Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, daß viele Menschen am Flecktyphus verstarben. Zwar hatten die Polen den deutschen Lagerinsassen Dr. E., der von Beruf Arzt war, zum Lagerarzt gemacht. Jedoch hatten sie ihm keinerlei medizinische Instrumente oder Medikamente zur Verfügung gestellt, ja sie hatten sogar die Medikamente, die Dr. E. anfangs aus Abfallgruben und Trümmerhaufen mühsam zusammengesucht hatte, mit Füßen zertreten. ...

Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmäßig aus nichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermaßen aus Spielerei erschossen.

... Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 bis 70 Leuten ... nach einem anstrengenden Fußmarsch gekommen. In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte "Nachtübung", wobei sie etwa die Hälfte der Menschen – und zwar solche, die nicht schnell "auf-nieder" machen konnten, - erschlugen. ...<<

1951

In der Bundesrepublik Deutschland sind im Jahre 1951 noch 66 % aller Deutschen der Meinung, daß die deutschen Ostgebiete noch nicht verloren sind (x020/89).

20.02.1952

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (8/1952) berichtet am 20. Februar 1952: >>**Ich bete zum Satan**

Auf dem Flugplatz von Luqa auf Malta heulten die ganze Nacht über die Motoren startender Flugzeuge. Von 23.30 Uhr bis zum Morgengrauen donnerte alle zehn Minuten eine Transportmaschine gen Osten. 700 Menschen mußten 2.240 Kilometer weit, über die Ägäis und das Schwarze Meer, nach Saki auf der Krim geflogen werden.

Die prominentesten Fluggäste waren ein 63jähriger gelähmter ehemaliger Rechtsanwalt und ein 71jähriger Sproß aus dem Haus der britischen Herzöge von Marlborough. Die beiden wollten sich auf der Krim mit dem 66jährigen Sohn des russischen Schuhmachers Wissarion Dschugaschwili, dem ehemaligen Priesterschüler Josef Wissarionowitsch, der sich "Stalin" nennt, treffen.

Es waren der ehemalige Rechtsanwalt und Präsident der USA, Franklin Delano Roosevelt, und der Marlborough - Sproß Winston Spencer Churchill. Sie flogen in der Nacht zum 3. Februar 1945 zu dem Treffen, das später den amtlichen Namen "Krim-Konferenz" bekam.

Dieser Nachtflug war der Anfang vom Ende der drei Millionen Deutschen*, die bis heute im Osten verschollen, gestorben oder verdorben sind.

*Nach Untersuchungen des DRK-Suchdienstes in Hamburg werden - außer 1,4 Millionen Soldaten - noch 1,5 Millionen Volksdeutsche und 1,6 Millionen Reichsdeutsche im Osten vermißt.

In Jalta drang Stalin mit seiner Forderung durch, das Land jenseits der Oder und Neiße abzutrennen. Drei Wochen später rechtfertigte sich Churchill vor dem Unterhaus:

"Ich fühle mich nicht alarmiert durch die Aussicht auf eine Loslösung der (ostdeutschen) Bevölkerung, auch nicht einmal durch die großen Menschen-Transferierungen, die unter modernen Verhältnissen eher möglich sind, als es jemals der Fall war."

Damit war das Schicksal der Ostdeutschen besiegelt, und dann begann die große Völkerwanderung (mit "modernen Mitteln"), die nicht zur Ruhe kommen kann und die jetzt die westdeutsche Bundesregierung erneut vor Kabinettsfragen stellt.

Seit 1945 sind 12,5 Millionen Menschen - so viel wie ganz Australien Einwohner hat - aus dem Osten und Südosten in den verkleinerten Raum Restdeutschlands eingeströmt.

4,5 Millionen blieben ostwärts der Elbe in der Sowjetzone hängen und vermehrten dort die Bevölkerung um ein Viertel; acht Millionen Heimatvertriebene wurden inzwischen nach Westdeutschland geschleust (Bevölkerungszuwachs um 16,7 Prozent). Nach folgten 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Sowjetzone.

Unter denen, die zweimal flüchten mußten, war auch der Mann, der meistens den letzten Stuhl bekommt, wenn in Bonn Kabinettsitzung ist: Dr. Hans Lukaschek, 66, bis 1933 Oberpräsident in Oppeln**, dann Rechtsanwalt in Breslau, heute noch Bundes-Vertriebenenminister.

**Dr. Lukaschek war als Oberpräsident in Oberschlesien so aktiv in der Abwehr des Kommunismus, daß der Journalist Walther Karsch in der linksgerichteten "Weltbühne" Nr. 42 vom 20. 10. 1931 einen flammenden Protest gegen ihn richtete.

Karsch griff Lukaschek an, weil er den KP-Dichterling Erich Weinert, späteren Vorsitzenden des Kommunistischen Nationalkomitees "Freies Deutschland" in Moskau, der damals in Preußen Redeverbot hatte, nicht zu Worte kommen ließ. Heute ist Walther Karsch Herausgeber des Blattes, das den Kampf gegen den Kommunismus erfunden zu haben glaubt, des Westberliner "Tagesspiegel".

Lukaschek hatte 1945 - nach der Flucht aus Breslau - seine Koffer zunächst in Berlin abgestellt. Dann lotste ihn Jakob Kaiser, damals noch Vorsitzender der Ost-CDU, nach Thüringen.

Dort war gerade der CDU-Landesvorsitzende Dr. Franz Kolter unter geheimnisvollen Umständen erkrankt. Es dauerte nur wenige Tage, dann starb er in der Universitätsklinik in Jena. NKWD-Posten, die jeden Krankenbesucher abwiesen, drückten ihm die Augen zu.

Sein Amt als CDU-Vizepräsident des Landes Thüringen und Leiter des thüringischen Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft mußte nun Lukaschek übernehmen. Eine Woche vor der Landtagswahl 1946 kam er auf die Abschußliste.

In einer Bauernversammlung in der Weimarahalle zu Weimar putzten ihn bestellte SED-Bauern herunter. Dann keilte ihn Landes-SMA-Chef Gardegeneralmajor Kolesnitschenko ironisch: "**Nu, Gospodin Lukaschek**, warum Leute sprechen so schlächt?"

Er sei nur mit Worten für die Umsiedler und Neubauern eingetreten und habe alle praktischen Möglichkeiten, sie zu fördern, außer acht gelassen. Darauf fuhr Lukaschek bei Nacht und Nebel wieder nach Berlin. Die Koffer wurden ihm einzeln nachgebracht.

Als Konrad Adenauer 1949 bei der Kabinettsbildung um einen Flüchtlingsminister verlegen war, bat er den konzilianteren Doppelflüchtling, dieses Ressort zu übernehmen. Lukaschek schützte sein Alter vor. Ob Adenauer nicht höre, wie draußen an der Tür ein Kater kratze und laut miaue. Adenauer verstand sofort und lachte: "Dieser Kater wird bei mir nie Minister."

Gemeint war Dr. Linus Kather, 58-jähriger Rechtsanwalt aus Königsberg, über die Schleswig-Holsteinische Ergänzungsliste der CDU in den Bundestag gekommen. Er hat inzwischen zwei Millionen Heimatvertriebene wie in einer Gewerkschaft - überparteilich, aber dennoch aggressiv - im "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) zusammengefaßt und ist bereit, den "heiligen Sebastian" - so nannte CSU-Bundestagsabgeordneter Hans Schütz den würdigen knebelbärtigen Flüchtlingsminister in einer Haushaltsdebatte - zu stürzen.

Nervös wuchtet der "heilige Sebastian" wie ein Schleusenwärter, dessen Kraft nicht ausreicht, um das klemmende Schütt aufzustoßen, an dem Kernproblem der Flüchtlingsmisere: der Umsiedlung.

Hoch oben im Norden und in Bayern hat sich das Gros der Flüchtlinge gestaut. Da die Franzosen 1945 zur Jalta-Konferenz nicht eingeladen worden waren, lehnten sie zunächst für ihre Besatzungszone die Aufnahme der Ost-Vertriebenen ab. Also konzentrierte sich der Menschenstrom vorwiegend auf

- Schleswig-Holstein: heute noch 854.800 Heimatvertriebene = 33,6 Prozent Bevölkerungszuwachs;

- Niedersachsen: 1.810.000 Vertriebene = 26 Prozent Zuwachs;

- Bayern: 1.917.000 Vertriebene = 21 Prozent Zuwachs.

Die Folge dieser Zusammenballung waren Barackenelend (350.000 leben im Bundesgebiet heute noch in Baracken), Dauerarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg.

Im ersten Nachkriegsjahr fanden sich im überbevölkerten Schleswig-Holstein die nach hier verdrängten Ostpreußen und Pommern mit dem Massenquartier in leerstehenden Militärbaracken ab. Sie glaubten, das sei nur ein Übergang und waren in Gedanken und Träumen immer noch am Haff, auf der Nehrung oder im Pyritzer Weizacker.

Inzwischen sind sie aufgewacht und sehen die rauhe Wirklichkeit. Sie glauben ihrem Landsmannschaftspräsidenten, Staatssekretär a.D. Herbert von Bismarck, Großneffen des Eisernen Kanzlers, nicht mehr, wenn er noch von Rückkehr spricht, und sind störrisch geworden wie Trakehner Hengste, die von der mageren Weide auch mal in die fette Stutenkoppel wollen.

Das merkt der Bundes-Vertriebenenminister jeden Morgen, wenn er seine Post durchsieht. Auf seinem Arbeitstisch steht ein kleines eisernes Kruzifix, ein altes Familienerbstück aus der Zeit der Befreiungskriege, als die Schlesier Mord und Brand schimpften, weil sie nur Grünkohl in ihre hungrigen Magen stopfen konnten. Heute rufen viele den Beelzebub gegen Lukaschek an.

Minister Lukaschek voll Selbstironie: "Neulich schrieb mir sogar einer: "Ich bete jeden Abend zum Satan, daß er dich Luder endlich wegnimmt." Ein ehemaliger schlesischer Großgrundbesitzer, der heute in einem bayrischen Dachstübchen haust, ranzte mich an: "Sehen Sie denn nicht die Revolution!" Als wenn ich nicht wüßte, welchen sozialen Umbruch Jalta heraufbeschworen hat."

Wer abseits der Bauern- oder Fischerdörfer und meilenfern von den wenigen industriellen Inseln in Lagern lebt - es gibt noch 700 im nördlichen Bundesland -, bleibt ewig ein Opfer der strukturellen Arbeitslosigkeit. Den schulentlassenen Burschen werden nicht einmal Lehrstellen geboten. 53 Prozent der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein und 42 Prozent in Niedersachsen sind Dauerstempler.

Das Bundes-Umsiedlungsgesetz sollte Abhilfe schaffen und den Flüchtlingsüberhang in zwei großen Raten von je 300.000 zur wirtschaftlichen Eingliederung nach Südwest- und Westdeutschland abschieben. Weitere Raten sollten folgen.

Die erste Rate 1949/50 wurde mit der Abgabe von 289.000 nahezu erfüllt, die 2. Rate 1950/51 stagnierte, nach Aufholung des Vorjahrsmankos, schon bei 26.000.

Nordrhein-Westfalen holte sich Facharbeiter aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das "Sozialgepäck" der Alten und der beschäftigungslose Frauenüberschuß blieben aber dem Armenhaus Schleswig-Holstein erhalten.

Tausende von Männern siedelten in die Arbeitsbaracken zum Ruhrpütt über und glaubten, in einem halben Jahr ihre Familien nachholen zu können. Sie warteten zwei Jahre. Dann schmissen nach und nach 53.000 Flüchtlings-Bergarbeiter ihre Schrämhämmer hin, fuhren nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen zurück und legten sich lieber zu ihren Frauen auf den Strohsack, als dauernd zu schufteln.

15.000 Bergleute aus Oberschlesien gehen auch noch in Bayern stempeln, weil das reiche Nordrhein-Westfalen ihnen keine Wohnungen in Grubennähe schaffen kann.

Vergeblich mahnte der Bundes-Vertriebenenminister die Länderregierungen, doch endlich ihren Länderegoismus aufzustecken: "Die Frage der Umsiedlung ist das nationale Bewährungsproblem. Wenn wir da versagen, versagen wir als Volk."

Kurz vorher hatte Lukaschek den Flüchtlingen in großen Landsmannschaftsversammlungen Mut zugesprochen: "Und wenn ich mit erhobenen Händen von Tür zu Tür gehen soll, um für euch zu betteln ..."

Er erntete mit diesem Pathos nur einen weiteren Spitznamen: "Der Bettelstudent".

Die Umsiedlungsaktion aber landete rettungslos in der Sackgasse.

Die Kommissionen der Aufnahmeländer aalten sich zwar im Sommer 1951 während der Saison am Nord- und Ostseestrand, brachten gleich Ehefrauen und Bräute mit, rümpften die Nase während der gelegentlichen Flüchtlingsmusterungen und ließen gnädig einige tausend gesunde Arbeitskräfte aus dem Armenhaus entweichen.

Treffend nennt Schleswig-Holsteins Flüchtlingsminister Hans Adolf Asbach den verkorksten Bevölkerungsausgleich "System Schnecke" - "nicht nur wegen des Tempos, sondern auch weil die Umsiedler möglichst noch ihren Wohnraum mitbringen sollten", denn in den Aufnahmeländern lag das Flüchtlings-Wohnbauprogramm sehr im argen.

Minister Lukaschek: "Wir haben aus allen Ecken nur 225 Millionen DM zusammenkratzen können. Damit wäre es, wenn man daraus den sogenannten Förderungsbetrag von 5.500 DM pro Wohnung aus Bundesmitteln zugrunde legt, möglich gewesen, für 200.000 Umsiedler Wohnungen zu schaffen.

Vorausgesetzt, daß die Länder die ersten und die letzten Hypotheken besorgten. Für die ersten Hypotheken wären 400 Millionen DM notwendig gewesen. Diese Summe konnte der Kapitalmarkt, wie die Dinge heute liegen, nicht in voller Höhe aufbringen."

Am schleppenden Wohnungsbau, der laschen Erfassung des Wohnraums in den Aufnahmeländern und der strukturellen Arbeitslosigkeit hat sich die Umsiedlung festgelaufen.

Die zusammengepferchten Flüchtlinge hörten diese Bilanz nur mit halbem Ohr und meutern jetzt schon aus Prinzip. Am aktivsten wird im Flüchtlingszentrum Süderbrarup, an der dänischen Grenze, rebelliert. Zwar sang man noch nicht die Internationale, aber aus den Baracken summt es schon ähnlich wie.

"... uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun ..."

Im Dezember schickte das Verfassungsschutzamt Kiel gleich mehrere Vernehmungsbeamten nach Süderbrarup, um den Selbsthilfe-Organisator und Vorsitzenden der inzwischen gegründeten "Treckvereinigung Schleswig-Holstein e.V.", Reinhard Noback, 54, ehemaligen Personalchef der Panzerwerke in Spandau, politisch zu durchleuchten.

Noback, der sich beim Russensturm im April 1945 aus Berlin abgesetzt und mit dem Fahrrad zu seiner evakuierten Familie nach Süderbrarup durchgeschlagen hat, macht kein Geheimnis daraus, daß er die umsiedlungswilligen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein registriert und für eine Aktion auf eigene Faust, die spätestens im Mai steigen soll, "technisch vorbereitet".

Noback: "Wenn wir bis dahin keine greifbaren Umsiedlungserfolge seitens der Bundesregierung sehen, trecken wir selbständig los, so wahr ich Noback heiße."

Die dänischen Nachbarn verfolgen diese Vorbereitungen mit Spannung. Wenn die Pommern und Ostpreußen erst abgezogen und die Schleswiger mehr unter sich sind, schlägt die dänische Kulturpropaganda besser ein, spekuliert man in Kopenhagen.

Auch die in der "Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft" zusammengeschlossenen stammes-treuen Ureinwohner unterstützen diese "Selbsthilfe" moralisch und finanziell. Der Landgemeindefesttag ermächtigte die Dorfbürgermeister, Mittel für den Treck zur Verfügung zu stellen. Die Bauern sollen mit Pferden und Wagen nicht kleinlich sein, wenn Noback die "Landplage" endlich hinausmanövriert und seine Privat-Völkerwanderung startet.

Nur die Kaufleute in Süderbrarup sind entschieden gegen den Treck. Sie haben jährlich 1,5 Millionen DM Mehreinnahmen - die Summe der Alu- und Fürsorge-Groschen - in ihre Lädenkassen gescharrt.

Als Noback seine ersten zehntausend Treckwilligen listenmäßig erfaßt hatte, klopfte abends eine infiltrierte SED-Funktionärsgruppe an seine Stubentür. Die Genossen waren nach sechswöchiger Spezialschulung eigens aus der Sowjetzone nach Süderbrarup in Marsch gesetzt worden, "um den Treck auch politisch richtig organisieren zu helfen".

Noback wies ihnen die Tür.

Der treckfeste Berliner Noback hat sein Invasionsgebiet - die Länder des kommenden Südweststaates und Rheinland-Pfalz - rekognosziert. "Am Bodensee sind noch viele Villen unterbelegt. Ich habe überall Stichproben gemacht und mit den Bürgermeistern verhandelt. In Wieden, Kreis Lörrach, konnte ich gleich für tausend Flüchtlinge Quartier reservieren. Über 700 Betriebe haben mir Offerten geschickt. Damit sind Arbeitsplätze für einige Tausend gesichert."

Der Treck-Condottiere weiß, daß er mit diesen Anfängen das ganze Problem nicht meistern kann, aber: "Ich kann heute nicht mehr zurück."

Inzwischen haben sich auch in Bayern und Niedersachsen Treckvereinigungen gebildet. In Bayern liegt die Initiative bei dem gelernten Kaufmann Rudolf Brenske aus Danzig, heute Stadtrat in Kulmbach, und seinem sudetendeutschen Kumpel Heinz Hanner, studiertem Volkswirt in Hof.

Verzieht Bayern-Treckführer Brenske sein faltiges Gesicht zur Grimasse: "Wir werden keinen Fuß in eine Baracke setzen, und wenn wir auf den Marktplätzen der Städte nächtigen müssen. "Ziel jeder Treckgruppe ist der Markt. Dort verharren wir so lange im passiven Widerstand, bis man uns anständige Quartiere nachweist. Die Masse will wieder in den Kulturbereich einer Stadt und nicht im Bayrischen Wald zum Dorfdepp werden.

"Wenn man uns an den Stadtgrenzen abweist, werden wir wie ein Infanteriebataillon aus-schwärmen, jeder mit seinem Bündel, und langsam einsickern."

Brenske glaubt, daß der Krawall, verstärkt durch Begleitfanfaren mittreckender Lautsprecherwagen, so laut wird, daß die schwäbischen und badischen "Sozialbürokraten" vor dem "Furor Flüchticus" dahinschmelzen und freiwillig 100.000 Stühle freimachen.

"Da soll sich die Bundesregierung doch freuen. Wir machen sie endlich stark gegen den Länderegoismus."

Aber die Bundesregierung freute sich keineswegs. Unruhig zupfte Minister Lukaschek das aus der Brusttasche hervorquellende weiße Spitzentuch zurecht und reichte seine traditionelle Kiste mit schwarzen Brasilzigarren herum, als sich die Treckführer bei ihm zum Rapport melde-

ten. Er hatte sie wegen des zu erwartenden Krawalls nach Bonn eingeladen.

Der Minister widmete sich während dreier Tage stundenlang der Treckabordnung, hörte sich die Vorschläge der Selbsthilfeorganisatoren an und versprach, sein Bestes zu tun, um das zu verhindern, was die Treckführer als Beschleunigungsmittel vorschlugen: die Anwendung des Bundeszwanges nach Grundgesetzartikel 37:

- "Wenn ein Land die ihm nach dem Grundgesetz oder einem anderen Bundesgesetz obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Maßnahmen treffen, um das Land im Wege des Bundeszwanges zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten."

Um das Treckgespenst zu beschwichtigen, hat die Bundesregierung rasch zwei "Bundesbevollmächtigte" ernannt. "Man müßte sie eigentlich "Bundesbeobachter" nennen, denn sie haben weder Vollmacht noch Weisungsbefugnis gegenüber den Aufnahmeländern", schimpft die SPD-Opposition.

Lukascheks Kommissare sollen nun die Sünden der vergangenen Jahre feststellen und endlich prüfen, ob der Verdacht zu Recht besteht, daß mit einem Teil der zweckgebundenen Bundesmittel in einzelnen Ländern alles mögliche gebaut worden ist, nur keine Flüchtlings-Wohnungen.

"Bundesbevollmächtigter" Dr. Peter Paul Nahm, 50, lehnte die Forderung der Treckführer ab, Umsiedler in Südwestdeutschland zwangsweise einzuweisen: "Wir leben heute in einem Rechtsstaat. Die Wohnung ist nach dem Grundgesetz unverletzlich. Wenn 1946/47 in Norddeutschland rigoros Wohnraum beschlagnahmt worden ist, kann das heute kein Maßstab mehr für uns sein. Damals liefen noch die Spruchkammerverfahren, und jeder Pg. tat sich etwas darauf zugute, rasch eine Rumpelkammer für Flüchtlinge abzugeben, um bußfertiger zu erscheinen."

Der Bundes-Vertriebenenminister rechnete den Treckführern vor, daß es bis August möglich sein werde, etwa 200.000 Umsiedler in die bis dahin fertig zu stellenden Neubauwohnungen unterzubringen. Sie hörten die Botschaft, versprachen, das Gepäck noch nicht zu verladen und "die Erfolge abzuwarten", aber es fehlt ihnen bis jetzt der Glaube, zumal der Minister, durch tagelange Attacken verwirrt, nebenher eingestand: "Offen gesagt, ich weiß auch nicht, wie es werden soll ..."

Dabei war von der Beschaffung von Arbeitsplätzen noch gar nicht gesprochen worden. Flüchtlingskommissar Dr. Nahm: "Das ist ein Problem für sich. Von den nach Rheinland-Pfalz geschleusten Umsiedlern sind 33.000 auf eigene Faust wieder nach Bayern und Schleswig-Holstein zurückgekehrt."

Ihr Argument ist kaum zu widerlegen: Ob sie im Notstandsgebiet des Hunsrück, in der Eifel oder im Notstandsgebiet des Bayerischen Waldes stempeln gehen, bleibe sich gleich. Die Barackenwände sind auch überall dieselben.

Weil alles verquer lief, hat sich jetzt in Rheinland-Pfalz eine Treckvereinigung aufgetan, die innerhalb des Landes trecken will, möglichst an den Rhein, wo es vielleicht noch Arbeitsplätze gibt, oder nach Nordrhein-Westfalen, das immer noch den größten Sog ausübt.

Der Fluch von Jalta hat Westdeutschland zu einem Exerzierfeld für Raumforscher, Soziologen, Betriebs- und Volkswirtschaftler werden lassen. Nach einer Berechnung des Instituts für Raumforschung in Godesberg ist die Tragfähigkeit der Bundesrepublik - beim gegenwärtigen Produktions- und Erwerbsvolumen - bereits um 4 Millionen Menschen überschritten. Davon seien 1.792.000 durch eine großzügige Binnenwanderung noch produktiv einzuordnen ...

Der Bevölkerungsausgleich ist aber nur die mobile Seite des brennenden Problems: Neugliederung der Länder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Auch die Amerikaner fanden es sehr interessant, das verruchte Wort vom "Volk ohne Raum" mit klugen Empfehlungen wegzudiskutieren. Man müsse die Industrie Westdeutschlands eben

aufstocken und die deklassierten Flüchtlinge in neu zu gründenden Gewerbebetrieben wirtschaftlich eingliedern.

Das will auch der Sechsjahresplan des Leiters der Flüchtlingskommission der ECA, Hans Christian Sonne, der die Schaffung von 600.000 Erwerbsstellen vorsieht.

Sonne sagt selbst, daß sein Plan ohne Auslandshilfe nicht zu schaffen sei. Auswanderung aber erleichtert das "Volk ohne Raum" jährlich nur um 50.000 Menschen, während das Ost-Westgefälle jährlich 150.000 weitere Ostzonenflüchtlinge über die Elbdeiche schwemmt.

Durchführungskosten dieses Planes, an dem auch deutsche Experten mitgearbeitet haben und der für Minister Lukaschek die große Hoffnung ist: 12,5 Milliarden DM - nicht ganz so viel wie ein geforderter Jahres-Verteidigungsbeitrag.

Der gläubige Katholik Lukaschek hat die Hoffnung auf amerikanische Sonne-Millionen noch nicht aufgegeben, obwohl der Kongreß schon einmal nein gesagt hat: Erst westdeutscher Verteidigungsbeitrag und Aktivierung bundeseigener Mittel - etwa aus dem Lastenausgleich, den man nicht quotal sehen, sondern produktiv für die Schaffung von Arbeitsplätzen verwenden müsse - dann könne man weiter reden.

Trotzdem hat Lukaschek wieder seinen Spezialdiplomaten Middelmann nach Washington geschickt, um in Richtung Sonne weiter zu intervenieren.

Der Minister strahlte, als er in einer Schweizer Zeitung Anerkennung für seine außerdeutschen Anknüpfversuche fand. Für die Schweizer Musterdemokraten schwärmt er noch aus Pennälerzeiten, als er seine angeknackte Lunge in Davos so gut auskurierte, daß ihm die Brasilketten heute nicht schaden.

Dann freut ihn auch, daß nicht alle Flüchtlinge arme Schlucker sind, sondern mancher Vertriebene es in Westdeutschland wieder zu etwas gebracht hat, wie etwa der Schlesier, der ihm zu Weihnachten einen Strauß Orchideen schickte - als Trost für den Tort (Kränkung), den ihm der ostpreußische Dr. Kather laufend antut.

Seit Wochen führt der Vorstand des "Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen" (ZvD), der sich durch Angliederung mehrerer bisher selbständiger Landsmannschaften zum "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) erweitert, eine robuste Kampagne gegen Dr. Lukaschek, der selbst einmal erster ZvD-Präsident war.

Im Namen seiner organisierten Flüchtlingsmillionen überbrachte Kather mit drei Mann seines Präsidiums dem Bundeskanzler das kollektive Mißtrauensvotum gegen seinen Vertriebenenminister.

In der "Anklageschrift" (so nennt man im Vertriebenenministerium die BvD-Resolution) wird Dr. Lukaschek "Mangel an Energie, Initiative und Zähigkeit" vorgeworfen. Da Lukaschek selbst einmal öffentlich erklärt habe, er werde sofort zurücktreten, wenn er das Vertrauen der Flüchtlings-Organisation nicht mehr besitze, wisse er ja, was er jetzt zu tun habe.

Dazu gab der Sprecher der Schlesier, Ministerialrat a.D. Dr. Rinke aus München, dem Kanzler noch einen Stich: Wenn Lukaschek noch einmal vor Flüchtlingen in Bayern zu sprechen wage, würde er niedergeschrien und ausgepiffen.

Der Kanzler hat die BvD-Anklageschrift, trotz eines zweiten Mißtrauensantrages von Dr. Kather, bis jetzt noch nicht beantwortet. Er hat zur Zeit andere Sorgen. Noch trecken die Flüchtlinge ja nicht.

Dr. Kather bastelt unbeirrt weiter an seinem Programm. Nach Gewerkschaftsvorbild will er BvD-Beiräte in die verschiedensten parlamentarischen Ausschüsse und ministeriellen Schlüssel-Gremien delegieren. Er verhandelt auch mit den Großgrundbesitzer-Vereinen, um sich über die Möglichkeit von Landaufkäufen für landlose Flüchtlingsbauern mit Hilfe von locker zu machenden Soforthilfe- und Lastenausgleichsmitteln zu informieren, nachdem die Bodenreform völlig festgefahren ist. Von den 294.000 vertriebenen Bauern haben nur 24.000 wieder eine Hofstelle gefunden.

Er hat auch schon Verbindung mit Industriegruppen und Fachverbänden aufgenommen, um individuelle Unterlagen über die Arbeitsmarktlage hereinzuholen. Kather: "Die Fehlleistungen der Umsiedlung müssen endlich aufhören. Das alles ist dem Vertriebenen-Ministerium noch nie im Schlaf eingefallen"

"Alles Kinkerlitzchen", resigniert Dr. Lukaschek. "Was würde es wohl nützen, wenn ich einen Stock nähme und mit viel Geschrei dazwischenschlüge, nur um zu zeigen, daß ich kein Weichbold bin. Ich kann nicht im Jargon der Abgeordneten reden, denn schließlich bin ich ja Bundesminister."

Jetzt kämpft er darum, es zu bleiben, nachdem er früher wegen des ewigen Haders mit seinem Ministerkollegen Fritz Schäffer schon mehrmals seinen Rücktritt angeboten hatte.

Die Nachtmütze, die man ihm vor einiger Zeit mit der hämischen Widmung "Schlaf schneller, Genosse" per Einschreiben ins Ministerium schickte, hat er in den Ofen geworfen.<<

11.03.1952

Die fast vollkommen verwüstete Insel Helgoland (jahrelang Übungsgebiet der britischen Luftwaffe) wird am 11. März 1952 an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben.

20.03.1952

Ein zum Tod verurteilter Gefangener schreibt am 20. März 1952 aus Den Haag einen Abschiedsbrief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Ich schreibe Ihnen heute, um mich zu verabschieden.

Morgen, am 21.3.52, werde ich in der Frühe den Soldatentod sterben. Sind sie versichert, daß ich völlig ruhig bin und mein Schicksal entgegennehmen werde, wie es von einem Höheren beschlossen worden ist.

Der Gedanke an Frau und Kind ... ist allerdings mehr als bitter. Doch muß ich auch darin beharren, da ich wehr- und machtlos bin.

Nach dem Warum allerdings frage ich vergeblich. Ich werde in den Tod gehen mit dem festen Bewußtsein, eine persönliche Schuld, und nun gar eine solche, die derartige Strafe erfordert, nicht auf mich geladen zu haben.

Leben Sie alle wohl und arbeiten Sie weiter an dem Ziel, der Welt den Frieden zu verschaffen. Meine Bitte ist einmal, sich meiner geliebten Frau und meines Herzenskindes annehmen zu wollen, und ferner, daß mein Tod der des letzten Deutschen in den ehemals besetzten Westländern sein möge! ...<<

Der deutsche Landgerichtsrat Karlhans Sonnenburg, Bad Godesberg, kritisiert damals die Rechtsprechung der Siegermächte: >>Sieben Jahre sind deutsche Männer und Frauen als Angehörige der Wehrmacht, der Polizei, des Wehrmachtsgefolges und des Diplomatischen Korps durch die Mühlen der alliierten Sondergerichtsbarkeit für Kriegsverbrecher gegangen und haben sich in den Maschen einer Justiz gefangen, die Ausfluß einer fremden, eigens vom Sieger auf sie zugeschnittenen Sonder-Gesetzgebung und Rechtsprechung ist.

Sieben Jahre sind Urteile gegen Deutsche auf Grund von Gesetzen gesprochen worden, die im Widerspruch zu der am 10.12.1948 feierlich proklamierten Internationalen Erklärung der Menschenrechte und zur Genfer Konvention stehen und allein schon wegen ihrer rückwirkenden Kraft die Grundprinzipien des Völker- und Strafrechts verletzen.

Sieben Jahre lang fungieren Mitglieder der völkerrechtlich illegalen nationalen Widerstandsgruppen als Richter über Angehörige der legalen deutschen Truppe, winden voreingenommene Zeugen sich selbst Märtyrerkronen, indem sie Deutsche der scheußlichsten Verbrechen bezichtigen.

Sieben Jahre hindurch sind Hunderte von Deutschen aufgrund von Sondergerichtsurteilen erschossen worden, haben andere Hunderte darauf gehofft, daß sie eine Begnadigung vor der Hinrichtung bewahrt. ...

7 Jahre lang haben Tausende von Deutschen als Untersuchungsgefangene in körperlicher, gei-

stiger und seelischer Not dem Zeitpunkt entgegengebangt, an dem über Leben und Freiheit für sie entschieden wurde. ...

7 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wird der Krieg auf dem Gebiet des Rechts fortgesetzt, werden neue Verurteilungen ausgesprochen, werden Hinrichtungen - wie jüngst in Holland - vollzogen und Kerkerstrafen verbüßt. ...

Zur gleichen Zeit werden in Korea, Indochina, Tunis und anderen Ländern von Angehörigen der Siegermächte, zum Teil sogar von deutschen Fremdenlegionären unter ihrem Befehl, dieselben Taten begangen, die den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Auswirkungen eines doppelten Rechtes für Sieger und Besiegte können sich nicht deutlicher offenbaren.

Dabei kann die Frage der Schuld heute nicht mehr so eindeutig geklärt werden, daß eine Entscheidung über Leben und Freiheit eines Menschen gerechtfertigt ist. Oft 10 und mehr Jahre nach den Geschehnissen ist eine einwandfreie Feststellung der Wahrheit und Klärung des Sachverhaltes erfahrungsgemäß unmöglich, zumal die Ereignisse im Zusammenhang mit Kampfhandlungen standen. ...

Zwar wissen wir, daß es auch Schuldige gibt, aber für einen Schuldigen dürfen nicht Unschuldige leiden. Die Schuldigen, die zu decken wir ablehnen, sollen der verdienten Strafe nicht entzogen werden, die deutsche Justiz ist befähigt und befugt, sie gerecht zu bestrafen. ...

Erst wenn die Westmächte die Gefangenen freigeben und sich durch diese Tat zu den demokratischen Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit bekennen, dürfen unsere Brüder und Schwestern in den Zwangsarbeitslagern des Ostens hoffen, daß auch sie eines Tages die Heimat und ihre Familie wiederssehen werden.<<

30.03.1952

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führen am 30. März 1952 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.

01.04.1952

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. April 1952 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/118-119): >>1. April 1952. Gestern ging die britische Kommandogewalt im Lager zu Ende.

Friedland hörte auf, englisches Territorium zu sein. Der Union Jack wurde an der Fahnenstange heruntergeholt und dafür die schwarz-rot-goldene Flagge hochgezogen. Entlassungsscheine für Kriegsgefangene werden in Zukunft von deutschen Stellen ausgefertigt. Der englische Kommandant und seine Gehilfen verabschiedeten sich.

Als erste Maßnahmen ordnete der deutsche Lagerleiter an, daß die Schlagbäume an der Zufahrtsstraße zum Lager entfernt werden. Bisher standen an diesen Barrieren Posten, die jeden Besucher und jedes Fahrzeug anhielten. Ohne Passierschein und Registrierung konnte niemand das Lager betreten.

Diese Formalität wird in Zukunft wegfallen. Friedland ist keine britische Enklave mehr.<<

07.04.1952

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 7. April 1952 an den deutschen Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) (x095/132-134): >>Sehr geehrter Herr Professor!

... Wenn Sie schreiben, daß ich unter schärfster Anwendung von Drohungen mit Sprengung meiner Partei gezwungen werden müsse, den jetzigen Kurs einer Politik, die man nicht anders als einfach amerikahörig nennen könne, zu wechseln, so möchte ich Ihnen dazu folgendes bemerken, dabei wiederhole ich das, was ich schon seit Jahr und Tag öffentlich erklärt habe:

Mit Sowjet-Rußland kann man nur verhandeln, wenn man mindestens gleich stark ist. Daher begrüße ich den Zusammenschluß der westlichen Welt. Ich bin überzeugt, daß, wenn die westliche Welt so stark ist wie Sowjet-Rußland, eine Verständigung mit Sowjet-Rußland möglich ist, aber nicht früher. Ich bin weiter überzeugt, daß ein Gespräch zu einem zu frühen

Zeitpunkt Sowjet-Rußland nur in seiner Haltung bestärkt.

Meine Politik geht dahin, Deutschland in den Westen einzubauen, um der Gefahr der Neutralisierung zu entgehen, um den Westen zu stärken, um bei der eines Tages eintretenden Möglichkeit der Verhandlung mit Rußland mitsprechen zu können, und zwar im Interesse Deutschlands, im Interesse des Friedens.

Ich glaube nicht, daß meine Politik starr und unelastisch ist. Ich bin der Auffassung, daß das Schlechteste, was man tun könnte, ein Schwanken in der politischen Linie sein würde. Sie glauben nicht, wie stark das Mißtrauen im Ausland noch gegenüber Deutschland ist. Durch ein Schwanken würde man dieses Mißtrauen in bedrohlicher Weise verstärken. ...<<

29.04.1952

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 29. April 1952 an Bundespräsident Theodor Heuss wegen der Einführung der dritten Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne (x095/136-137):

>>Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Die Frage einer "National-Hymne" ist in den vergangenen Jahren wiederholt zwischen uns besprochen worden. ...

Als das Kabinett Sie vor Monaten durch mich bitten ließ, sich für die dritte Strophe des "Deutschland-Liedes" zu entscheiden, gab ich zu, daß ihre damalige Gegenargumentation eine innere Berechtigung besaß. Inzwischen ist nun die Frage dringend geworden, und ich muß den Wunsch der Bundesregierung darum pflichtgemäß wiederholen.

Sie wissen selber um die Lage, in der bei amtlichen Veranstaltungen unsere ausländischen Vertretungen sich befinden. Ich will in diesem Augenblick die innerdeutschen Gefühlsmomente, deren Gewicht von uns beiden gleich hoch gewertet wird, gar nicht in Anschlag bringen. Es ist wesentlich der außenpolitische Realismus, der uns, ihnen wir mir, nahelegen muß, die Entscheidung nicht weiter hinauszuzögern. ... Daher die erneute Bitte der Bundesregierung, das Hoffmann-Haydn'sche Lied als Nationalhymne anzuerkennen.

Bei staatlichen Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden.<<

02.05.1952

Das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" wird am 2. Mai 1952 (wieder) Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.

Zur deutschen Nationalhymne gehören offiziell alle 3 Strophen. Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss regeln jedoch damals, daß bei staatlichen Veranstaltungen nur die dritte Strophe gespielt bzw. gesungen werden soll.

04.05.1952

Dr. Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) protestiert am 4. Mai 1952 während einer Kundgebung vor 60.000 Vertriebenen auf dem Bonner Markplatz gegen den geringen Umfang des geplanten Lastenausgleichs (x024/241-242): >>Wir vom BvD sind die letzten, die etwas dagegen sagen würden, daß dieses Gesetz stark unter sozialen Aspekten gestaltet wird.

Wir haben uns nachdrücklich damit einverstanden erklärt, daß z.B. bei der Kriegsschadenrente, bei der Hausratenschädigung, wie bei der Entschädigung überhaupt, beim zeitlichen Vorrang und auch bei der Staffelung der Abgabesätze soziale Gesichtspunkte maßgeblich sein sollen: aber wenn man sagt, daß ausschließlich soziale Gesichtspunkte entscheiden sollen, dann müssen wir einen sehr entschiedenen Widerspruch anmelden: denn das bedeutet nicht mehr oder weniger als eine klare Verneinung unseres Rechtsanspruches und eine Negation des Lastenausgleichsgedankens überhaupt.

Dann muß man folgerichtig der Wahrheit die Ehre geben, den Namen Lastenausgleich fallenlassen und die Überschrift wählen: "Gesetz über soziale Hilfsmaßnahmen für Vertriebene und Kriegssachgeschädigte" ...

Die Geschädigten wollen aber keine soziale Fürsorge, sie fordern Erfüllung eines Rechtsanspruches im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen.

Nach ihrer Auffassung haben sie mit ihrem Hab und Gut, das sie in der Heimat zurücklassen mußten, Reparationen für die Gesamtheit des deutschen Volkes geleistet.

Darüber hinaus sind sie überzeugt, einen im Naturrecht begründeten Rechtsanspruch zu haben aus der Gesamthaftung des ganzen Volkes für die Schäden und Verluste eines vom ganzen Volk gemeinsam geführten und verlorenen Krieges. ...<<

15.05.1952

Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Mai 1952 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/120-123): >>Mitte Mai 1952. Über sechzig Gräber zählt nun bereits der Flüchtlingsfriedhof, ein schmaler Streifen Land, unmittelbar neben dem Friedhof der Gemeinde gelegen, Hier liegen sie begraben, alte Menschen und Kinder, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Vertriebene. Auf Friedland hatten sie ihre Hoffnungen gesetzt, alle Kräfte wurden noch einmal zusammengerafft, um diesen Ort zu erreichen. Friedland wurde ihnen zur letzten Ruhestätte.

Grab reiht sich an Grab. Schlichte Holzkreuze künden davon, daß hier Menschen von der großen Erdenwanderung ausruhen. Namen sind eingeritzt, die nach der ostdeutschen Heimat klingen. ...

Doch wie verdüsterte sich das Bild, als ich dann in den Grabreihen stand und die Inschrift auf einem der Holzkreuze las: "Hier liegt eine unbekannte alte Frau." Nichts weiter. ...

Nicht einmal der Namen der Toten wurde der Nachwelt überliefert. Irgendwo haben Verwandte gebangt und gehofft, haben gesucht und gefragt – aber niemals wird eine Antwort eintreffen. Niemals wird diese Familie erfahren, wo die Mutter oder Großmutter blieb. Sie ruht unbekannt, ohne Namen, in Friedland.

Ich ging langsam weiter. ...

Da stand wieder auf einem Holzkreuz: "Unbekannte weibliche Leiche". Dort: "Hier liegt eine unbekannte Frau".

Sie liegen hier in der Reihe, so wie sie über den Streifen des Niemandlandes kamen, ein kleines Holzkreuz mit weißer Schrift sagt dem nachdenklichen Besucher, daß hier Menschen ruhen, die der Krieg noch schlug, als die "Feindseligkeiten" eigentlich schon längst vorbei waren.

Ich sah noch einmal die Reihen entlang, sah Kreuz an Kreuz und nahm die Ruhe und den Frieden dieses Todesackers in mich auf ...

Vor allem kleine Kinder und ältere Leute starben in Friedland. Sie konnten nicht mehr weiter, waren durch Flucht und Strapazen völlig ausgepumpt, überanstrengt, überfordert.

Sie blieben hier. ...<<

16.05.1952

Im Bundestag wird am 16. Mai 1952 das Gesetz über den Lastenausgleich verabschiedet.

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Lastenausgleichsgesetz (x024/242-244): >>... Im Mittelpunkt des Lastenausgleichsgesetzes stand die Hauptentschädigung.

Für nachgewiesene Vermögensschäden sollten die Vertriebenen eine prozentuale Entschädigung erhalten.

Für geringe Schäden war der prozentuale Anteil verhältnismäßig hoch, z.B. für Schäden unter 5.000 Reichsmark 95 %. Für hohe Vermögensverluste wurde eine verhältnismäßig geringe Entschädigung gewährt. So sollten etwa Schäden über eine Million Reichsmark nur noch mit 6,5 % abgegolten werden.

Die Auszahlung der Hauptentschädigung erfolgte aber erst ab 1959, weil zuvor noch Finanzierungsprobleme zu lösen waren.

Da aber für die Feststellung der Vermögensschäden bei Immobilien der Einheitswert zugrunde gelegt wurde und nicht der Verkehrswert, fiel die Entschädigung noch niedriger aus, weil der Einheitswert viel zu niedrig angesetzt wurde.

Jedenfalls war die Entschädigungssumme niemals ausreichend, um einen Ersatz für das verlorene Gut zu erwerben. So konnte sich etwa ein vertriebener Bauer für die 20.000 DM, die er für seinen 30 Hektar großen Hof bekam, in der Bundesrepublik gerade einen Schlepper kaufen. Daher gestaltete sich auch die Eingliederung der Bauern in der Bundesrepublik besonders schwierig. Nur etwa 5 Prozent konnten wieder ihre frühere Tätigkeit aufnehmen.

Als das Lastenausgleichsgesetz geschaffen wurde, war man allgemein der Auffassung, daß das deutsche Volk nicht imstande sein würde, das Vertriebenenproblem aus eigener Kraft zu meistern. ...

Die Forderung der Vertriebenen, den Einheitswert durch den Verkehrswert zu ersetzen, um die Entschädigungen wenigstens einigermaßen an die Wirtschaftsentwicklung anzupassen, verhallte ungehört.

Die Vertriebenen bildeten in der Bundesrepublik Deutschland eine Minderheit, von der jedes Jahr ein bedeutender Teil aus Altersgründen noch wegstarb. Warum sollte sich die Mehrheit da plötzlich besinnen und einer Minderheit freiwillig mehr gewähren. ...<<

26.05.1952

Die 3 Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen am 26. Mai 1952 in Bonn den "Deutschland- oder Generalvertrag".

Dieser Vertrag (geänderte Fassung vom 23. Oktober 1954) tritt aber erst am 5. Mai 1955 in Kraft.

24.06.1952

Der Verleger Axel Springer bringt am 24. Juni 1952 mit der "BILD-Zeitung" einen neuen Zeitungstyp auf den deutschen Medienmarkt.

Diese Boulevardzeitung zeichnet sich vor allem durch knappe Texte und große Fotos aus. Die "BILD-Zeitung" (Straßenverkauf) kostet damals 10 Pfennig. Die Startauflage beträgt 250.000 Exemplare.

25.06.1952

Die Bundesregierung verkündet am 25. Juni 1952 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (x182/218): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 21,1 Milliarden DM entfallen 36,2 % auf Sozialleistungen und 37,4 % auf Besatzungskosten. ...<<

14.08.1952

Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wird am 17. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen.

Das Lastenausgleichsgesetz wird durch eine feierliche Erklärung eingeleitet, in der man folgende Vorbehalte festlegt (x088/22): >>... In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten, hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen ...<<

Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgt die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959.

Lastenausgleich

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, daß das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 ablöste, belastete das Sachvermögen der Westdeutschen mit langfristigen Ausgleichsabgaben (50 % des Besitzwertes nach der Währungsreform von 1948), die aus den laufenden Einkünften in einen Fonds zur Entschädigung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen eingezahlt wurden. 25 % der erhöhten Vermögensteuer dienten ebenfalls zur Finanzierung des Ausgleichsfonds.

Für den Erfolg des Wiederaufbaues der Bundesrepublik Deutschland war es dringend erforderlich, das Problem der entwurzelten Bevölkerungsteile zu lösen. Man mußte diesen Menschen unbedingt eine neue Lebensgrundlage verschaffen, um eine Radikalisierung der Heimatvertriebenen zu verhindern. Wenn man das sog. "Palästinenserproblem" vermeiden wollte, war vor allem die Ghettobildung, Lagermentalität und das Armutsleben ohne Zukunft zu beenden. Alle Vertriebenen sollten auf Dauer wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich eingegliedert werden.

Die Aufnahme und Eingliederung der vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen war ein langwieriger Prozeß, der länger als 20 Jahre dauerte. Die Hauptaufnahmeländer waren zunächst Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Später wurden nach und nach viele Vertriebene in die übrigen westdeutschen Bundesländer umgesiedelt, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und weil man die wirtschaftliche Eingliederung fördern mußte.

Die wirtschaftlichen und sozialen Eingliederungsmaßnahmen waren ohne gezielte Leistungen und Förderungen des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds naturgemäß nicht möglich. Zum Abbau der Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen wurden von denen, die ihr Eigentum ganz oder größtenteils behalten hatten, Sonderopfer in Form langfristiger Ausgleichsabgaben verlangt. Dazu gehörte auch die Erhöhung der Vermögensteuer, die zu 25 % dem Ausgleichsfonds zugewiesen wurde.

Hilfen aus dem Lastenausgleich erhielten nur diejenigen, die in der Lage waren, ihren verlorenen Besitz nachzuweisen. Die Empfangsberechtigten mußten gewöhnlich jahrelang auf eine Entschädigung warten. Die finanziellen Hilfen konnten die verlorenen Vermögenswerte zwar nur zu einem geringen Teil ersetzen, aber sie gaben vielen Ost- und Volksdeutschen wenigstens die Möglichkeit, eine neue Existenz aufzubauen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Lastenausgleich" (x051/344): >>Lastenausgleich, Vermögensausgleich zwischen den durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen schwer und den nicht oder wenig getroffenen Bevölkerungsgruppen der Bundesrepublik.

Gesetzliche Grundlage: zunächst das Soforthilfegesetz vom 8.8.49, dann das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14.8.52. Nach dem LAG wurden von den Abgabepflichtigen (natürliche Personen, Körperschaften und Personenvereinigungen) "Ausgleichsabgaben" (bis 1979 Vermögens- und Hypothekengewinn-, bis 1974 Kreditgewinnabgaben) erhoben, die zusammen mit Zuschüssen des Bundes und der Länder einen "Ausgleichsfonds" speisten, aus dem je nach der Höhe des Schadens und gestaffelt nach Bedürftigkeit "Ausgleichsleistungen" an Personen gewährt wurden, die durch Kriegshandlungen, Vertreibung oder Flucht (aus Ostdeutschland, Osteuropa und - ab 1969 - der Sowjetzone bzw. der DDR) oder durch die Währungsreform von 1948 Vermögensschäden erlitten hatten, teils in Form direkter Zahlungen, teils als Renten, Darlehen oder Ausbildungsbeihilfen. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die staatliche Förderung und Unterstützung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/474-476): >>... Der junge Staat Bundesrepublik bediente sich besonders erfolgreich dreier Instrumente, um die Vertriebenen und Flüchtlinge aus ihrer schlimmen La-

ge, das heißt aus dem Lager, herauszuführen: Kredite, Lastenausgleichfonds und Wohnungsbau.

Der Lastenausgleichfonds zahlte innerhalb von 30 Jahren 128 Milliarden Mark aus; 86 Milliarden an Vertriebene und Flüchtlinge, 26 Milliarden an Bombengeschädigte, 12 Milliarden an geschädigte Sparer, knapp 4 Milliarden an Flüchtlinge aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik.

In jenen ersten Jahren der Bundesrepublik wurde auch erkennbar, daß jede Investition zugunsten der Vertriebenen zugleich den allgemeinen Wiederaufbau, den allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft vorantrieb, also allen Deutschen zugute kam. Die Interessen der Einheimischen und der Vertriebenen wurden deckungsgleich.

Im Jahre 1950 fehlten in der Bundesrepublik noch mehr als 2 Millionen Wohnungen, vor allem für Vertriebene und Flüchtlinge. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer setzte ein gigantisches Wohnungsbauprogramm in Gang. Es wurde einer der Treibsätze für das deutsche Wirtschaftswunder: die Dynamik, die damals entfesselt wurde, riß erst das Baugewerbe und seine Zulieferindustrie und dann andere Branchen steil mit sich nach oben.

Dies alles hätte nicht ohne die Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit der vertriebenen Arbeiter, Handwerker und Angestellten geschehen können. Sie waren tiefer niedergedrückt worden als andere Deutsche – doch um so stärker war ihr Wille, wieder aufzusteigen. Aus den Zahlen der Statistik läßt sich nicht herauslesen, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge härter am Wiederaufbau gearbeitet haben, als die Menschen, die in Westdeutschland ihre Heimat hatten. Aber viele von ihnen waren außerordentlich zäh bei der Verfolgung des Ziels, wieder ein sinnvolles Leben zu führen – die vertriebenen Bauern etwa, die Ödland unter den Pflug nahmen, oder wüste Äcker, die von westdeutschen Bauern aufgegeben worden waren, wieder fruchtbar werden ließen.

Der Kieler Universitätsprofessor Friedrich Edding urteilte in einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland:

"Der in der menschlichen Qualität, in Arbeitswillen, Können und Durchsetzungsvermögen der Vertriebenen liegende Wert erwies sich von Jahr zu Jahr als ein für die Wirtschaft positiver Faktor. Die Initiative der Vertriebenen brachte neues Leben in stagnierende örtliche Verhältnisse und Wirtschaftszweige: Zahlreiche neue Betriebe und Produktionen entstanden, andere erfuhren durch die Vertriebenen entscheidende Verbesserungen. ...

Der stark erweiterte Binnenmarkt, dessen Kaufkraft von Jahr zu Jahr wuchs, verminderte das Risiko der Investition und verbesserte die Gewinnchancen jedes Unternehmens ganz außergewöhnlich, die Stückkosten der Produktion zu senken oder relativ niedrig zu halten und damit zugleich eine gute Voraussetzung zu schaffen für die Erweiterung des Exports. ...

Als Resultat aus belastenden und stimulierenden Momenten der Eingliederung hat sich ein Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum ergeben, der sich zwar nicht exakt messen läßt, der aber zweifellos sehr bedeutend ist."

Der materielle Erfolg der Flüchtlinge und Vertriebenen war jedoch kein Ausgleich für die Opfer, die sie bringen mußten. Friedrich Edding: "Vergessen wir nicht den hohen Preis des Unglücks und des viele Jahre dauernden Elends, den die Vertriebenen zu zahlen hatten." ...<<

20.08.1952

Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (am 13. Oktober 1895 im westpreußischen Kulm geboren, einer der wenigen aufrechten Politikern der Nachkriegszeit, die das Deutsche Reich tatsächlich erhalten wollen) stirbt am 20. August 1952.

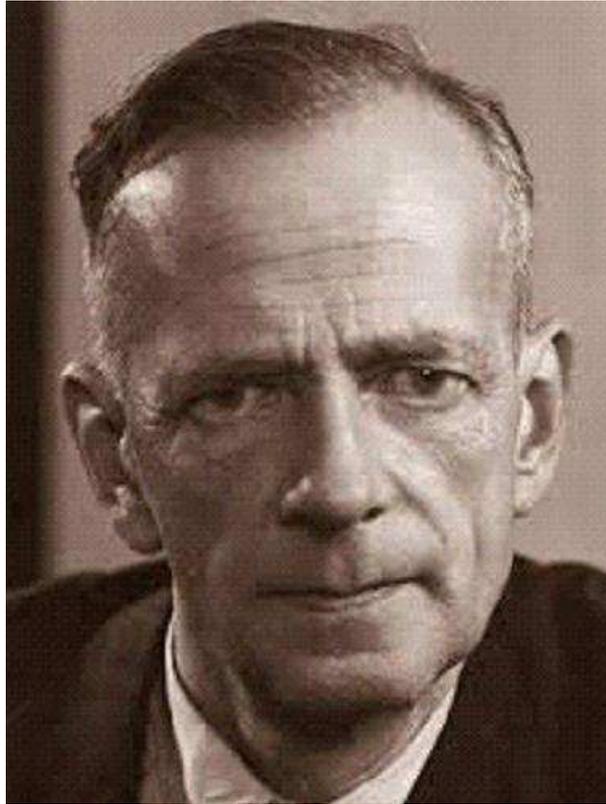


Abb. 81 (x051/525): Kurt Schumacher

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, 1930-1933 SPD-Abgeordneter des Reichstages, von 1933-1945 fast ständig in KZ-Haft, seit Mai 1946 SPD-Vorsitzender, strebte die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und eine freiheitlich-demokratische Verfassung an, ab 1949 SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28.10.2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>"National sein ist Ehrensache!"

Kurt Schumacher: In diesen Tagen jährte sich der 105. Geburtstag eines großen Sozialdemokraten

In diesen Tagen jährte sich der Geburtstag von Kurt Schumacher, dem ersten Vorsitzenden der Nachkriegs-SPD. Wenn man sich mit der Person und der Politik Schumachers beschäftigt, dann wird man mit Erschrecken feststellen, wie grundlegend sich die SPD in der historisch minimalen Zeitspanne von nicht einmal zwei Generationen verändert hat.

Dieser Kurt Schumacher, der bedingungslose Feind eines jeden Totalitarismus, gleichgültig, ob von rechts oder von links, dieser leidenschaftliche Verteidiger der deutschen Nation, dieser Preuße, der auch nach einem verlorenen Krieg Rückgrat gegenüber den Siegern bewies und der nicht zuletzt darum mit fast 100 Prozent der Stimmen von den Parteitagsdelegierten zum Vorsitzenden der SPD gewählt worden ist - dieser selbstlose politische Kämpfer soll einmal der Vorgänger von Schröder und Lafontaine gewesen sein? ...

Die Nation war für ihn Solidaritätsgemeinschaft. Schumacher: "National sein ist Ehrensache!" An seine alten Ideen knüpfte er an und kämpfte wiederum gegen Großbesitz, der kein politischer Machtfaktor sein dürfe. Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.

Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich, daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm

ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.

Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften, der American Federation of Labour, teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen.

1948 mußte ihm ein Bein oberhalb des Knies amputiert werden, ein Schicksal, zu dem er durch sein Kettenrauchen beigetragen hatte. Annemarie Renger war ihm eine treue Gefährtin, die selbstlos dem so schwer Behinderten ermöglichte, noch vier Jahre lang aktive Politik zu treiben, so daß er in Westdeutschland der große Gegenspieler des christdemokratischen Bundeskanzlers Adenauer wurde. Scharf lehnte er dessen Pläne ab, die Bundesrepublik in die anglo-amerikanische Welt der Sieger einzubinden. Das war für ihn die Zementierung der deutschen Teilung, deren Überwindung an der Spitze seiner politischen Bemühungen stand. ...

Als die Alliierten das Ruhrgebiet internationalisieren wollten und dabei auf ein gewisses Verständnis des ohnehin separatistisch liebäugelnden Adenauer stießen, erklärte Schumacher, die SPD werde der Internationalisierung nur dann zustimmen, wenn darin die Industriereviere aller Staaten eingeschlossen würden.

In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...

Stets focht er für deutsche Gleichberechtigung und lehnte alle Maßnahmen der Sieger ab, die die Deutschen benachteiligten. Er wollte, daß die deutsche Frage gelöst werde und daß erst dann über ein Europa freier gleichberechtigter Völker zu verhandeln sei. Für ihn stand die Nation als politisches Ziel an erster Stelle.

Am 20. August 1952 verweigert der so schwer geschädigte Körper dem leidenschaftlichen Politiker den Dienst. Er stirbt und wird nach Hannover übergeführt. Hunderttausende, und nicht nur Anhänger der SPD, säumten den letzten Weg des großen sozialen und nationalen Volksführers.

Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen."<<

01.09.1952

Das Lastenausgleichsgesetz (Sonderleistungen für Kriegsbeschädigte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge) tritt am 1. September 1952 in Kraft.

10.09.1952

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichnen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 heißt es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1951-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) berichtet später in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" über die erfolgreichen Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer (x268/209): >>... Als ich mich am Morgen nach meiner Ankunft zum israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion begab, kam er mir in feierlicher Stimmung entgegen und erklärte:

"Du und ich haben das Glück gehabt, zwei Wunder zu erleben – die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich. Der Unterschied ist nur der, daß ich an das Eintreten des ersten Wunders immer geglaubt habe, bis zum letzten Augenblick aber nicht an das zweite."

...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.

Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. –

Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der

BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.

Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

13.09.1952

Papst Pius XII. erklärt am 13. September 1952 zur Kollektivschuld für ein Volk oder Völker (x268/44): >>... Was aber die Verantwortung angeht, so erlauben der Aufbau der modernen Staatsmaschine und die fast unentwirrbare Verkettung der wirtschaftlichen und politischen Dinge es dem kleinen Mann nicht, wirksam auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

20.09.1952

Otto Nuschke (CDU-Abgeordneter der Volkskammer) erläutert am 20. September 1952 während einer Pressekonferenz in Bonn die Stellung des Staatssicherheitsdienstes (x009/421): >>Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer, er ist eine Behörde eigener Verantwortung. Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. ...<<

02.11.1952

Der KPD-Parteivorstand beschließt am 2. November 1952 (x299/170): >>... Nur der unveröhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.<<

Dieser verfassungsfeindliche Beschluß und andere Gründe führen 1956 zum Verbot der KPD.

25.12.1952

Der Nordwestdeutsche Rundfunk überträgt am 25. Dezember 1952 erstmalig das 1. Deutsche Fernsehprogramm.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 25. Dezember 1952 über den Start des bundesdeutschen Fernsehens: >>Fernsehen da: Ein neues Zeitalter beginnt

... Genau eine Stunde und 58 Minuten dauert der erste TV-Abend – mit dabei Irene Koss, Deutschlands erste TV-Ansagerin und Showmaster Peter Frankenfeld.

Die Revolution aus der Röhre kann auf 4.664 genau registrierten Bildschirmen – u.a. von 1.632 Gastwirten, 453 Fabrikanten, 7 Pfarrern, einem Badeanstaltsbesitzer und Bundespräsident Theodor Heuss – empfangen werden.

Ein Fernseher kostet unerschwingliche dreieinhalb Monatslöhne – 1.150 Mark. Die Zuschauer drängeln sich in Kneipen und schauen mit frierenden Füßen in die Schaufenster von Elektroläden. ...<<

1952

Die Zeitung "Le Monde " berichtet im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179):
>>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

18.02.1953

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (8/1953) berichtet am 18. Februar 1953 über das Schicksal der Sowjetzonen-Flüchtlinge: >>Reine Torschlußpanik

Fluchtabwehr-Kommissar Eisler fährt jetzt von Großstadt zu Großstadt, um der unzufriedenen Bevölkerung die Fluchtgedanken auszureden: ... "Es wird allen Flüchtlingen gehen wie ihren Vorgängern, den russischen Kulaken, Spionen und Schiebern. Sie werden in den Bordellen, Zuchthäusern und Fremdenlegionen Westeuropas enden. Ruhelos werden sie von Elendsquartier zu Elendsquartier immer weiter westwärts wandern."

Die SED-Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: "Kehrt zurück!

Alle, die unüberlegt gehandelt haben, können und sollen zurückkehren. Unsere Behörden werden bei der Ausstellung neuer Zuzugsgenehmigungen großzügig sein."

"Wir sind doch nicht verrückt", tippte sich (der ostpreußische) Bauer Eduard Modekat auf die breite Stirn, als er im Notaufnahmелager am Westberliner Salzufer von diesem angeblichen Generalpardon erfuhr. "Wer einmal auf der Flucht ist, kann nicht wieder umkehren."

... Notaufnahmелager am Westberliner Salzufer. Hier kampieren 1.500 Menschen in einer ehemaligen Fabrik.

Es gibt 77 solcher Aufnahmелager auf der Insel Westberlin; manche beherbergen soviel Menschen, wie ein Marktflücken in Vorpommern Einwohner hat. Es kribbelt in den mehrstöckigen Fabrikgebäuden wie in den Waben eines Bienenkorbes. Wer als politischer Flüchtling anerkannt wird, das sind etwa 70 % der Geflüchteten, darf hoffen, bald nach Westdeutschland ausgeflogen zu werden.

Bauer Modekat will viel weiter fliegen: er will in die Weizengegend ... nach Kanada. ... So weit spannt sich im Extrem der Bogen der großen Ost-West-Wanderung, die seit 1945 kein Ende findet.

2 Millionen Menschen sind binnen 7 Jahren aus der Sowjetzone nach Westdeutschland übergelaufen. ...

"Die Sowjetzonen-Machthaber schoben systematisch die unsicheren Kantonisten und sog. Klassenfeinde aus dem Bürgertum, die sie nicht alle einsperren konnten, ab. Es kam aber auch viel menschlicher Schrott und ein großer Teil sozialen Gepäcks - Alte, Kranke, Krüppel." ... Ministerialrat Senteck schüttelte oft den Kopf: "Wir sind doch keine Pensionskasse."

Die Fluchtwelle lief synchron mit den Maßnahmen des SED-Politbüros zur Umschichtung der Gesellschaftspyramide, entsprechende dem ökonomischen Strukturwandel (Zerschlagung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung der Großbetriebe und des Handels) nach Jahresplänen. ... Mit den Bauern flüchten viele Landarbeiter, selbständige Handwerker, flüchten Industriearbeiter und flüchten in zunehmendem Maße seit Wochen die "Garanten der Zukunft", die so intensiv geschulten und dennoch ablehnenden Jugendlichen. ...

"Es ist reine Torschlußpanik", deutet der Leiter des Notaufnahmeverfahrens, Dr. Zimmer, die neue Welle. "Die Menschen fürchten, daß ihnen in kurzer Zeit auch der letzte Fluchtweg aus der DDR verriegelt wird, nachdem bereits im vergangenen Jahr längs der ganzen Zonengrenze von Travemünde bis Hof eine dichtbesetzte breite Sperrzone angelegt worden ist." ...

Wie aber will der überfüllte Westen mit seiner konjunkturellen und strukturellen Arbeitslosigkeit den permanenten Menschenstrom verkraften? Täglich spülen die Züge aus der Sowjetzone weitere 1.000 bis 1.500 Menschen vor die Tore Westberlins. ...

Senator Bach trommelte: "Berlin ertrinkt in einer infektiösen Flut", bis er die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer soweit hatte, ... monatlich etwa 30.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Damit glaubt Senator Bach, endlich auch die nicht anerkannten "ewigen Flüchtlinge" langsam loszuwerden. Sie vagabundieren z.T. schon jahrelang in Westberlin.

"Zurück in die Sowjetzone will keiner, obwohl diese Menschen hier fast rechtlos sind (kein Arbeits- und Wohnrecht besitzen) und von einer sehr schmalen Sozialunterstützung leben. Ruhelos wandern sie durch die hellerleuchteten Geschäftsstraßen der Stadt und bleiben vor den lockenden Schaufenstern der Luxusläden stehen. Ist es ein Wunder, wenn sich der Neid in ihnen regt?

Viele der Nichtanerkannten nächtigen in Ruinen und Wartesälen. Sie nehmen in der Stadt der 300.000 Arbeitslosen Schwarzarbeit zu jedem Tarif an, und aus mancher FDJ-Aktivistin oder sowjetzonalen Arbeitsmaid wurde sehr bald ein "Fräulein".

Wieviel "illegale Flüchtlinge" Westberlin beherbergt, weiß niemand ganz genau. ...

Auch Bundeskanzler Adenauer kam nach Westberlin, um das Flüchtlingseiland nahebei zu besehen und den deutschen Brüdern und Schwestern im Osten das stereotype "Haltet aus!" zuzurufen. Er schreckte sie aber mit der Tatarennachricht, die Russen würden demnächst Mongolen und Chinesen in der DDR ansiedeln und die deutschen Menschen samt und sonders nach und nach verdrängen. ...

Den meisten Anklang bei den Sowjetzonen-Bauern fand Kanadas Botschafter Davis. Er bemüht sich, ihnen das Tor zu unerschlossenen Weiten seines Heimatlandes aufzustoßen. ...

Die Flüchtlinge haben inzwischen gemerkt, daß sehr stark sortiert wird. Familienväter mit mehr als einem Kind haben keine Chance. Wer angenommen wird - hauptsächlich junge Leute -, wird kostenlos verfrachtet, muß sich aber verpflichten, mindestens ein Jahr in der Landwirtschaft zu arbeiten. ...<<

27.02.1953

In einem deutsch-amerikanischen Abkommen verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland am 27. Februar 1953 zur teilweisen Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe (Marshall-Plan).

In den folgenden 30 Jahren sollen 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/156).

Im Londoner Abkommen einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernimmt als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigt 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden werden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg werden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Das "Universal Lexikon" berichtet später über das "Londoner Schuldenabkommen" (x848/...):
>>Londoner Schuldenabkommen, das am 27.2.1953 auf der Grundlage der Londoner Schuldenkonferenz (Londoner Konferenzen und Vereinbarungen) geschlossene Abkommen über die deutschen Auslandsschulden.

Es enthält multilaterale Vereinbarungen über die deutschen Vorkriegsschulden zwischen der Bundesrepublik Deutschland (als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches) und den USA,

Großbritannien, Frankreich, der Schweiz u.a.; die bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als 90 % der Forderungen.

Über die Nachkriegswirtschaftshilfe wurden zwischen den Gläubigerländern (USA, Großbritannien, Frankreich und Dänemark) und der Bundesrepublik zweiseitige Rückzahlungsverträge abgeschlossen. Die Vorkriegsschulden hatten den Gegenwert von 13,5 Mrd. DM (Goldbasis); davon wurden 6,2 Mrd. DM erlassen. Ebenso wurden die Nachkriegsverpflichtungen im Gegenwert von 16 Mrd. DM auf 7 Mrd. DM gekürzt. Diese reduzierten Beträge bilden die Basis für die Berechnung der jährlichen Tilgung und Zinszahlung.

Die Zinszahlungen (jährlich 567 Mio. DM) wurden am 1.4.1953, die Tilgung (jährlich 198 Mio. DM) am 1.4.1958 wieder aufgenommen. Die Fälligkeitstermine der Anleihen wurden zum Teil bis 1994 hinausgeschoben. Die vom Bund zu bedienenden Auslandsanleihen des Deutschen Reichs (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Kreuger-Anleihe) entsprechen rd. 25 % der deutschen Vorkriegsschulden.

Weiterhin behandelte das Abkommen private Anleihen, Stillhalteschulden sowie Forderungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und privaten Kapitalverkehr.

Das Londoner Schuldenabkommen förderte die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik, schuf die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Auslandsvermögens und war unabhängig von der etwa gleichzeitig mit Israel getroffenen Vereinbarung über eine Gesamtleistung der Bundesrepublik Deutschland von 3,5 Mrd. DM in Sachlieferungen.

Die Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen sind durch vorzeitige Schuldentilgung im Wesentlichen seit 1980 erfüllt. (Reichsschulden).<<

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtet später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... In den Jahren der Weimarer Republik flossen erhebliche Mengen Kapitals aus dem Ausland nach Deutschland. Das führte nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur zu den sprichwörtlichen "goldenen zwanziger Jahren", sondern vor allem zur Stabilisierung der Macht der Konzerne, ihrer Profite und des deutschen Rüstungspotentials.

Die im Zuge mehrerer Anleihen vom Deutschen Reich, vom Staat Preußen und öffentlichen Körperschaften aufgenommenen Kredite waren bis 1939 nicht zurückgezahlt. Während des Krieges erfolgten keine Rück- oder Zinszahlungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten zunächst auch keine Zahlungen. Das Reich existierte nicht mehr, es gab keine deutsche Stelle, die hätte Tilgung oder Zinszahlung vornehmen können. Als die Adenauer-Regierung nach Gründung des westdeutschen Separatstaates den Anspruch auf Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, blieb es der Bonner Regierung vorbehalten, diese Auslandsschulden samt Zinsen zu übernehmen.

Bundeskanzler Adenauer erkaufte sich die Legitimation seiner Regierung in der westlichen Welt durch die Übernahme aller Auslandsschulden des Deutschen Reichs aus der Vorkriegszeit.

Die Hohe Kommission der drei Westmächte forderte am 23. Oktober 1950 die Bundesregierung schriftlich auf, formell die Haftung für die Auslandsschulden des früheren Deutschen Reichs zu übernehmen. Dem Schreiben war der Entwurf einer entsprechenden Schuldenerklärung der Bundesrepublik beigelegt. Änderungen am Wortlaut seien nicht erwünscht.

Die Westmächte wollten möglichst schnell per Notenwechsel die Zusage auf Schuldenübernahme. Auch Adenauer wollte dies rasch erledigt haben. Allerdings gab es auf deutscher Seite, selbst in der CDU-Führung und bei der Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank, Widerstand gegen Vorgaben der Alliierten. Strittig war nicht die pauschale Zusage zur Schuldenübernahme, sondern waren Verfahrensfragen.

Nach vielen Verhandlungen kam es schließlich am 6. März 1951 zum gewünschten Notenaustausch und der weitgehend von den Hohen Kommissaren auf dem Bonner Petersberg formu-

lierten Schuldenerklärung.

Darin hieß es: "Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet, einschließlich der später zu Verbindlichkeiten des Reiches zu erklärenden Schulden anderer Körperschaften, sowie für die Zinsen und anderen Kosten für Obligationen der österreichischen Regierung, soweit derartige Zinsen und Kosten nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind."

Im weiteren brachte die Bundesregierung "ihren Wunsch zum Ausdruck, den Zahlungsdienst für die deutsche äußere Schuld wieder aufzunehmen".

Die Erklärung erstreckte sich auch auf die Nachkriegsschulden aus der westlichen "Wirtschaftshilfe" für Westdeutschland. Entscheidend aber war, daß die Bundesrepublik, die den Anspruch der alleinigen Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, juristisch die Verantwortung für dessen Auslandsschulden tragen wollte. ...

Die Arten und die Höhe der zu begleichenden Schulden, Zahlungs- und andere Modalitäten wurden dann auf der Londoner Schuldenkonferenz ausgehandelt. Verhandlungsführer seitens der Bundesrepublik war der Adenauer-Intimus Hermann Josef Abs, zuvor eine der wesentlichen Figuren innerhalb der monopolkapitalistischen Strukturen des deutschen Faschismus.

Nach diversen Vorverhandlungen begann am 28. Februar 1952 die Hauptkonferenz zur Regelung der deutschen Schuldenfrage. Es ging darum, die Begleichung der öffentlichen Verbindlichkeiten des "Reichs", auch der privaten Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit, zu regeln; darüber hinaus um die Rückzahlung der nach dem Krieg in die Westzonen und Bundesrepublik geflossenen Kredite sowie um den Ausgleich für die Aufwendungen Dänemarks bei der zeitweiligen Aufnahme von deutschen Flüchtlingen nach Kriegsende.

Bei den zur Debatte stehenden Schulden handelte es sich nicht um Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg. Reparationen waren bis 1932 abbezahlt bzw. die Siegermächte hatten, nach wiederholten Neufestlegungen der Höhe und Zahlungstermine, die Beendigung von Reparationszahlungen auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932 hinnehmen müssen.

Nun ging es darum, jene Kredite aus der Zeit der Weimarer Republik abzuwickeln, die z.B. im Zusammenhang mit dem Dawes- und dem Young-Plan, teilweise durch mehrere Stillhalteabkommen gestundet, im Krieg nicht bedient und getilgt worden waren, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen.

Natürlich war die Bonner Verhandlungsdelegation bemüht, die Höhe der zu begleichenden Altschulden möglichst niedrig anzusetzen. Die am 15. März 1945 von der damaligen Reichsschuldenverwaltung im Reichsanzeiger angegebenen (nach den seinerzeitigen Börsenkursen) 1.341,8 Millionen Reichsmark konnten nicht gelten. Auch setzte man darauf, daß die ausländischen Gläubiger die Hoffnung auf volle Rückzahlung längst aufgegeben hätten. Schließlich sollte ein Zahlungsmodus ausgehandelt werden, der den wieder erstarkenden Konzernen in Westdeutschland genehm war.

Eine bedeutende Rolle spielte das Argument, daß die Bundesrepublik wegen erheblicher "Gebietsverluste" nur begrenzt Zahlungsfähigkeit besäße, daß "wichtige Reichsteile weiter abgetrennt" seien (Hermann Josef Abs). Die territoriale Beschränkung der Herrschaftsgewalt der Bundesregierung müsse berücksichtigt werden. Adenauer hatte schon in der Schuldenerklärung vom März 1951 hierauf verwiesen, und die Westmächte hatten dies in ihrer Antwortnote auch ausdrücklich bestätigt.

Im Ergebnis der mehrmonatigen Verhandlungen wurden als Gesamtverbindlichkeit der BRD 13,73 Milliarden DM vereinbart. Die Vorkriegsschulden wurden auf 7,3 Milliarden DM festgesetzt. Für diese Schulden waren auch die Zinssätze reduziert worden.

Abs erklärte auf der abschließenden Sitzung der Hauptkonferenz am 8. August 1952, die deutsche Seite habe gewiß nicht die Absicht verfolgt, "von lästigen Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit freizukommen". Es sei ihr um die Erfüllung der vertraglichen Rechte, nicht um

die billigste Lösung gegangen. ...

Das mit seinen Einzelverträgen, Anhängen und Anlagen mehrere hundert Seiten umfassende Londoner Schuldenabkommen wurde schließlich am 27. Februar 1953 unterzeichnet.

Neben dem Abkommen über die deutschen Auslandsschulden wurden die Ansprüche der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus der an Westdeutschland geleisteten Nachkriegswirtschaftshilfe geregelt sowie zwei weitere spezielle Abkommen zwischen der BRD und den USA getroffen. Zuvor war mit Dänemark die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1949 vereinbart worden.

Das Londoner Schuldenabkommen über deutsche Auslandsschulden trägt die Unterschriften von BRD, USA, Großbritannien und Frankreich (Signatarstaaten) sowie 15 weiterer Staaten - von Belgien über Ceylon, Liechtenstein, Luxemburg und Pakistan bis Südafrika, um nur einige zu nennen. 70 westliche oder neutrale Staaten waren eingeladen, sich dem Abkommen anzuschließen, "Ostblockstaaten" waren nicht dabei.

Nach Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden durch die vier Signatarstaaten trat das Abkommen am 16. September 1953 in Kraft.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg.

In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".

Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.

Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen.

Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten".

Im Hinblick darauf, daß die noch zurückzuzahlenden Kredite in der Weimarer Republik dazu gedient hatten, die deutsche Wirtschaft - und das hieß, die Konzerne für neue Profite und ihr Rüstungspotential - zu stärken, betonte er, daß das deutsche Volk nichts zu tun haben will "mit der Rückzahlung von Rüstungsgeldern, die in den zwanziger Jahren den Krupp und Thyssen zur Vorbereitung des Krieges geleistet wurden".

Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern".

"Dieser Neubeginn fällt zeitlich zusammen mit dem Zeitpunkt, in dem sich Deutschland anschickt, seine Souveränität wiederzugewinnen und sich in eine neu zu schaffende europäische Ordnung als gleichberechtigter Partner einzufügen", so der Abgeordnete Hermann Kopf.

Die zweite und dritte Lesung ging am 2. Juli 1953 nur mit Schwierigkeiten über die Bühne. Das Abkommen mit Frankreich wurde zunächst mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Mit einem Trick erwirkte man eine Wiederholung der Abstimmung, die dann eine Zustimmung brachte. Damit war auch das ganze Gesetzeswerk "gerettet". Frankreich und Großbritannien hatten bereits ratifiziert.

In den USA dauerte es noch, weil im Senat ziemliche Unkenntnis über die Situation in Europa herrschte und offenbar das Abkommen einigen Senatoren als zu großzügig gegenüber den Deutschen erschien. Letztlich aber waren in den USA politische Motive ausschlaggebend, die BRD nicht zu sehr mit Schulden zu belasten.

Ein ausgepowertes, wirtschaftlich am Boden liegendes Deutschland wäre "der sicherste Weg, die Deutschen in die Arme der Russen zu treiben", resümierte der Leiter des Senatsausschusses für Außenpolitik, Alexander Wiley. ...

Dank Marshall-Plan und der Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard ("Wirtschaftswunder") beim Wiederaufbau nach den katastrophalen Kriegszerstörungen gelang es der BRD entgegen aller pessimistischen Prognosen relativ problemlos, die in London festgesetzten Zahlungen zu leisten - bis auf einen als "Schattenquote" geführten Rest von etwa 250 Millionen DM. Begünstigend war, daß die Sätze der rückständigen Zinsen im Abkommen von sieben auf fünf Prozent (Dawes-Anleihe) und von 5,5 auf 4,5 Prozent (Young-Anleihe) bzw. von sechs auf vier Prozent (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe genannt) gesenkt worden waren.

Die vorrangig zu bedienenden Nachkriegsschulden waren bis 1961 (Großbritannien und Frankreich) bzw. 1966 (USA) abbezahlt. Die durch die früheren Stillhalteabkommen gestundeten Beträge wurden schon bis Ende 1954 gezahlt. Bis Ende 1960 war mehr als ein Drittel der Vorkriegsschulden abgegolten. Bis 1980 waren alle festgelegten Zahlungspflichten erfüllt (1969 war die Dawes-Anleihe, 1980 die Young-Anleihe fällig geworden). Offen war noch die "Schattenquote". Das waren die Zinsforderungen aus den bereits zurückbezahlten Anleihen für die Zeit vom 8. Mai 1945 bis 1952, insgesamt etwa 250 Millionen DM.

Der damalige Vizekanzler Franz Bücher (FDP) wollte für diese Zeit bis zum Beginn der Schuldenkonferenz eigentlich gar keine Zinsberechnung, weil in dieser Periode die Alliierten die politische Macht ausübten, den Deutschen deshalb keine Versäumnisse anzulasten seien. Aber in den Verhandlungen wurde entschieden, diese Zinsforderungen als "Schattenquote" bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auszusetzen. Damit sollte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Bonn nicht über ganz Deutschland regierte. ...<<

28.02.1953

Eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert am 28. Februar 1953 den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

11.03.1953

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1953) veröffentlicht am 11. März 1953 einen Kommentar des Radiomoderators Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) vom 14. Februar 1953 über "Selbstmörderische Humanität): >>...

Sie wissen, daß im Laufe des Januars mehr als 30.000 Menschen aus der Ostzone geflüchtet sind, die Unregistrierten nicht gerechnet.

360.000 Flüchtlinge im Jahr – das bedeutet die Notwendigkeit, für mindestens 120.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schaffung eines Arbeitsplatzes kostet, wie das Ministerium Blücher in Bonn mitteilt, etwa 10.000 Mark – Arbeitsplätze für 120.000 Arbeitsplätze kosten also 1,2 Milliarden. Für 360.000 Flüchtlinge Wohnungen zu bauen, eine Wohnung für durchschnittlich 4 Personen, also 90.000 Wohnungen zu je 15.000 Mark – auch diese Zahl stützt sich auf amtliches Material -, 90.000 Wohnungen zu bauen kostet 1,35 Milliarden. ...

Die direkte und indirekte Hilfe für Berlin beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden, ohne daß damit etwa eine finanzielle und wirtschaftliche Sanierung der Stadt möglich wäre. –

Wir haben in der Bundesrepublik eine bleibende Anzahl von einer Million Arbeitslosen - sie bleibt, obgleich Jahr für Jahr die Anzahl der Beschäftigten zunimmt und obgleich sie längst höher ist, als sie jemals war. Sie kann nicht geringer werden, solange der Strom aus dem Osten fließt. Sie kann ebensowenig geringer werden wie die Reihe von Milliardenzahlen, die ich Ihnen eben genannt habe. ...

Eine solche Belastung hielte auf die Dauer kein Staat der Welt aus – kein Staat und kein verantwortliches Ministerium. Das schafft nur Jakob Kaiser. -

Amerika mit dreimal mehr Menschen und fünfzehnmal größeren Etat erlaubt in jedem Jahr 154.000 Menschen die Einwanderung - und diese 154.000 sind ausgesucht nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie sind gesiebt und durchleuchtet, begutachtet und kontrolliert.

Wir aber, voll selbstmörderischer Humanität, nehmen mehr als doppelt so viele auf, obgleich nur 3 % von ihnen echte politische Flüchtlinge sind, die wirklich wegen Gefährdung von Freiheit und Leben fliehen.<<

19.05.1953

Am 19. Mai 1953 tritt das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge ("Bundesvertriebenengesetz") in Kraft.

Dieses Gesetz (BVFG) regelt offene Rechtsstellungs- und Eingliederungsfragen. Es schafft eine bundeseinheitliche Regelung, wer Heimatvertriebener, Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling ist und gibt Richtlinien für weitere Eingliederungsmaßnahmen (Ergänzung zum Lastenausgleichsgesetz und den z.T. außer Kraft gesetzten Landesflüchtlingsgesetzen).

Nach dem Bundesvertriebenengesetz werden z.B. unterschieden:

1. Heimatvertriebene und Vertriebene, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch Ausweisungsmaßnahmen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie ("A-Ausweis") oder aus dem Ausland vertrieben wurden ("B-Ausweis");
2. Flüchtlinge, die aus dem Gebiet der SBZ (DDR) in die Bundesrepublik Deutschland kommen ("C-Ausweis").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetzonen-Flüchtlinge" (x009/131): >>... Nach dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 gilt als "Sowjetzonen-Flüchtling": ein deutscher Staatsangehöriger, der seinen Wohnsitz in der SBZ oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat.<<

03.06.1953

Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Juni 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/127-128): >>3. Juni 1953 ... Friedland ist schöner geworden. Wenn der Ausdruck "schön" für ein Lager überhaupt gebraucht werden kann.

Aber Lagerleiter Dr. Freßen hat es durchgesetzt, daß endlich die alten Nissenhütten zum gro-

ßen Teil verschwinden und Holzbaracken an deren Stelle treten. Wege werden angelegt oder befestigt, Grünflächen geschaffen und Bänke mit Sonnenschirmen aufgestellt, Kinderspielplätze warten auf kleine Besucher und an allen Ecken und Enden wurde und wird gestrichen.

...

Aber die Um- und Neubauten deuten auch darauf hin, daß dieses Lager weiter bestehen wird. Noch lange. Denn es warten noch so viele Deutsche ... darauf, heimkehren zu dürfen. ...

"Fliehen müssen und sich heimatlos fühlen ist das schlimmste Los, das einem Menschen zuteil werden kann", sagte gestern Lagerpfarrer Krahe.

"Es ist ein Verbrechen gegen das Naturrecht, Menschen die Heimat zu nehmen, sie einfach davonzujagen, sie für vogelfrei zu erklären. Kein Mensch dieser Erde hat das Recht, einem anderen die Heimat streitig zu machen und ihn mit Gewalt von seiner Scholle zu vertreiben."

...<<

25.06.1953

Der Bundestag beschließt am 25. Juni 1953 ein neues Wahlgesetz.

Künftig müssen die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.

Die "5 %-Klausel" soll vor allem den Einzug von kleineren Parteien ins Parlament verhindern und klare Mehrheiten ermöglichen.

20.07.1953

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) enthüllt am 20. Juli 1953 im Innenhof des Bendlerblocks ein Ehrenmal, daß an den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime erinnern soll.

Das Mahnmal (Bronzefigur eines jungen Mannes mit gebundenen Händen) trägt folgende Inschrift (x102/64):

>>Ihr trugt die Schande nicht –

Ihr wehrtet Euch –

Ihr gabt das große ewig wache Zeichen der Umkehr –

Opfernd Euer heißes Leben –

für Freiheit, Recht und Ehre.<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 20. Juli 1953 (x095/156): >>... "Le Monde" ist schon seit einiger Zeit außerordentlich gehässig gegenüber Deutschland. Als ich in Paris war, sagte man mir, daß gewisse Gelder dahintersteckten. Selbstverständlich habe ich die von ihr wiedergegebene Äußerung nicht gemacht.

Ich habe immer, wenn ich von den Gebieten jenseits der Oder/Neiße sprach, aufgeführt, daß eine friedliche Verständigung zwischen einem freien Polen und Deutschland zur gegebenen Zeit herbeigeführt werden müsse. Ich könnte mir da verschiedene Möglichkeiten denken.

Es ist eine völlig Unwahrheit, wenn die Zeitung behauptet, daß für uns die Europäische Verteidigungsgemeinschaft allein das Mittel sei, sicher und schnell diese Provinzen ... zurückzugewinnen. ...<<

24.07.1953

Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1953 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 23,3 Milliarden DM entfallen 33,0 % auf Sozialleistungen und 31,3 % auf Besatzungskosten. ...<<

04.08.1953

Der 17. Juni wird am 4. August 1953 durch ein Bundesgesetz zum Nationalfeiertag ("Tag der deutschen Einheit") erklärt (x101/34): >>Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher

zum Symbol der deutschen Einheit geworden. ...<<

07.08.1953

Die Bundesregierung erläßt am 7. August 1953 ein Fremdrenten- und Ausländergesetz, um die Entschädigung nicht realisierbarer Versicherungsansprüche von ausländischen Flüchtlingen aus Osteuropa zu regeln.

06.09.1953

Bei der 2. Bundestagswahl am 6. September 1953 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 %, FDP = 9,5 %, BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %, Sonstige = 5,1 %.<<

September 1953

Die Bundesregierung beschließt im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhebt.

Hierzu zählen z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

20.10.1953

Bundeskanzlers Konrad Adenauer bildet nach seiner Wiederwahl am 20. Oktober 1953 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und BHE.

21.11.1953

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 21. November 1953 (x095/163-166): >>... Die Wiederaufrichtung Preußens verlangt kein irgendwie maßgebender vernünftiger Mensch.

Die Ausführungen des Herrn Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages) sind das Produkt eines politisch nicht gereiften Menschen. ...

In Wirklichkeit – ich glaube, ich brauche das Ihnen wohl gar nicht zu sagen – ist Frankreich keine europäische Großmacht mehr und wird von den beiden anderen nur mitgenommen. Es kann erst wieder zu Bedeutung kommen, wenn es in die europäische Gemeinschaft hineingeht und in ihr sich wieder seiner Kraft bewußt wird. Ich bitte Sie, auch zu bedenken, daß die Lösung der Saarfrage in französischem Sinne ein großes, sehr großes Opfer bedeuten würde. Es wird großer Schwierigkeiten bedürfen, eine Lösung, die vom deutschen Volke akzeptiert wird, zu finden.

Wenn die EVG und damit die europäische Gemeinschaft nicht zustande kommt, fürchte ich einen sehr bösen Rückschlag in der psychologischen Haltung des deutschen Volkes.

Ich bin ehrlich erschrocken darüber, wie stark die Stimmung in Frankreich seit den Tagen Schumans, insbesondere seit 1950, sich geändert hat. Ich glaube, das ist darauf zurückzuführen, daß seit 1950 das deutsche Volk wieder erstarkt ist. ...<<

1953

Im Jahre 1953 werden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 leben in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besitzen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen sind Untermieter (x038/481-482).

07.04.1954

Der Bundestag lehnt den Souveränitätsanspruch der "DDR" am 7. April 1954 einstimmig ab (x156/7): >>Der Deutsche Bundestag erklärt, daß das deutsche Volk sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen wird.

Er wiederholt die Feststellung, daß das kommunistische Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nur durch Gewalt existiert und keine Vertretung des deutschen Volkes ist. Die Bundesregierung als einzige demokratisch und frei gewählte deutsche Regierung ist allein berechtigt, für alle Deutschen zu sprechen.

An dieser oft bekundeten Stellungnahme hat sich durch die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 25. März 1954 nichts geändert.<<

26.05.1954

Die Bundesregierung verkündet am 26. Mai 1954 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1954 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 24,2 Milliarden DM entfallen 31,9 % auf Sozialleistungen und 33,2 % auf Besatzungskosten.<<

Ein US-Gericht der Alliierten Hochkommission verurteilt am 26. Mai 1954 den Leiter des tschechischen Lagers Budweis, Vaclav Hrneck (der nach Westdeutschland geflohen war), zu 8 Jahren Freiheitsentzug (x025/59).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über dieses Urteil (x028/143): >>... Das Gericht begründete sein Urteil – acht Jahre Freiheitsentzug - mit der bewiesenen Tatsache, daß Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden und - wenn auch ohne Gaskammern und systematische Liquidation der Menschen - ein Schreckensort gewesen war, wo Menschenleben und Menschenwürde nichts galten.

Das Gericht wies dann hin auf die Unparteilichkeit demokratischer Rechtsverfahren, die einen Mann wie Hrneck bestrafen müsse, wenn auch alle seine Opfer Deutsche gewesen waren - und zwar schwer bestrafen, um vom Sadismus abzuschrecken.<<

27.05.1954

In Paris unterzeichnen die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs am 27. Mai 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft -EVG- (x155/45).

15.07.1954

Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Juli 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/137): >>15. Juli 1954. Fast 500 Sträflinge aus dem Zuchthaus Waldheim wurden in Friedland empfangen, registriert, versorgt, weitergeleitet.

Es waren stille Menschen ohne viele Worte. Verschlossen, mißtrauisch, scheu – so kamen sie an, so gingen sie weiter.<<

17.07.1954

Bundespräsident Theodor Heuss wird am 17. Juli 1954 zum 2. Mal gewählt.

20.07.1954

Bundespräsident Theodor Heuss würdigt am 20. Juli 1954 während einer Gedenkrede die Opfer der deutschen Widerstandsbewegung und erklärt, daß die Scham, in die Hitler alle Deutschen gezwungen hätte, durch das Blut der Widerstandskämpfer vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt wurde.

30.08.1954

Die französische Nationalversammlung verwirft am 30. August 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Der EVG-Vertrag sieht eine vollständige Integration der Soldaten und Kriegsmaterial sowie ein Aufgehen der nationalen Armeen in eine europäische Armee vor (x155/45).

03.10.1954

In der Schlußakte der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (28. September bis 3. Oktober 1954) wird die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem bestätigt (x156/81).

18.10.1954

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 18. Oktober 1954 an den US-Politiker McCloy – von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/179-180): >>... Das Zustandekommen des Londoner Abkommens ist zweifellos durch die tatkräftige Unterstützung der amerikanischen Regierung entscheidend gefördert worden. Ich darf dies mit Dankbarkeit feststellen.

Über diesem bedeutenden außenpolitischen Erfolg soll jedoch nicht vergessen werden, daß die Wiederbewaffnung dem deutschen Volke neue schwere finanzielle Lasten aufbürdet. Dieses wiegt um so schwerer, weil es trotz aller vom Ausland anerkannten Anstrengungen noch nicht gelungen ist, alle in das Bundesgebiet eingeströmten Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik einzugliedern. Die Aufgabe wird durch den laufenden Zustrom neuer Flüchtlinge aus der Sowjetzone noch weiter erschwert.

Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß dieses Problem mit deutschen Mitteln allein nicht gelöst werden kann. Die Bundesrepublik ist, wenn das immer noch bestehende Elend vieler Vertriebenen und Flüchtlinge beseitigt werden soll, auf die finanzielle Hilfe des Auslandes angewiesen.

Ich darf mir daher die Bitte erlauben, daß Sie Ihren weitreichenden Einfluß geltend machen möchten, um der Bundesrepublik eine amerikanische Anleihe zu beschaffen, die mit dazu beitragen könnte, das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem bald und endlich zu lösen. Hierbei danke ich an eine Anleihe in der Größenordnung von etwa 100 Mio. Dollar. Ich darf dabei der Überzeugung Ausdruck geben, daß auch Sie es aus vielerlei Gründen als notwendig ansehen werden, daß eine Lösung des Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems in Aussicht steht, wenn man an den Aufbau deutscher Streitkräfte herangeht. ...<<

23.10.1954

Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wird der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert.

Die westlichen Siegermächte beschließen ein "Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes" in der Bundesrepublik Deutschland und wandeln den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden 1954 Mitglieder der WEU.

Die Pariser Verträge regeln ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO).

Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichnen in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut" (politische Autonomie, aber völkerrechtliche Vertretung durch die Westeuropäische Union und wirtschaftliche Bindung an Frankreich).

27.10.1954

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1954) berichtet am 27. Oktober 1954 über die Sowjetzonenflüchtlinge: >>Wer flieht, ist schuld

Das Landesverwaltungsgericht in Köln und der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn haben in zwei Entscheidungen kundgetan, was Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone im freien Westen alles passieren kann. Der Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes hat sich dabei als eine scharfe Waffe gegen Zonenflüchtlinge erwiesen.

Paragraph 3: Sowjetzonenflüchtling:

(1) Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Eine besondere Zwangslage ist vor allem dann gegeben, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit vorgelegen hat. Wirtschaftliche Gründe allein rechtfertigen nicht die Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling.

Das Landesverwaltungsgericht Köln hatte über den Antrag eines Sowjetzonenflüchtlings zu entscheiden, der als solcher anerkannt werden und damit in den Genuß einschlägiger Hilfen kommen wollte. Das Gericht urteilte:

"... Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist nur derjenige Sowjetzonenflüchtling, der flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen. Der Kläger hat aber als Angehöriger der LDP - einer Regierungspartei der Ostzone - die dortigen Zustände selbst zu vertreten. Er trägt mit seinen Gesinnungsgenossen die Verantwortung dafür, daß die Zustände in der Sowjetzone so sind, wie sie gegenwärtig sind."

"Nur dadurch, daß die sogenannten bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone die sogenannte Blockpolitik der SED mitmachen, konnte die Diktatur der SED aufgerichtet und aufrechterhalten werden. Nur auf diese Weise konnte dem In- und Ausland vorgetäuscht werden, daß das Sowjetzonenregime ein demokratisches Regierungssystem sei ... Das haben die Anhänger dieser Parteien zu vertreten ... Von einer durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage (für die Flucht des Klägers aus der Sowjetzone) kann nicht gesprochen werden ..."

Der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn entschied in einem anderen Fall unter dem Aktenzeichen A. Z. 445/21: "... Die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling kann weder bei Ihnen noch bei Ihrer Frau anerkannt werden. Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist Sowjetzonenflüchtling, wer seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone hatte und von dort fliehen mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat."

"Wie Sie in Ihrem Antrag angeben, haben Sie Informationen über die russische Besatzungsmacht an eine westliche Besatzungsmacht weitergegeben. Diese von Ihnen ausgeübte Tätigkeit wird in jedem Rechtsstaat verfolgt und ist somit mit der Bestimmung des Paragraphen 3, daß als Sowjetzonenflüchtling u.a. nur anerkannt werden kann, wer nicht gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstößt, nicht in Einklang zu bringen. Das Verlassen der sowjetischen Besatzungszone ist daher von Ihnen selbst zu vertreten. Aus diesen Gründen kann die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling nicht anerkannt werden ..."

Nach diesen beiden Entscheidungen dürfte kein Bewohner der Sowjetzone es wagen, nach dem Westen zu fliehen,

- wenn er in der DDR einer politischen Partei angehört hat.

- wenn er in der Sowjetzone aktiv für eine westliche Besatzungsmacht - etwa über den Gehlendienst - gearbeitet hat.

Ein parlamentarisches Nachspiel ist zu erwarten.<<<

25.01.1955

Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgen später diesem Beispiel (x009/50).

30.01.1955

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 30. Januar 1955 (x095/190): >>... Ich habe keine Zweifel, daß in den Abstimmungen hinsichtlich der Frage der Souveränität, des Eintritts in die Westeuropäische Union und des Beitritts zur NATO gute Mehrheiten erzielt werden.

Die Dinge liegen etwas anders beim Saarabkommen. Hier bestehen noch manche Schwierigkeiten. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich dagegen, aber auch innerhalb der Koalition gibt es noch starke Gruppen, die dem Saarstatut ablehnend gegenüberstehen.

Ich hoffe, daß es in der Zwischenzeit gelingt, noch manche Abgeordnete der Koalition von der

Notwendigkeit dieses Abkommens zu überzeugen, glaube aber, daß es nur mit geringer Mehrheit den Bundestag und Bundesrat passieren wird. ...<<

09.02.1955

Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 9. Februar 1955 an Nahum Goldmann (x095/-192-193): >>... Mir sind die Klagen bekannt, zu denen besonders auch im Ausland der schleppende Gang der individuellen Wiedergutmachung Anlaß gegeben hat. ...

Auf dem Gebiet der Rückerstattung müssen die gegen das frühere Deutsche Reich gerichteten Geldansprüche, worauf Sie mit Recht hinweisen, noch geklärt werden. ...

Auf dem Gebiete der Entschädigung sind bis zum 30. September 1954 auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes insgesamt 888.192.148 DM gezahlt worden. Dazu kommen noch die Leistungen auf Grund verschiedener Einzelregelungen wie z.B. Bundesgesetz über die Wiedergutmachung für die Beamten des öffentlichen Dienstes ...<<

18.02.1955

Die polnische Regierung beendet am 18. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

27.02.1955

Der Deutsche Bundestag verabschiedet am 27. Februar 1955 die Gesetze über das "Saarstatut" und die "Pariser Verträge".

28.02.1955

Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert am 28. Februar 1955 die Annahme des Saarstatuts (x155/49): >>Die Bundesrepublik als Teil Deutschlands ist nicht berechtigt, Verträge über einen anderen Teil Deutschlands abzuschließen.

Das Abkommen verstößt gegen das deutsche Staatsrecht und ist daher aus doppeltem Grunde nichtig. ...<<

01.04.1955

Karl Wilhelm Fricke wird am 1. April 1955 durch den Staatssicherheitsdienst (SSD) aus West-Berlin entführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Menschenraub" durch den Staatssicherheitsdienst (x009/284): >>Der Staatssicherheitsdienst (SSD) hat mit Hilfe gedungener krimineller Elemente wiederholt das Verbrechen des Menschenraubes begehen lassen, um SBZ-Flüchtlinge oder Personen, die in der Bundesrepublik oder in Berlin West aktiv gegen das Unrechtsregime in der Zone tätig waren, in die Hände zu bekommen.

Die dabei angewendeten Methoden reichen bis zur Giftbeibringung und zum brutalen Überfall auf der Straße. Einige Opfer dieser Menschenraub-Aktionen des SSD sind inzwischen nach langjähriger Haft in den Westen zurückgekehrt (Alfred Weiland, Karl Wilhelm Fricke) und haben im einzelnen über die Taktik des SSD bei der Vorbereitung und Durchführung des Menschenraubes berichtet. Öffentliche Gerichtsverhandlungen fanden nicht statt.

Die West-Berliner Polizei hat seit Herbst 1949 allein 196 Fälle von Menschenraub im Auftrag des SSD registriert. Besonders schwere Fälle waren die Verschleppung des Journalisten Alfred Weiland (1950 in West-Berlin: Überfall auf der Straße), des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Walter Linse (1952 in West-Berlin; Überfall auf dem Wege ins Büro), des Vorsitzenden der russischen Emigranten-Organisation NTS, Dr. Truchnowitsch (1954 in West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung), des aus der SBZ geflüchteten ehemaligen SSD-Kommissars Silvester Murau (1955 mit Hilfe der Tochter aus der Bundesrepublik verschleppt), des ebenfalls aus der SBZ geflüchteten ehemaligen Inspektors der Volkspolizei Robert Bialek (1956 aus West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung) und des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Erwin Neumann (1958 beim Segeln auf dem Wannsee in West-Berlin).

Einige der im Auftrage des SSD tätig gewordenen Verbrecher wurden gefaßt und vom West-

Berliner Landgericht verurteilt: Knobloch (Fall Dr. Linse) zu 10 Jahren Zuchthaus, ... Tietze und Horeis (Fall Murau) zu 10 und 12 Jahren Zuchthaus.<<

05.05.1955

Die Pariser Verträge treten am 5. Mai 1955 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhält endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte.

Das Besatzungsstatut entfällt zwar offiziell, aber einige wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte bleiben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

Bundeskanzler Adenauer erklärt nach dem Inkrafttreten der "Pariser Verträge" (x073/242):
>>Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden ...

Freiheit verpflichtet.

Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.

Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker.

Unser Ziel: in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.<<

07.05.1955

Die Bundesrepublik Deutschland tritt am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

09.05.1955

Die Bundesrepublik Deutschland wird am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

25.06.1955

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, stellvertretender Staatssekretär im US-State Department) erklärt am 25. Juni 1955 während einer Rede vor Studenten der Indiana University (x028/236): >>Von Anfang an standen unsere Absichten mit Deutschland und die sowjetischen Wünsche einander entgegen.

Ein Jahr nach der Einführung der Viermächteverwaltung für Deutschland war es ganz offensichtlich, daß die Westmächte ein selbständiges Deutschland anstrebten, während die Sowjetunion daran interessiert war, deutsche Industrie, Landwirtschaft und deutsche Arbeitskräfte für die UdSSR auszubeuten. ...<<

15.09.1955

Die sowjetische Agentur TASS berichtet am 15. September 1955 (x300/195): >>Die Sowjetregierung betrachtet die Deutsche Bundesrepublik als einen Teil Deutschlands. Ein anderer Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik.

Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik hält es die Regierung der UdSSR für erforderlich zu erklären, daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen gelöst worden ist und daß die Deutsche Bundesrepublik ihre Jurisdiktion (Rechtsprechung) auf dem Gebiet ausübt, das unter ihrer Hoheit steht. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. September 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>20. September 1955. Friedland besteht heute 10 Jahre.

10 Jahre lang wurde hier die Leidensgeschichte nicht nur unseres Volkes aufgezeichnet. Es finden keine "Feierlichkeiten" statt. Worüber sollte man sich auch freuen. Es gibt wirklich keinen Anlaß.

Dank müßte jedoch denen gesagt werden, die für Friedland so unendlich viel getan haben. Aber diese Frauen und Männer mögen keinen Dank, Für sie ist es (die) schönste Freude, hier helfen zu dürfen. Bis auch der Letzte daheim ist.

Denn viele fehlen noch. Aber es besteht die Hoffnung, daß bald wieder die Glocke läuten wird ... 1.837.349 Menschen gingen bisher durch das Lager. ...

Viele vermißte Deutsche ... werden nie wieder zurückkommen. Sie sind von Granaten zerrissen, von Panzern zermahlen, von Bomben zerschmettert, im Elend verkommen. Sie werden die Glocke in Friedland niemals hören. ...<<

22.09.1955

Die Bundesregierung bestätigt am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin".

Diplomatische Beziehungen zur DDR werden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).

September 1955

Ein vertriebener Schlesier schreibt im September 1955 kurz vor seinem Selbstmord (x024/251): >>... Seit unserem Zusammenbruch bin ich ein wackliger Mann an Leib und Seele geworden. Leider gibt es keine Rettung mehr für mich, obgleich ich es in meinem Innern immer erhofft hatte: ein Zurück nach meiner lieben Heimat. ...<<

18.10.1955

Bundespräsident Theodor Heuss spricht am 18. Oktober 1955 im Grenzdurchgangslager Friedland (x123/5): >>Liebe Landsleute, Heimkehrer aus dem fernen Rußland!

Das Grußwort, das ich für das deutsche Volk zu sprechen habe, kann ganz einfach sein: Ein herzliches Willkommen.

Als ich vor 2 Jahren bei einem Heimkehrertransport hier war, da glaubte unsere Hoffnung, daß es nun so weitergehen werde und die Erlösung auch für Euch schon da sei. Wir haben uns damals getäuscht.

Aber das Mühen um Eure Rückkehr ist durch alle Jahre hindurch für die deutsche Gesamtheit eine bindende Kraft gewesen. Alle Gegensätze zwischen Parteien und Gruppen sind weggesunken, wenn man an das Schicksal derer dachte, die draußen noch litten.

Ob Familien, ob Freunde, ob Bekannte ihre Gedanken, ihre Sorge in den Osten, in die Lager sandten, - das Gefühl, es ist genug des Leides, hat die Deutschen untereinander, und nicht nur mit Euch, verbunden in dem Ringen um das Schicksal von Menschen, die Bundesregierung, die Parlamente, die karitativen Verbände.

Wie waren wir alle froh, für Euch und für uns, daß es dem Bundeskanzler in Moskau dann doch in seiner harten, klaren und doch seelisch erfüllten Zähigkeit gelang, diese Entscheidung Eurer Freigabe zu erreichen!

Es war und blieb ein Kampf um die Freiheit der einzelnen Menschen, wie sie aus der tragischen Zerstörung ihres Lebens gerettet werden können, um zugleich ihren Angehörigen, ihren Freunden die innere Ruhe zurückzugeben, um eine ewig schmerzende Reizstelle zur Heilung zu bringen. Denn sie mußte, daß Ordnung auch zwischen den Völkern wieder möglich werde, gesunden.

Wir haben noch Sorgen genug vor uns auf dem Wege unseres Volkes.<<

23.10.1955

Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnen 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollen Deutsche bleiben (x155/52).

20.12.1955

Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>20. Dezember 1955. ... Am 4. Adventssonntag weihte der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, die neue "Friedland-Gedächtnis-Kirche" feierlich ein. ...

Genau vor 5 Jahren, am 4. Advent 1950, war von Pfarrer Dr. Krahe eine Baracke als Lagerkappelle eingerichtet worden. Das große Gotteshaus, unmittelbar am Appellplatz des Lagers, soll

nach den Worten des Kardinals als "Mahnmal zum Frieden" dienen. ...

An der Ostseite der Kirche wurde als "Mahnmal für kommende Zeiten" eine übergroße Heimkehrerstatue aufgestellt. Der Glockenstuhl im Turm wird eine Glocke aus dem 15. Jahrhundert, die bis zum Kriege in Oberschlesien läutete, tragen. ...<<

31.12.1955

Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>31. Dezember 1955. Seit dem Bestehen des Lagers gingen 1.846.288 Menschen durch Friedland, Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Ausgewiesene. Davon waren 555.454 Heimkehrer. ...<<

02.01.1956

Die Bundeswehr beginnt am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Der Fahneid der Bundeswehr lautet wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

31.01.1956

Der neugewählte saarländische Landtag beschließt am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

04.02.1956

Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Februar 1956 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150-152): >>4. Februar 1956. ... Die Umsiedlung deutscher Menschen aus den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten geht nun wieder weiter.

Heute traf ein Transport ein. Auch diesmal wurden die Umsiedler wieder, wie in den vergangenen Wochen, in polnischen Schnellzugwagen II. Klasse mit Schlafwagenabteil befördert. In versiegelten Güterwagen durften sie außerdem ihren gesamten Hausrat mitnehmen. Welcher Unterschied zu den Jahren nach dem Kriege ...

Ich sprach gestern mit Lagerleiter Dr. Freßen.

"Was meinen Sie, wie lange Friedland noch bestehen wird?"

"Das kann man beim besten Willen nicht sagen. Die Aussiedlungen gehen ja immer noch weiter. Und wer weiß, welche Aufgaben Friedland in den nächsten Jahren zugeteilt bekommt." ...

In Friedland wurde die Liebe der Menschen zueinander wieder deutlich. Hier feierte die Brüderlichkeit und Solidarität Auferstehung. Tausendfach sah Friedland die guten Werke von Schwestern, von Helfern, von Menschen aller Kreise.

Friedland ist in diesen langen Jahren ein Symbol unserer Zeit geworden. Ein Ausdruck dessen, was Menschen unserer Tage durch sinnlose Taten anrichten, aber auch durch die Macht des guten Herzens wieder gutzumachen versuchen. ...<<

11.06.1956

Die SED-Regierung ruft am 11. Juni 1956 alle jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge auf, in die DDR zurückzukehren.

07.07.1956

Der Bundestag beschließt am 17. Juli 1956 ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren.

Das Gesetz gilt nicht in West-Berlin.

24.07.1956

Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1956 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 28,4 Milliarden DM entfallen 34,2 % auf Sozialleistungen und 25,9 % auf Verteidigungskosten.<<

17.08.1956

Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich

eingestuft und verboten.

In der Begründung des KPD-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 heißt es (x243/174): >>... Die freiheitliche demokratische Grundordnung nimmt die bestehenden historisch gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Denk- und Verhaltensweisen zunächst als gegeben hin. ... (Sie geht davon aus), daß sie verbesserungsfähig und -bedürftig (ist. Sie) lehnt die Auffassung ab, daß die geschichtliche Entwicklung durch ein wissenschaftlich anerkanntes Endziel (vorausbestimmt) sei.

Vielmehr gestalten die Menschen selbst ihre Entwicklung durch Gemeinschaftsentscheidungen, die immer nur in der größten Freiheit zu treffen sind. ...

Dem Bürger wird eine freie Sphäre durch die Anerkennung von Grundrechten und ein weitgehender Schutz durch unabhängige Gerichte gesichert. Dem Schutz des ganzen Systems dient ... die Verfassungsgerichtsbarkeit.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "KPD" in der SBZ (x009/229-230): >>Abkürzung für Kommunistische Partei Deutschlands, gegründet am 30.12.1918. Hauptforderung: Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland ... In der NS-Zeit verboten, illegale Weiterarbeit. ...

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der KP-Führung am 19./20.4.1946 in der SBZ (vollzog man die) Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Nach dem Scheitern der kommunistischen Vereinigungsbestrebungen in Westdeutschland am 14.2.1947 Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft" von SED und westdeutscher KPD mit Sitz in Ost-Berlin.

Im Januar 1949 kündigte die KPD die Arbeitsgemeinschaft (mit der SED) und vollzog die organisatorische Trennung von der SED. Sie wurde jedoch auch weiterhin von der Westkommission, später der gesamtdeutschen Abteilung beim ZK der SED und schließlich von der Zentralen Kommission für gesamtdeutsche Arbeit angeleitet.

Die KPD nahm im Parlamentarischen Rat an der Beratung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik teil, ihre Vertreter verweigerten jedoch bei der Verabschiedung des Grundgesetzes ihre Unterschrift. Trotzdem beteiligte sich die KPD an den Wahlen und war im ersten Bundestag mit 13 Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum zweiten Bundestag erhielten sie nur 2,2 % aller abgegebenen Stimmen.

Am 17.8.1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich verboten, seitdem illegal. Der 1. Sekretär, Max Reimann, sowie alle anderen Mitglieder des Politbüros der KPD halten sich in der SBZ auf. Die Finanzierung erfolgt durch die SED.

Die in der SED-Presse erscheinenden Berichte über KPD-Veranstaltungen in der Bundesrepublik wollen den Eindruck erwecken, es existiere eine intakte Parteiorganisation. In Wirklichkeit finden alle größeren Zusammenkünfte und Parteitage in der SBZ statt.

Zur Zeit ihres Verbots hatte die KPD zwischen 60.000 und 70.000 Mitglieder, von denen allenfalls noch ein Zehntel im Untergrund tätig ist. (1947: 324.000 KPD-Mitglieder). Von der SED erhält die KPD jährlich 12 bis 13 Millionen DM West. ...<<

30.09.1956

Am 30. September 1956 fehlen in Westdeutschland noch rd. 2 Millionen Wohnungen (x069/215). Die Wohnungsnot ist längst noch nicht behoben.

08.10.1956

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 8. Oktober 1956: >>**DGB fordert 40-Stunden-Woche ...** Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert auf seinem 4. Bundeskongreß u.a.: 40-Stunden-Woche, gegen Samstagarbeit ("Samstags gehört Vati mir"), Sozial- und Rentenreform, Kontrolle der Automatisierung. ...<<

11.10.1956

Der Bundestag beschließt am 11. Oktober 1956 die Einrichtung einer zentralen "Verkehrssün-

der Kartei" in Flensburg, um Autofahrer, die wiederholt gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen, ausfindig zu machen.

1956

Ein zeitkritischer Psychiater berichtet im Jahre 1956 über die "arme deutsche Jugend" (x182/-183): >>Diese Jugend ist arm, sie hungert nach Liebe und findet Sexualität, sie ist erotisch verhungert. Die Burschen können nicht einmal mehr flirten. Sie meinen, daß die Begegnung mit einem Mädchen gleich ins Bett führen muß. Und die Mädchen glauben, daß heute kein junger Mann länger als drei Abende "Werbungskosten" zahlen will. ...<<

01.01.1957

Am 1. Januar 1957 wird das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

10.03.1957

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. März 1957 über den "Aufschwung-Mann" Ludwig Erhard: >>**Ludwig Erhard fordert: Maßhalten**

Appell des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard bei der Eröffnung der Frühjahrsmesse: "Wir sind ins Schlittern gekommen, weil wir die richtigen Maße verloren haben und drauf und dran sind, die Volkswirtschaft zu überfordern."

Er fordert maßhalten bei Tarifbeschlüssen - und die Spirale von Preiserhöhungen, die unweigerlich neue Lohnforderungen nach sich zieht, müsse ein Ende haben. ...<<

25.03.1957

In Rom werden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" treten am 1.01.1958 in Kraft.

Innerhalb von 12 Jahren sollen in den 6 Ländern der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle abgebaut und gemeinsame Außenzölle entstehen, um einen gemeinsamen Markt und eine Zollunion zu realisieren.

01.05.1957

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. Mai 1957: >>**Tempo 50 in geschlossenen Ortschaften**

Die 14.811 Verkehrstoten des Vorjahres führen zu einem Tempolimit von 50 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften.<<

26.06.1957

Die Bundesregierung verkündet am 26. Juni 1957 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 32,3 Milliarden DM entfallen 32,5 % auf Sozialleistungen und 24,7 % auf Verteidigungskosten.<<

15.09.1957

Bei der 3. Bundestagswahl am 15. September 1957 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 50,2 %, SPD = 31,8 %, FDP = 7,7 %, BHE = 4,6 %, DP = 3,4 %, Sonstige = 2,3 % (die KPD ist seit 1956 verboten).<<

24.10.1957

BGH-Präsident Hermann Weinkauff (1894-1981) erklärt am 24. Oktober 1957 während einer Gedenksprache für die von der sowjetischen Geheimpolizei verhafteten Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft (x026/94-95): >>Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 wurde Leipzig der Sitz des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft am Reichsgericht, zunächst von amerikanischen Truppen besetzt. Diese zogen nach etwa 2 Monaten wieder ab, und russische Truppen rückten ein.

Einige Wochen danach wurden schlagartig an einem Tage etwa 35 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft von der russischen Geheimpolizei verhaftet und zunächst in die Gefängnisse, später in das Lager Mühlberg an der Elbe gebracht. ... Später folgten noch

einige Verhaftungen, so daß schließlich 38 oder 39 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft im Lager Mühlberg saßen. ...

Von den 38 Verhafteten starben 34 in der Gefangenschaft, und zwar ganz überwiegend schon im ersten oder im zweiten Jahre. Einige wenige kamen später in das Lager Buchenwald und wurden dann bis auf einen in den berüchtigten Waldheimer Prozessen unter nichtigen Vorwänden zu durchschnittlich 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und später nach etwa einem Jahrzehnt im "Gnadenweg" entlassen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, starb einer der Entlassenen auf besonders tragische Weise noch auf der Rückfahrt in seine Heimat.

Von den 38 Verhafteten haben also nur 3 die mörderische Haft überlebt. 2 von ihnen sind heute unter uns. Ebenso sind einige Frauen und Kinder der Verstorbenen hier.

Warum starben alle diese Männer so rasch und so unaufhaltsam? ...

Sie wurden unmenschlich behandelt, sie waren so unmenschlich untergebracht und ernährt und sie wurden zu so unmenschlichen Arbeitsleistungen gezwungen, daß jeder, der nicht ganz außergewöhnliche Kraftreserven, körperliche und seelische besaß, diesem furchtbaren Regime rasch erliegen mußte.

Sie sollten ihm erliegen und sie sind ihm erlegen. Die größte Schuld trägt der kommunistische deutsche Lagerleiter, der von einem infernalischem Haß gegen das Reichsgericht beseelt war und der ständig öffentlich verkündete, alle Reichsgerichtsräte müßten verrecken.

Ein Wort noch über die Behandlung der Frauen und der Familien der Verhafteten. Niemals erhielten die Frauen die geringste Nachricht, wo man ihre Männer hingebracht habe und was mit ihnen geworden sei. ... Auch von dem Tod ihrer Gatten erhielten die Frauen niemals Nachricht. Sehr viele Frauen hofften immer noch auf die Rückkehr ihrer Männer, die sie völlig schuldlos wußten, während diese schon längst schmachvoll irgendwo in dem Lager verscharrt waren. ...

Warum rühren wir heute wieder an diese Dinge? Warum enthüllen wir heute im Bundesgerichtshof diese schlichte Gedenktafel, die das Andenken an die Opfer eines mörderischen Regimes wachhalten soll?

Gewiß kann man sagen: Hier wurden die namenlosen Greuel des nationalsozialistischen Regimes mit ebenso namenlosen Gegengreueln beantwortet, die mit den NS-Greueln auch das gemeinsam hatten, daß sie ebenso blind, fühllos und rechtlos zuschlugen wie jene.

Aber einmal muß ja dieser tödliche Zirkel von Greueln und Gegengreueln durchbrochen werden, und einmal muß der rettende Absprung gefunden werden. Einmal müssen die Wahrheit und das Recht wieder siegen, und sei es auch nur in den Herzen der Menschen.

Es geziemt sich gerade für die Männer des Rechtes, im Bekenntnis zu diesem Glauben der unschuldigen Opfer und der Märtyrer des Unrechtes zu gedenken, die stellvertretend für uns gelitten haben, ihr Andenken zu ehren und sich vor ihrem Schicksal in Ehrfurcht zu neigen.

...<<

29.10.1957

Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 29. Oktober 1957 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

1958

Die EWG- und Euratom-Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

23.01.1958

SPD und FDP beantragen am 23. Januar 1958 im Bundestag, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

24.07.1958

Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1958 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 33,9 Milliarden DM entfallen 30,2 % auf Sozialleistungen und 25,4 % auf Verteidigungskosten.<<

01.12.1958

Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern beginnt am 1. Dezember 1958 ihre Tätigkeit.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Ludwigsburger Zentralstelle" (x051/362-363): >>Ludwigsburger Zentralstelle (ZSt/amtlich: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen), durch Verwaltungsvereinbarung der Justizminister und -senatoren der Länder am 6.11.58 gegründete Behörde, die ihre Tätigkeit am 1.12.58 aufnahm.

Aufgabe der Ludwigsburger Zentralstelle ist es, das gesamte erreichbare Material über nationalsozialistische Verbrechen zu sammeln, zu sichten und auszuwerten. Hauptziel ist es dabei, nach Ort, Zeit und Täterkreis begrenzt Tatkomplexe herauszuarbeiten und festzustellen, welche an den Tatkomplexen beteiligte Personen noch (Verjährung) verfolgt werden können. Sind für einen Tatkomplex der Kreis der verfolgbaren Täter und die zuständige Staatsanwaltschaft festgestellt, so schließt die Zentralstelle ihre Vorermittlungen ab und leitet den Vorgang dieser Staatsanwaltschaft zu.

Bis zum 1.1.85 hat die Ludwigsburger Zentralstelle 4.899 Verfahren gegen eine Vielzahl von Beschuldigten an die Strafverfolgungsbehörden zur weiteren Ermittlung abgegeben. Aus den abgegebenen Komplexen entwickelten sich bei den Staatsanwaltschaften rund 13.000 Ermittlungsverfahren.<<

1958

Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen fördern den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder").

Die Industrieproduktion steigt von 1950-58 um rd. 177 %. Ende 1958 besitzt die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

07.03.1959

Das BdV-Präsidium berichtet am 7. März 1959 über die Einigung der Vertriebenenbewegung (x155/66-68): >>... Am 14. Dezember 1958 haben wir in Berlin den Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände - geschaffen.

Er ist die Repräsentanz (Vertretung) der 10 Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik!

... Mit 2,5 Millionen Mitgliedern und über 10.000 Ortsverbänden wird der Bund der Vertriebenen an Stärke und Gewicht nur noch durch den Deutschen Gewerkschaftsbund übertroffen.

...

Schicksalsgefährten!

In den Jahren seit der Vertreibung habt Ihr mit ungebrochenem Mut, mit zähem Fleiß ein neues Leben begonnen. Mit Hilfe Eurer Organisationen habt Ihr wieder festen Fuß gefaßt. Aber Hunderttausende vegetieren noch in unwürdigen und bedrängten Verhältnissen dahin. Der soziale Absturz, den Millionen von Vertriebenen erlitten haben, kann durch keinen Lastenausgleich behoben werden. Nichts kann uns den vertrauten Heimatboden ersetzen, noch die seelischen und sittlichen Werte, die damit verbunden waren.

Die wenigsten von Euch haben jene Existenzen wieder aufbauen können, die sie in der Heimat besaßen. In diesen Mühsalen des Alltags hielt Euch die Hoffnung aufrecht, daß es durch vereinte Kraft, mit Hilfe des gesamten deutschen Volkes und durch den Sieg eines neuen

Rechtsdenkens in der Welt, in nicht zu ferner Zeit zurückgegeben werde, was uns geraubt wurde: die deutsche Heimat im Osten - das Recht auf Selbstbestimmung.

Zutiefst haben uns die Deutschlandpläne des sowjetischen Ministerpräsidenten betroffen. Wir müssen dem grimmigen Ernst der Stunde fest ins Auge sehen. Mehr als die Zukunft unserer Heimat steht auf dem Spiele. In den nächsten Monaten wird um das Schicksal Deutschlands und um die Zukunft Europas gerungen werden.

... Eine ehrliche Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten ist auch unser Anliegen. Das Recht unseres Volkes auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung darf jedoch nicht preisgegeben werden.

... Die Vertriebenenvertretung darf nicht zum Selbstzweck erstarren. ... Gegen die vom Osten her gesteuerte Aufweichungspropaganda, gegen die Einflüsterungen der Verzichter und Kapitulantanten werden wir uns nachdrücklich zur Wehr setzen.

... Wir rufen die deutsche Jugend des Ostens auf, Hand in Hand mit der älteren Generation für Heimat und Zukunft einzustehen.

Wir wollen uns in der kommenden Bewährungszeit so verhalten, wie sich jedes andere Volk verhielte, dessen Einheit und Freiheit auf dem Spiele steht.

Nach 4 Teilungen sangen unsere polnischen Nachbarn trotzig: "Noch ist Polen nicht verloren!"

So dürfen wir mit gleichem Recht unseren Freunden und Schicksalsgefährten zurufen: Die Heimat ist nicht verloren, solange wir in Treue zu ihr stehen!<<

01.07.1959

Der CDU-Politiker Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1959 zum Bundespräsidenten gewählt.

06.07.1959

Die Bundesregierung verkündet am 6. Juli 1959 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 37,9 Milliarden DM entfallen 28,0 % auf Sozialleistungen und 25,3 % auf Verteidigungskosten.<<

28.10.1959

Die Bundesrepublik Deutschland beschließt am 28. Oktober 1959, ein Hissen der DDR-Flagge durch Polizeimaßnahmen zu verhindern, sofern es eine politische Demonstration im Bundesgebiet darstellt.

31.05.1960

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet am 31. Mai 1960, daß auf Grund von Wirtschaftsstrafverordnungen verhängte DDR-Urteile in der Bundesrepublik nicht vollstreckt werden dürfen, da die Wirtschaftsstrafverordnungen der DDR gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen (x009/487).

02.06.1960

Die Bundesregierung verkündet am 2. Juni 1960 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1960 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 38,9 Milliarden DM entfallen 31,7 % auf Sozialleistungen und 26,6 % auf Verteidigungskosten.<<

29.09.1960

Am 29. September 1960 schließen die Kultusminister der Länder in Saarbrücken eine "Rahmenvereinbarung" für die Oberstufen der Gymnasien, den Geschichtsunterricht in das Fach "Gemeinschaftskunde" zu integrieren.

1960

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den Wertewandel seit 1960 (x306/10-11): >>... Der Zufall wollte, daß der Verfasser den Paradigmenwechsel der Jahre von 1958 bis zum Bau der Berliner Mauer, als dieser Kulturwandel sozialverbindlich zu werden begann, intensiv erleben konnte. Zwischen 1957 und 1961 hatte er drei Winter in Indien zugebracht. Im Sommer hatte ihn das Schreiben eines Buches über die neuere indische Geschichte seit der Gründung des indischen Nationalkongresses beschäftigt. In deutsche Zeitungen hatte er kaum geblickt.

Als er nach Erscheinen des Indien-Buches 1962 den Duisburger Historikertag besuchte, bemerkte er völlig überrascht, daß an die Stelle der Bonner Bundesrepublik, die er 1957 verlassen hatte, eine - nicht im Detail, aber in der Tendenz - neue Republik, die Frankfurter (aber auch Hamburger) Meinungs- und Medienrepublik, getreten war.

Die Einzelheiten können in dem von Clemens Albrecht u.a. herausgegebenen Sammelband "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule" nachgelesen werden.

Der Paradigmenwechsel des Jahres 1960 griff als fortschreitender Wertewandel um sich. In den verschiedensten Lebensbereichen setzte sich die Auffassung fest, daß "nicht Konflikt und Wandel, sondern Stabilität und Ordnung der pathologische Sonderfall des sozialen Lebens" (Helmut Schelsky) sei. Einsprüche wurden auf einen latenten deutschen Kulturpessimismus zurückgeführt, der einem angelsächsischen Optimismus gegenüberzustellen und "als politische Gefahr" (Fritz Stern) auszubuhnen sei.

Paradigmawechsel und Wertewandel kamen unvorhergesehen und überraschend. Sie hatten jedoch ihre Vorgeschichte, zu der die amerikanische Besatzung zählt. Daß just dieser Zeitabschnitt (1945-1955) aus der Betrachtung ausgespart werden sollte, war merkwürdig und weckte die Neugier. ...<<

11.04.1961

In Jerusalem beginnt am 11. April 1961 der sog. "Eichmann-Prozeß".

SS-Obersturmbannführer Eichmann leitete seit 1938 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und organisierte ab 1941 die Massentransporte in die NS-Vernichtungslager.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Eichmann-Prozeß" (x169/11-13): >>... Mein ursprüngliches Interesse an dem Thema der Vernichtung der Juden durch die Nazis war persönlich motiviert. Mein Vater wie meine Mutter waren Überlebende des Warschauer Ghettos und der Konzentrationslager der Nazis. Abgesehen von ihnen selbst sind alle Familienmitglieder meiner beiden Eltern von den Nazis ausgelöscht worden.

Meine erste Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist, ... der Anblick meiner Mutter, die den Eichmann-Prozeß (1961) wie gebannt im Fernsehen verfolgte, als ich von der Schule nach Hause kam. Obwohl sie erst sechzehn Jahre vor dem Prozeß aus dem Konzentrationslager befreit worden waren, waren die Eltern, die ich kannte, in meinen Augen immer durch einen unüberbrückbaren Abgrund davon getrennt.

An der Wand des Wohnzimmers hingen Fotografien der Familie meiner Mutter. (Photos der Familie meines Vaters gingen im Krieg verloren.) Was mich mit meinen Verwandten verband, konnte ich nie ganz begreifen, noch viel weniger konnte ich mir vorstellen, was mit ihnen geschehen war. Es waren die Schwestern, der Bruder und die Eltern meiner Mutter, nicht meine Tanten, mein Onkel oder meine Großeltern.

Ich erinnere mich, als Kind John Herseys "The Wall" und Leon Uris' "Mila 18" gelesen zu haben, beides waren romanhafte Schilderungen des Warschauer Ghettos. (Ich weiß noch, wie meine Mutter eines Tages klagte, daß sie, versunken in die Lektüre von "The Wall", auf dem

Weg zur Arbeit nicht an ihrer U-Bahnstation ausgestiegen war.)

So sehr ich es versuchte, es gelang mir auch nicht für einen Augenblick, in meiner Vorstellung den Sprung zu vollziehen, der meine Eltern in ihrer ganzen Alltäglichkeit mit dieser Vergangenheit in Verbindung gebracht hätte. Ehrlich gesagt, ich kann das noch immer nicht.

Doch es gibt einen wichtigeren Punkt: Abgesehen von dieser Präsenz von Phantomen kann ich mich nicht erinnern, daß die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis je in meine Kindheit eindrang. Das lag hauptsächlich daran, daß außerhalb meiner Familie sich niemand dafür zu interessieren schien, was geschehen war.

Der Freundeskreis meiner Kindheit las umfassend über die Tagesereignisse und diskutierte leidenschaftlich darüber. Doch ich kann mich ehrlich gesagt an keinen einzigen Freund (oder an Eltern eines Freundes) erinnern, der auch nur einmal gefragt hätte, was meine Mutter und mein Vater durchgemacht hatten. Das war kein respektvolles Schweigen. Es war nichts weiter als Gleichgültigkeit. In diesem Licht kann man die Ergüsse des Grauens in späteren Jahrzehnten, als die Holocaust-Industrie fest etabliert war, nur mit Skepsis betrachten.

Daß die amerikanischen Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis "entdeckt" haben, scheint mir manchmal schlimmer als die Tatsache, daß sie in Vergessenheit geraten war. Es ist wahr: Meine Eltern grübelten allein für sich über ihr Leid nach; was sie erlitten hatten, wurde nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die derzeitige dreiste Ausbeutung jüdischen Märtyrertums?

Ehe aus der Massenvernichtung der Juden DER HOLOCAUST wurde, waren zu dem Thema nur ein paar wissenschaftliche Untersuchungen - zum Beispiel Raul Hilbergs "Die Vernichtung der europäischen Juden" - und Memoiren wie Viktor Frankls "... trotzdem Ja zum Leben sagen" und Ella Lingens-Reiners "Prisoners of Fear" veröffentlicht worden. Doch diese kleine Sammlung von Edelsteinen ist besser als die Regale über Regale mit trivialer Literatur, die nun Bibliotheken und Buchläden füllen. ...<<

17.06.1961

In Kahl/Main liefert das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes ist das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

30.06.1961

In Bonn wird am 28. Juni 1961 das Bundesgesetz für die Sozialhilfe verkündet.

Die Sozialhilfe löst danach die bisherige "Fürsorge" ab und soll jedem Bürger ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren.

01.07.1961

Die FDJ-Organisation "Frohe Ferien für alle Kinder" (Sitz: Düsseldorf) wird am 1. Juli 1961 als verfassungswidrig eingestuft und in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

12.07.1961

Der Bundestag verabschiedet am 12. Juli 1961 das sog. "Vermögensbildungsgesetz" bzw. "312-Mark-Gesetz", um die Vermögens- und Kapitalsbildung der einkommensschwächeren Arbeitnehmer zu fördern.

05.08.1961

In Moskau vereinbaren die Warschauer-Pakt-Staaten am 5. August 1961, bis Ende 1961 einen Friedensvertrag mit Deutschland, notfalls nur mit der DDR, zu schließen (x009/521).

07.08.1961

Ministerpräsident Chruschtschow kündigt am 7. August 1961 in einer Rundfunkrede die Verstärkung der Sowjet-Streitkräfte an.

Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin werden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert werden, schließt man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wird militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze

errichtet man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereignen sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) werden vor allem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 fliehen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegt der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner dürfen Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

14.08.1961

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. August 1961 über den Bau der Berliner Mauer (x303/152): >>... Die vom Regime der Sowjetzone mit der Rückendeckung des Warschauer Paktes in Berlin angeordneten Maßnahmen haben der ganzen Welt mit einem Schlag klar gemacht, wie explosiv und unmittelbar die Gefahr geworden ist.

Durch die Straßen Ostberlins rollten am Sonntag wie beim Volksaufstand 1953 die Panzer der Sowjetarmee, (um) die Bevölkerung einzuschüchtern und ihr die nackte Gewalt der Waffen anzudrohen.

Ulbricht, seine Kumpane und Chruschtschow wissen, daß sie Berlin in ein Gefängnis der Unterdrückten verwandelt haben.<<

15.08.1961

Die 3 westlichen Stadtkommandanten protestieren am 15. August 1961 gegen die Abschnürung Ost-Berlins und gegen den Bruch der Vier-Mächte-Vereinbarung.

Die Stacheldrahtverhaue werden durch Mauern ersetzt. DDR-Wachposten beschießen Flüchtlinge (x009/522).

16.08.1961

Das BdV-Präsidium verurteilt am 16. August 1961 den Bau der Berliner Mauer (x155/87-88): >>Mit tiefster Empörung hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen den Anschlag der sowjetzonalen Handlanger Moskaus gegen die menschliche Freiheit in Mitteldeutschland und Ost-Berlin verfolgt.

Die 13 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, die selbst Opfer einer Verletzung der Menschenrechte sind und von denen nur der größere Teil das Glück gehabt hat, in den Bereich der Freiheit zu gelangen, können aus eigenem leidvollen Erleben das ganze Ausmaß des Unglücks ermessen, das die Deutschen in Berlin und der Zone betroffen hat. ...<<

23.08.1961

6 weitere Sektorenübergänge in Berlin werden am 23. August 1961 geschlossen.

Die sowjetischen Truppen fordern, mindestens 100 m Abstand zur Sektorengrenze zu halten. Die westlichen Besatzungsmächte bringen daraufhin Geschütze und Panzer an der Sektorengrenze in Stellung (x009/522).

An der Berliner Sektorengrenze ereignen sich am 24. August 1961 wieder zahlreiche Zwischenfälle.

Der West-Berliner Senat ordnet die Schließung der SED-Geschäftsstellen an.

27.08.1961

An der Berliner Sektorengrenze wird am 27. August 1961 eine zweite Mauer errichtet (x009/522).

Ministerpräsident Chruschtschow droht am 27. August 1961 mit der absoluten Blockade West-Berlins, falls der Westen wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR beschließen sollte.

17.09.1961

Bei der 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,3 %, SPD = 36,2 %, FDP = 12,8 %, GDP = 2,8 %, Sonstige = 2,9 %.<<

12.10.1961

Der westdeutsche Redakteur Lichtenstein wird am 12. Oktober 1961 an der Demarkationslinie durch DDR-Grenzpolizisten erschossen.

22.10.1961

US-Militärpolizisten erzwingen am 22. Oktober 1961 die unkontrollierte Einfahrt eines hohen nordamerikanischen Diplomaten nach Ost-Berlin.

14.11.1961

Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. November 1961 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die FDP setzt jedoch bereits während der Koalitionsverhandlungen den vorzeitigen Rücktritt Adenauers durch.

09.12.1961

Ministerpräsident Chruschtschow lehnt am 9. Dezember 1961 die Forderung des nordamerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ab, die Autobahn nach Berlin für den internationalen Verkehr freizugeben.

15.12.1961

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (ein führender NS-Organisator des Völkermordes an den europäischen Juden) wird am 15. Dezember 1961 zum Tod verurteilt.

Schlußbemerkungen

Die Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung bis zum Abschluß des Plus-Vier-Vertrages" am 12. September 1990 kein souveräner Staat, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist.



Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpl", 1949.

Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukt der alliierten Siegermächte, aber um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn, denn die Bundesrepublik Deutschland verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland war völkerrechtlich politisch und ökonomisch kein unabhängiger oder souveräner Staat.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nicht souverän vertreten. Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) überflüssige Pseudowahlen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**" ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht ... Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom

11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandsgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und

unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 25 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches, Seite 79.

x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.</u> Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge.</u> Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen.</u> 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.

x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung</u> . Bonn 1992.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): <u>KNAURS LEXIKON</u> . München 1953.
x043	Zentner, Christian u.a.: <u>DAS DRITTE REICH</u> (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute</u> . Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute</u> . 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart</u> . Frankfurt/Main 1986.
x088	Reichling, Gerhard: <u>Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland</u> , Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte</u> . Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: <u>Briefe über Deutschland 1945–1955</u> . 1. Auflage. München 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder</u> . München 1990.
x102	Steinbach, Peter, und Johannes Tuchel (Hg.): <u>Lexikon des Widerstandes 1933-1945</u> . 2. überarbeitete und verbesserte Auflage. München 1998.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949)</u> . 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur</u> . Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft Kultur</u> . Augsburg 1992.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): <u>So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949</u> . Berlin 1989.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948</u> . Hamburg 1997
x123	Müller-Bringmann, Walter: <u>Das Buch von Friedland</u> . Göttingen 1956.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute</u> . 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972</u> . Bonn 1984.

x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x165	Terkel, Studs: <u>Der Gute Krieg</u> . Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder</u> . Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4</u> . In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart</u> . 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick</u> . GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x305	Axel Springer Verlag (Hg.): <u>50 Jahre Deutschland</u> . Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten – verkauft – verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.

Internet

x848	Londoner Schuldenabkommen: http://universal_lexikon.deacademic.com/267762-/Londoner_Schuldenabkommen - März 2015.
x849	Londoner Schuldenabkommen: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/-Deutschland/schuldenabkommen.html - März 2015.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016